

Dagmar Schmidt
Das Scheitern der Sanktion-
politik gegen den Irak

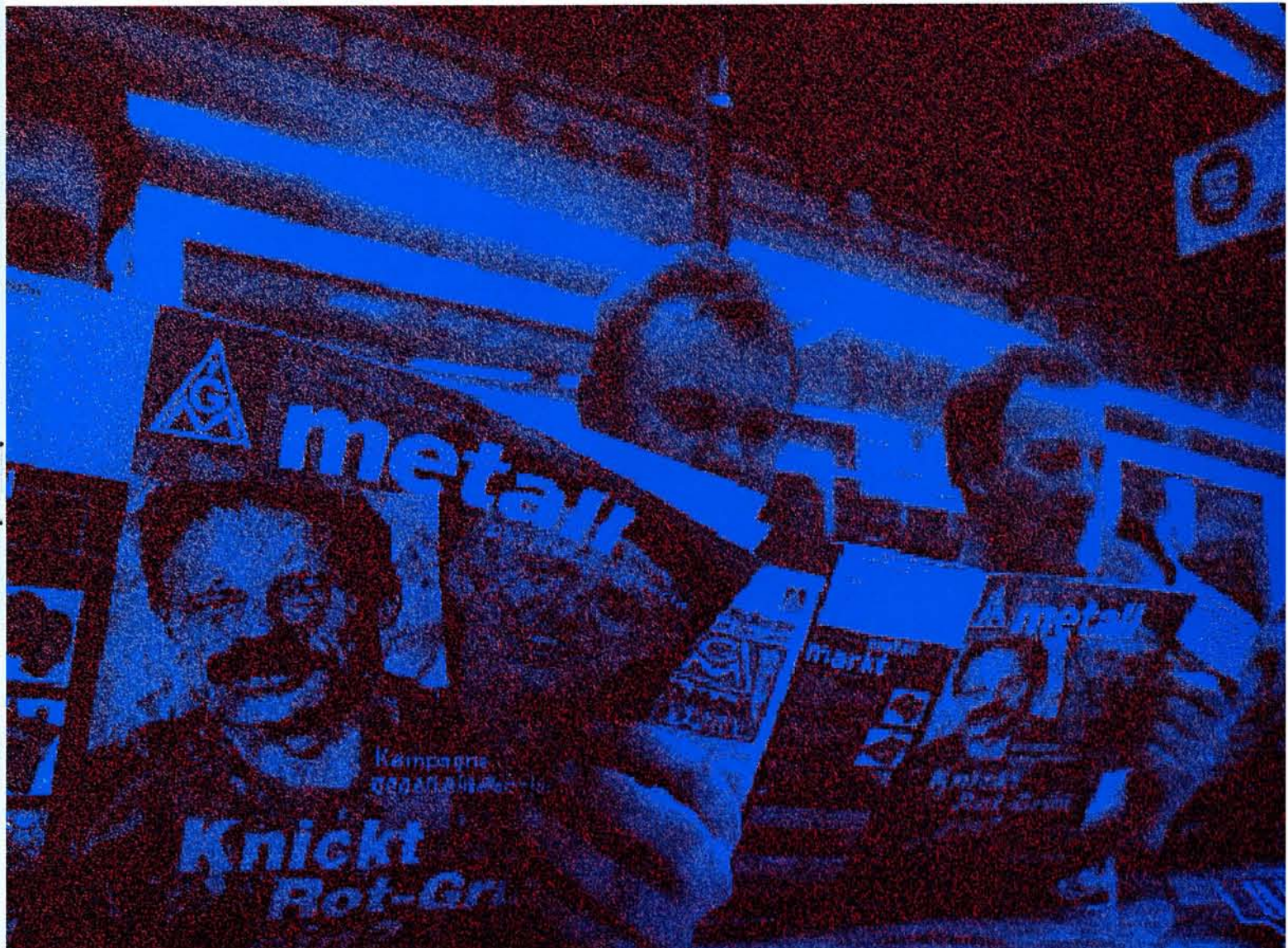
Karin Benz-Overhage
Neue Anforderungen
an die Mitbestimmung

Ausgabe 2 | 00
Heft 112
9,50 DM
März |
April 2000

Fritz Vilmar
Wirtschaftsdemokratie – Ziel
begriff alternativer Ökonomie

Berndt Bleckmann
Menschenrechte als
Herrschaftsinstrument

ARBEIT UND DEMOKRATIE



von Thomas Westphal

Was haben SozialistInnen eigentlich noch in der SPD zu suchen? Nein, dies ist nicht die Überschrift eines Kapitels im neuen Buch von Bodo Hombach. Der hat der innerparteilichen Frontbeogradigung ja längst entsagen müssen. Aber auf diesem Feld wird der Genosse Hombach auch gar nicht benötigt. Die Frage nach der Legitimation der SPD-Mitgliedschaft von wirklichen SozialistInnen stellt die sozialistische Linke, schon von alters her, selber. Viele LeserInnen der spw werden sich noch an die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen rund um den Nato-Doppelbeschluss erinnern. Die jüngeren denken wahrscheinlich zuerst an die Petersberger Wende von 1992 und die bleiernen Zeiten unter dem Parteichef Engholm. Die älteren werden darauf verweisen, dass die Frage „Wie hältst Du es mit der Sozialdemokratie“ eine lange Geschichte vorweisen kann, die schon vor dem zweiten Weltkrieg die sozialistischen Strömungen gespalten hat. Der Austritt unseres Redaktionssekretärs Ralf Krämer aus der SPD hat die Debatte um die sogenannte „Sozialdemokratie-Orientierung“ in der spw wieder belebt. Wir führen die Debatte auch in diesem Heft mit mehreren Beiträgen fort. Weitere werden folgen.

Es gibt nicht wenige in den aktiven Kreisen der spw, die diese Debatte, bei allem persönlichen Respekt für unseren Redaktionssekretär, zum jetzigen Zeitpunkt mehr als skeptisch betrachten und sehr deutlich nach dem „politischen Gebrauchswert“ dieser Erörterung fragen. Andere wiederum drängen auf eine offene Diskussion über Perspektive und Aufgaben der spw vor dem Hintergrund der politischen Transformation der SPD.

Kurzum: Das Aufwerfen der politisch-strategischen Grundsatzfrage gehört zur Geschichte der spw, wie der Kompaß zur praktischen Navigation. Sie dient der Überprüfung des eigenen Kurses und der Selbstrechen-schaft über die politische Legitimation des eigenen Handelns. Insoweit ist eine offene Debatte über die politische Strategie immer sinn- und ehrenvoll. Wenn aber die Organisations-

frage zur sektiererischen Selbstbeschäftigung verkommt und wenn die eigene politische Identität am Ende nur noch in der „permanenten Kritik am Versagen der SPD“ auf der nach oben offenen „Verratskala“ besteht, dann führt diese Debatte geradewegs in die strategische Sackgasse.

Die offene Diskussion über die Perspektiven der spw ist längst eröffnet - bleibt die Frage nach dem politischen Gebrauchswert.

In der letzten größeren Kontroverse über diese Frage innerhalb der spw schrieb Peter von Oertzen in einer Replik auf Oliver Brosch-Guesnet: „Die Überzeugung die Partei (die SPD oder irgendeine andere) sei das einzige oder zumindest entscheidende Vehikel auf dem Weg zum Sozialismus war immer ein Irrglaube – der nun endlich durch die geschichtliche Entwicklung für (fast) jede/n offenkundig gemacht worden ist. Heißt das aber, dass eine demokratische freiheitliche, rechtstaatliche und sozialorientierte Massenpartei vom sozialistischen Standpunkt aus völlig nutzlos und uninteressant geworden ist? Könnte die Sozialdemokratie - von der Überfrachtung mit unrealistischen emotionalen und ideologischen Hoffnungen befreit – neben anderen gesellschaftlichen Kräften und Strömungen nicht durchaus eine auch für Sozialisten positive Rolle spielen?“ (vgl. spw Heft 74, 1993)

In dieser Aussage von Peter von Oertzen steckt mehr als die deutliche Absage an das antiquierte Bild von der SPD als konsequent sozialistischer Partei etc. Sie öffnet auch den Blick für ein anderes Verständnis einer Massenpartei, sie richtet die Aufmerksamkeit stärker auf die komplexen inneren Mechanismen des Zusammenspiels von Partei, Gesellschaft und sozialer Bewegung.

Die Partei als Parteiorganisation ist nicht die Mutter aller Politik. Die Verbindung von individueller politischer Weltanschauung und Parteiorientierung ist bereits für viele WählerInnen eine machtpolitische Zweckgemeinschaft. Die organische Verbindung von sozialer Herkunft, Milieutraditionen und politischer Organisation ist schon seit geraumer Zeit in der Auflösung befindlich. Die sozialistischen Kräfte und Strömungen, die sich für die Arbeit in einer Partei entschieden haben, haben bis heute noch keinen Weg gefunden, diese gesellschaftliche Funktionsveränderung im Zusammenspiel von Gesellschaft, Wählern, Medien und Parteien in eine veränder-

te Politikstrategie umzumünzen. Wenn sich eine politisch-strategische Grundsatzfrage für die weitere Arbeit der spw aufdrängt, dann die nach einem tiefergehenden Verständnis einer modernen Massenpartei mit praktischen Konsequenzen für die eigene politische Kampagnenarbeit. Bei der Art und Weise jedoch, wie jetzt diejenigen das (Partei)Kind mit dem Bade ausschütten, die noch vor Jahren als „Lord-Siegelbewahrer der Sozialdemokratie-Orientierung“ auftraten, beschleicht einen das Gefühl, hier wird eher die Schlußbilanz eines eigenen Irrtums als eine zeitgemäße Kritik der Rolle der Parteien präsentiert.

Kurzum: Die Frage: „Ist die SPD „noch“ unsere Partei?“ läßt sich nur mit der Gegenfrage beantworten: „War die SPD denn je unsere Partei?“ Ging der Kampf in Wahrheit nicht immer „lediglich“ darum, sich mit belastbaren Reformansätzen und entsprechenden politischen Forderungen in die tobenden parteipolitischen Auseinandersetzungen einzuschreiben? Und schließlich, verlassen wir nicht selber den Pfad des dialektischen Geschichtsverständnisses, wenn wir jede Trockenphase, die wir bei diesen Auseinandersetzungen zwangsläufig durchlaufen müssen, immer wieder zur historisch unüber-trefflichen Phase erheben?

Wir sollten bei der ganzen Debatte nicht vergessen, dass der gute Ruf der sozialistischen Idee in Deutschland, und nicht nur dort, mehr als ruiniert ist. Wir können der Schröder-Regierung viel vorwerfen, nur eines können wir ihr nicht in die Schuhe schieben: für die ideologische und hegemonale Schwäche linkssozialistischer Weltanschauungen ist die sozialistische Linke selber verantwortlich. Die vordringliche Aufgabe der spw liegt nach meinem Verständnis deshalb auf einem anderem Feld. Wer, wenn nicht die spw, ist prädestiniert dafür, sich zwanzig Jahre nach der Erscheinen der Herforder Thesen mit der Reformulierung einer politischen Strategie zur Gesellschaftsreform zu befassen? Diese Arbeit steht im Mittelpunkt unserer Aktivitäten in diesem Jahr. Dafür werden wir den Austausch über die Grenzen der Parteien und politischen Strömungen suchen. Vom bescheidenen sozialistischen Standpunkt aus betrachtet wäre es schon ein deutlicher Fortschritt, wenn die Auseinandersetzungen in den Parteien auf der Basis einer eigenen Reformperspektive geführt werden kann.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) (+)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Birgit Strack
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstr. 26, 44 289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2000.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Internet: www.spw.de

Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:

ARGUM/E. Stockmeier

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Noffe-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, April 2000

INHALT

Thomas Westphal

kurzum 2

MAGAZIN

Dagmar Schmidt

Das Scheitern der Sanktionspolitik. Für eine neue Strategie für den Irak 4

Mike Schürg

Zwangsarbeiter – Gib Dich zufrieden und halt stille! 5

Sebastian Jobelius

Der Versuch, einen Toten zum Leben zu erwecken.
 Zum Projekt SPD 2000 – NRW 2010 7

Edgar Göll

Neue Gesellschaft und neuer Mensch.
 Vor 100 Jahren wurde Erich Fromm geboren 9

Frank Schauff

Politisches Denken im 20. Jahrhundert 10

Rainer Roth

Einblick in einen „Piratenstaat“ 11

Uta Biermann, Ralf Krämer

Frauenbilder 2 – „Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“ 11

Notizen und Hinweise 12

THEORIE UND STRATEGIE

Karsten Rudolph

Die Zukunft liegt in der SPD 14

Susana dos Santos Hermann

Die spw auf dem Weg in die politische Isolation? 17

Andreas Wehr

Das Parteiensystem im Umbruch 19

Bettina Kohlrausch, Benjamin Mikfeld, Jessika Wischmeier

Neue Zeiten Denken.
 Diskussionsthese zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie
 und junger Generation 21

ARBEIT UND DEMOKRATIE

Ralf Krämer

Arbeit und Demokratie heute. Einleitung zum Heftschwerpunkt 26

Fritz Vilmar

Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik 27

Felix Welti

Formwandel der Arbeitskraft im flexibilisierten Kapitalismus 33

Karin Benz-Overhage

28 Jahre Betriebsverfassungsgesetz – Plädoyer für Veränderung 38

Ewald Wehner

Mitbestimmung muss Gegenmacht bleiben 43

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Gerhard Bäcker, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann, Gerhard Naegele

Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland 47

POLITISCHE GESELLSCHAFT

Berndt Bleckmann

Menschenrechte als Herrschaftsinstrument 50

Fritz Vilmar

Soziale Liquidation oder Diskriminierung ostdeutscher Eliten 55

INTERNATIONALE POLITIK

Ulrich Brand

Ordnung weltweit – für wen?
 Zur beginnenden Debatte um „Global Governance“ 58

Das Scheitern der Sanktionspolitik

Für eine neue Strategie für den Irak

von Dagmar Schmidt*

Die Sanktionspolitik des Westens gegenüber dem Irak steckt in einer Sackgasse. Das seit zehn Jahren geltende Embargo der Vereinten Nationen hat nicht zu einem grundlegenden Wandel in Bagdad geführt. Die Sanktionen haben das Regime von Saddam Hussein und seine Position nicht im Geringsten geschwächt. Gleichzeitig hat sich die humanitäre Lage der Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Die europäischen Staaten müssen daher gemeinsam mit den Amerikanern eine neue Strategie gegenüber dem Irak entwickeln, die sich von der bisherigen erfolglosen Politik löst und Ergebnisse bringt.

Unerträgliche Folgen des Embargos

Das Wirtschaftsembargo hat die Infrastruktur des Landes zerstört und den Irak auf das Niveau der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zurückgeworfen. Die industrielle Produktion musste auf rund 30 Prozent zurückgefahren werden. Das Erziehungs- und Gesundheitswesen ist zusammengebrochen. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 300 bis 320 US-Dollar im Jahr schaffen es die Menschen kaum, sich mit dem Nötigsten zu versorgen. Das Trinkwasserproblem verschärft sich von Jahr zu Jahr. Wegen anhaltender Dürre und fehlender Ersatzteile für Pumpen und Rohre können etwa 20 Prozent der Bevölkerung nicht mehr ausreichend mit Wasser versorgt werden.

Die Kindersterblichkeit hat sich von 1994 bis 1999 mehr als verdoppelt. Fast 20 Prozent der Kinder sind als Folge der Sanktionen unterernährt. Mehr als eine halbe Million Kinder könnten nach Ansicht von UNICEF noch am Leben sein.

Besonders erschreckend ist die Entwicklung der Kindersterblichkeit. Nach einer Studie des Kinderhilfswerks UNICEF vom Juli 1999 hat sich die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren von 56 Todesfällen pro 1000 Geburten von 1984 bis 1989 auf 131 Todesfälle von 1994 bis 1999 mehr als verdoppelt. Fast 20 Prozent der Kinder sind als Folge der Sanktionen unterernährt. Mehr als eine halbe Million Kinder könnten nach Ansicht von UNICEF noch am Leben sein. Damit ist der Irak in diesem Bereich mit Entwicklungsländern wie Haiti oder Pakistan vergleichbar.

Das UN-Hilfsprogramm „Öl für Lebensmittel“ soll eine minimale Grundversorgung gewährleisten. Doch genau das gelingt nicht. UN-Generalsekretär Kofi Annan hat den Weltsicherheitsrat bereits mehrfach aufgefordert, das Lebensmittelprogramm für den Irak auszuweiten, um das Leid der Bevölkerung zu lindern. Die starre Haltung der Amerikaner und Briten auf der einen Seite und die ebenso kompromisslose Haltung des irakischen Diktators auf der anderen machen es den Helfern der Vereinten Nationen unmöglich, ihre Arbeit zu tun. Die deutschen Diplomaten Hans von Sponeck, UN-Koordinator für die humanitäre Hilfe, und Jutta Burghardt, Leiterin des UN-Welternährungsprogramms (WFP), haben mit ihren Rücktritten die Konsequenzen daraus gezogen. Ihre Protestreaktionen dürfen nicht im Sande verlaufen.

Wem nützt das Embargo?

Der Konflikt mit Saddam Hussein, der sich nicht auf den mit der UN-Resolution 1284 verbundenen Kompromiss einlässt und keine UN-Inspektoren zur Kontrolle des irakischen Waffenprogramms ins Land lässt, darf nicht weiter auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden. Gerade die Erfahrungen im Irak machen deutlich, dass Sanktionsregime nicht der richtige Weg sind, um Diktatoren in die Knie zu zwingen.

Solange das Embargo in dieser Form besteht, kann der Irak seine riesigen Erdölvorkommen nicht unbegrenzt vermarkten und soll dies wohl auch nicht. Es stellt sich die Frage, wem die bisherige Strategie nützt. Sie kommt amerikanischen und britischen Konzernen entgegen, denen der Abschluss von Ölabkommen mit Frankreich, Russland, China und an-

deren Ländern nicht gefällt. Auch die Erdöl-Exporteure Kuwait und Saudi-Arabien haben kein sonderlich großes Interesse, dass der Irak wieder auf dem für sie so lukrativen Markt mitmischet. Solange Saddam Hussein als Sicherheitsrisiko Nr. 1 in der Region dargestellt werden kann, brauchen sich auch die amerikanischen und britischen Rüstungsunternehmen keine Absatzsorgen zu machen. Für die potenziellen Gegner des Regimes erhalten die Rüstungsexporte zudem eine gewisse Plausibilität in der Öffentlichkeit.

Alternativen sind erforderlich

Um aus der Sackgasse herauszukommen, müssen konzeptionelle Konsequenzen gezogen werden. Deutschland muss sich im europäischen Kontext für eine Verbesserung der humanitären Lage einsetzen. Lebensmittel und Medikamente müssen vom Embargo ausgenommen werden. Eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im humanitären und medizinischen Bereich, insbesondere über Nichtregierungsorganisationen und karitative Organisationen, ist dringend erforderlich.

Zu den notwendigen langfristigen Veränderungen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Region zählen u.a.:

- die Stärkung der Zivilgesellschaft,
- die Förderung von Demokratisierungsprozessen und Menschenrechten,
- die Forcierung eines intensiven interkulturellen Dialogs zwischen Europa und den arabischen Ländern,
- die Unterstützung regionaler Bemühungen um Frieden und Sicherheit,
- die drastische Reduzierung von Rüstungsexporten.

Festzuhalten ist, dass die Kombination aus Sanktionen und Inspektionen keinen Erfolg hatte und die Hauptleidtragende des Konfliktes die Bevölkerung ist. Statt sie weiter in der Geiselhaft eines Diktators zu belassen, müssen Wege gefunden werden, den Menschen klar zu machen, dass nicht allein die Sanktionen an ihrem Elend schuld sind. Sie müssen durch eine gewisse Lockerung der Sanktionen die Chance erhalten, die zerstörte soziale und humanitäre Infrastruktur wieder aufzubauen. Dabei können die Vereinten Nationen, aber auch bereits im Irak tätige developmentpolitische Organisationen wesentlich beitragen.

spw

* Dagmar Schmidt, MdB, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, stellvertretende developmentpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagfraktion



Verheißungsvoll schrieb sich die Bundesregierung in den Koalitionsvertrag: „Die Rehabilitation und die Verbesserung der Entschädigung für Opfer nationalsozialistischen Unrechts bleibt fortdauernde Verpflichtung.“

Mehr als ein Jahr ziehen sich nun die Verhandlungen über die ZwangsarbeiterInnenentschädigungen hin. Die Bemühung um eine schnelle Einigung, die in der Logik moralischer Verantwortung und als Zeichen von Menschlichkeit wünschenswert gewesen wäre, hat sich zu einem zähen Ringen um Geld entwickelt.

Ein dunkles Kapitel der Wiedergutmachung

Der Umgang mit Ansprüchen von ZwangsarbeiterInnen gehört nach 1945 zu den dunklen Kapiteln der deutschen „Wiedergutmachung“. Obwohl davon ausgegangen werden kann, dass es wahrscheinlich kaum größere Unternehmen gegeben hat, die keine Zwangsarbeiter beschäftigten, gingen diese im Rahmen der „Wiedergutmachung“ leer aus. Sie waren nach deutschem Recht nicht als NS-Verfolgte eingestuft, Ansprüche wurden als verjährt angesehen oder es wurde für ausländische Zwangsarbeiter auf eine Regulierung der Forderungen nach Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland verwiesen.

Erst der Druck von Außen durch Sammelklagen aus Amerika gegen deutsche Firmen und der Präzedenzfall der Schweizer Banken im Jahr 1998 hat zu einem Sinneswandel deutscher Unternehmer geführt.

Eine Stiftung musste her, die sämtliche Forderungen ehemaliger

ZwangsarbeiterInnen, unabhängig davon, ob deren ehemalige „Arbeitgeber“ Stiftungsmitglied sind oder nicht, in einem geregelten Verfahren „abwickelt“. Dass diese Idee nicht nur aus einer neu gewonnen Erkenntnis der Verantwortung eines Unternehmens für die Geschichte geboren wurde, ist schnell ersichtlich – das Eigeninteresse der Unternehmer liegt auf der Hand:

- Individuelle Entschädigungsforderungen an die Unternehmen entfallen. Erstritten vor amerikanischen Gerichten erreichen diese oft utopische Summen – ein Urteil zugunsten der Zwangsarbeiter hätte zu Rückgriffen auf Eigentum Deutscher Unternehmen in den USA führen können (Daimler Chrysler etc.).
- Angekündigte Boykotte und ein damit einhergehender Imageverlust können vermieden werden.
- Zeit- und geldraubende Gerichtsverfahren entfallen.

Die (leider auch nicht immer im alleinigen Interesse der ZwangsarbeiterInnen, oft marktschreierisch) agierenden US-Anwälte hatten also mit Ihren Aktionen Erfolg. Die Bundesregierung initiierte Gespräche mit den Amerikanern, mit Israel und der Industrie, um nach Lösungen zu suchen, die alle Seiten zufrieden stellen. Dass die deutschen Unternehmer dabei nicht unter die Räder kommen würden, dafür sprechen schon die Namen der beiden bisherigen Verhandlungsführer auf deutscher Seite: Bodo Hombach und Otto Graf Lambsdorff.

Eine Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Vorläufiges Ergebnis dieser Gespräche ist ein Gesetzentwurf, den die Bundesregierung unter Leitung des Bun-

Zwangsarbeiter – Gib Dich zufrieden und halt stille!

Zur geplanten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Von Mike Schürg*

desministeriums der Finanzen (spricht ebenfalls für sich) zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vorgelegt hat.

Leider reflektiert dieser Gesetzentwurf weniger die im Koalitionsvertrag formulierte Verpflichtung zur Rehabilitation und Entschädigungsverbesserung für die Opfer des Nationalsozialismus, als vielmehr die Erkenntnis, dem Wohl der deutschen Unternehmen auch in diesem Zusammenhang gerecht werden zu müssen. Dies ist bekanntlich kein Einzelfall bei der Auslegung des Koalitionsvertrages.

Allen deutschen Unternehmen wird nach diesem Entwurf Rechtssicherheit und –frieden gewährt. Auch denen, die sich selbst finanziell nicht an der Stiftung beteiligen werden. Einer großen Zahl ehemaliger ZwangsarbeiterInnen wird dieses nicht eingeräumt. Der Gesetzentwurf schließt sie von den Anspruchsberechtigten aus.

Dies geschieht erstens durch die Definitionen, die zu einer Leistungsberechtigung führen. Im Sinne der ZwangsarbeiterInnen wurden hier zwar in der aktuellsten Ausgabe des Entwurfs (22.02.2000) Verbesserungen erreicht (Erweiterung des ursprünglich auf die Grenzen von 1937 definierten Deportationsgebietes), trotzdem sind die Bedingungen, die zu einer Leistungsberechtigung führen, zu restriktiv formuliert. Lediglich Konzentrationslager sind explizit als Haftstätten, die die höchste Leistungsberechtigung begründen, anerkannt. Häftlinge von Ghettos und anderen Haftstätten müssen die Vergleichbarkeit der Haftbedingungen

Allen deutschen Unternehmen wird nach diesem Entwurf Rechtssicherheit und –frieden gewährt. Einer großen Zahl ehemaliger ZwangsarbeiterInnen wird dieses nicht eingeräumt. Der Gesetzentwurf schließt sie von den Anspruchsberechtigten aus.

* Mike Schürg, Berlin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Andrea Nahles

Tomke Böhnisch
Gattinnen –
Die Frauen der Elite

(Kritische Theorie und
 Kulturforschung Band 2)
 1999 – 263 Seiten
 DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
 ISBN 3-89691-702-1



**Claudia Fröhlich/Michael
 Kohlstruck (Hrsg.)**

Engagierte Demokraten
 Vergangenheitspolitik in
 kritischer Absicht
 1999 – 314 Seiten
 DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
 ISBN 3-89691-464-2

**Bernd Gehrke/Wolfgang
 Rüdtenklaus (Hrsg.)**
**... das war doch nicht unsere
 Alternative**

DDR-Oppositionelle zehn Jahre
 nach der Wende
 1999 – 447 Seiten
 DM 58,00 – ÖS 423 – SFR 52,50
 ISBN 3-89691-466-9

Michael Jäger
**Probleme und Perspektiven
 der Berliner Republik**

(einsprüche Band 10)
 1999 – 183 Seiten
 DM 29,80 – ÖS 218 – SFR 27,50
 ISBN 3-89691-598-3

**WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
 e-mail: dampfboot@login1.com
 http://www.login1.com/dampfboot

nachweisen. Das Kriterium der Haft ist eine kaum zu überwindende Hürde bei der Antragsstellung, da die Quellenlage einen lückenlosen Beweis selten zulässt.

Zum zweiten sind ganze Gruppen bei der Antragsstellung zumindest stark benachteiligt, weil sie über keine Vertretung im Stiftungskuratorium verfügen. Dazu gehören z.B. die sog. displaced persons und die westeuropäischen nichtjüdischen KZ-Insassen.

Drittens ist zu befürchten, dass eine sehr kurze Antragsfrist (8 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes) automatisch viele Überlebende ausschließt. Die Opfer leben über die ganze Welt verteilt und sind selten registriert oder organisiert. Viele hätten keine Chance, den Antrag rechtzeitig zu stellen.

Viertens soll der Antragstellende laut Gesetzentwurf im Antragsverfahren unterschreiben, dass er „auf jede darüber hinausgehende Geltendmachung von Forderungen gegen die öffentliche Hand... für Zwangsarbeit und für Vermögensschäden sowie auf alle Ansprüche gegen deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet. Weitergehende Ansprüche im Zusammenhang mit nationalsozialistischen Unrecht sind ausgeschlossen.“ Hier wird völlig übersehen, dass weitere Initiativen zugunsten Überlebender Gegenstand der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung sind. Bevor diese umgesetzt würden, hätten die Überlebenden bereits auf jede Leistung daraus verzichtet und noch bevor der Ausgang des Verfahrens überhaupt feststeht, hätten sie sich generell aller Ansprüche an die deutsche Wirtschaft entledigt.

Während also den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen strikte Vorschriften gemacht werden, ist diese Rigidität gegenüber den Unternehmen nicht zu erkennen.

Warten aufs Geld ... und den Tod

Es ist äußerst zweifelhaft, ob die zugesagten 5 Milliarden der Unternehmen (von denen diese wiederum nur die Hälfte zahlen – der Rest wird von der Steuer zurückerstattet) nach jetzigem Stand überhaupt zusammenkommen.

Erstens haben von den mindestens 2000 Unternehmen, die Zwangsarbeiter beschäftigten, bisher nur knapp 200 ihre Beteiligung an der Stiftung verbindlich zugesagt. Zweitens müssen diese Betriebe laut Stiftungsinitiati-

ve lediglich ein Promille ihres Jahresumsatzes in die Stiftungskasse zahlen. Kombiniert man beide Zahlen, so könnten die Unternehmen zur Zeit etwa 2,8 Milliarden DM in die Stiftungskasse zahlen (nach Berechnungen des Historikers Mark Spoerer).

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung tritt laut Gesetzentwurf jedoch erst in Kraft, wenn die zugesagten 5 Milliarden der Stiftung in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Somit ist mit weiteren Verzögerungen im ohnehin zu lange andauernden Verhandlungsprozess zu rechnen.

Will die Bundesregierung ihren Zielen im Koalitionsvertrag gerecht werden, ist sie dringend gefordert, endlich im Sinne der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zu handeln.

Es sollte ernsthaft überlegt werden, Unternehmen, die sich nicht an der Stiftung beteiligen, von dem Schutz vor weiteren Klagen auszunehmen. Selbst der Präsident des DIHT, Hans Peter Stihl, legt der Politik ein Handeln in diese Richtung nahe, indem er zusätzliche Maßnahmen von der Politik fordert, die die Firmen dazu bringen, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Im Sinne der Verantwortung der gesamten Wirtschaft sollte über eine Ausweitung der Stiftungsinitiative auch auf die Betriebe, die keine Zwangsarbeiter beschäftigten hatten, nachgedacht werden.

Im Vergleich zu den Schweizer Banken kommen auch die deutschen Großbanken, die meist die Profiteure von geraubtem jüdischem Besitz waren, zu gut weg. Auch den Banken sollte demnach eine starke Beteiligung nahegelegt werden.

Des weiteren müssen die Kriterien, die eine Entschädigungsleistung begründen, weiter abgeschwächt werden. Das Kriterium der Haft sollte in keinem Fall für die Auswahl der von der Stiftung zu berücksichtigenden ZwangsarbeiterInnen herangezogen werden.

Schnelle, unbürokratische Hilfe ist gefordert. Ein Inkrafttreten des Gesetzes erst zum Zeitpunkt der Bereitstellung aller Mittel ist im Sinne der NS-Verfolgten nicht wünschenswert.

Die Aufgabe individueller Rechte der Überlebenden kann nur durch deren individuelle Erklärung erfolgen und dies nicht bei Antragstellung, sondern erst vor der ersten vom Überlebenden gewünschten Auszahlung. Grundsätzlich sollte dem Überlebenden das Recht zustehen, eine solche Erklärung erst abzugeben, wenn ihm

die Höhe der Zahlungen aus Stiftungsmitteln bekannt ist. Nur so bleibt den Überlebenden die Chance, zwischen rechtlicher Durchsetzung ihrer Ansprüche und Verzicht hierauf zugunsten einer Zahlung aus der Stiftung abzuwägen.

Bei alledem ist Eile geboten. Denn Woche für Woche sterben Hunderte von denen, um die es bei den Entschädigungen geht. Um die

Interessen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wieder in den Vordergrund der Verhandlungen zu rücken, ist eine Initiative junger Bundestagsabgeordneter (Dietmar Nietan, Christoph Moosbauer, Simone Violka, Michael Roth, Andrea Nahles – alle SPD – und Christian Simmert – Bündnis90/Die Grünen) entstanden. Auf parlamentarischem Weg soll so der Druck auf die Unternehmen und auf

die Bundesregierung erhöht werden, ihrer moralischen und politischen Verantwortung gerecht zu werden. Außerparlamentarische Unterstützung erfährt diese Gruppe u.a. durch die Bemühungen von Hans Jochen Vogel, der sich als Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ lange bereits intensiv für die Interessen der ZwangsarbeiterInnen eingesetzt hat. spw

Im Oktober des letzten Jahres ging eine Veranstaltungsreihe zu Ende, von der sich die Jusos Nordrhein-Westfalens wichtige Impulse für ihre weitere Arbeit versprochen haben. Das Projekt „SPD 2000 – NRW 2010“ wurde auf der NRW-Landeskonferenz im Januar 1999 beschlossen und sollte unter anderem der inhaltlichen Vorbereitung der Landtagswahl am 14. Mai 2000 dienen. Im folgenden soll das Augenmerk auf die politischen Konsequenzen, die nach einem Jahr Projekterfahrung zu ziehen sind, gelenkt werden.

An dieser Stelle kann nicht der Versuch unternommen werden, inhaltlich die Ergebnisse der Foren wiederzugeben. Statt dessen will ich versuchen, mit Blick auf die Gestaltungskraft der Linken und der fortschrittlichen Teile der NRW SPD eine kritische Analyse dieses von den Jusos angestoßenen Prozesses vorzunehmen.

Drei Veranstaltungen haben letztes Jahr unter dem Motto „SPD 2000 – NRW 2010“ stattgefunden. Im Mittelpunkt der hochkarätig besetzten Diskussionsrunden stand der Versuch, ausgehend von der Politik der letzten Jahre eine sozialdemokratische Perspektive über die nächste Wahl hinaus zu entwickeln und zu diskutieren. Durch einen breiten Einladerkreis sollte sichergestellt werden, dass sich hierzu nicht nur die üblichen Verdächtigen, sondern auch neue Gesichter aus anderen Zusammenhängen an einen Tisch setzen würden. Intensiv wurde dabei auch um eine Funktionärsschicht geworben, die sich noch nicht unter der Düsseldorfer Käseglocke eingemischt hat. So richteten sich die Einladungen auch an GewerkschafterInnen, aktive KommunalpolitikerInnen, junge Menschen in und um die SPD herum sowie Personen, die sich an unterschiedlichen Orten um die Zukunft des Landes bemühen.

Der Wille zur Politik fehlt

Es ist offensichtlich, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen endgültig zur Funktionärspartei geworden ist. Ihre Machtzentralen, ihre inhaltlichen Think-Tanks, ihre Strategen und Entwickler sind im Ministerialapparat und punktuell in dem durchwachsenden Hauptamtlichenapparat zu finden. Die Partei hat es seit Anfang der 90er Jahre an keiner Stelle mehr vermocht, einen eigenständigen Beitrag zur Positionierung der Sozialdemokratie in NRW zu leisten. Wahrscheinlich kann der bildungspolitische Parteitag von Leverkusen 1992 als letztes Aufbäumen eines kleinen Teils der Partei gegen eine übermächtige Deutungskraft aus Düsseldorf bezeichnet werden.

Auch der Versuch, durch den Prozess „SPD 2000 – NRW 2010“ ein offenes, unverfängliches und attraktives Angebot zur Wiederaufnahme einer dringend notwendigen inhaltlichen Debatte zu machen, kann angesichts der geringen Resonanz im Mittelbau der Partei als gescheitert angesehen werden. Es scheint gar verpönt zu sein, sich in Landespolitik tatsächlich einzumischen. Als ob eine sozialdemokratische Landesregierung gleichbedeutend sei mit der Aufgabe landespolitischer Kompetenz in der Partei selber werden Landesparteitage zu langweiligen Abnickveranstaltungen und Funktionärskonferenzen zu Präsentationsterminen.

Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt man bei genauer Betrachtung des Parteilebens, sozialdemokratischer Landes- und Kommunalpolitik im allgemeinen sowie der Resonanz auf das im Rahmen von „SPD 2000 – NRW 2010“ gemachte Angebot im besonderen.

Vier Bemerkungen erscheinen mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

1) Wer gibt eigentlich den Ton an ?

Der Versuch, einen Toten zum Leben zu erwecken

Zum Projekt SPD 2000 – NRW 2010

Von Sebastian Jobelius*

Die Musik in der Partei spielt gegenwärtig überall dort, wo die echten „Macher“ am Werk sind. Solche Macher sind Menschen, die ein Problem erkennen und es möglichst pragmatisch einer Lösung zuführen möchten – meist im Konsens und damit auch unter Ausblendung einer Vielzahl anderer und oftmals besser Möglichkeiten. Ist das zu bedauern? Gewiß. Doch als JungsozialistInnen sind wir gut beraten, dieses Machertum nicht aus unserem Blickfeld zu verbannen. Schließlich bietet es uns oftmals den einzigen Anknüpfungspunkt für sozialdemokratische Reformpolitik. Alternative: Fehlanzeige.

2) Und was macht die Parteilinke ? Eine wie auch immer geartete Parteilinke ist in Nordrhein-Westfalen nicht zu erkennen. Dort, wo sich GenossInnen unter dem Etikett „Parteilinke“ versammeln geht es meist nur um Po-

Die Partei muss sich fragen, warum sie für Menschen, die sich mit interessanten Fragestellungen befassen, überhaupt spannend sein sollte.

* Sebastian Jobelius ist Juso-Landesvorsitzender NRW.

sten, nicht aber um politische Strategien, deren Ziel die Durchsetzung einer anderen Politik seien müßte. Mit Blick auf die Zukunft sollten daher auch alte Einsortierungen nach Personen unterbleiben. Vielmehr kommt es für Jusos darauf an, mit all' denen ins Gespräch zu kommen, die Anknüpfungspunkte für linke Reformpolitik bieten oder durch einen interessanten Diskurs Dinge weiterentwickeln können.

Inhaltlich nichts zu bieten?

3) Hat die NRW SPD eigentlich nichts zu bieten?

Aus den beschriebenen Tatsachen Perspektivlosigkeit abzuleiten wäre grundfalsch. Insbesondere im Rahmen der Juso-Landtagswahlkampagne „enerwe 14-05“ ist überdeutlich geworden, dass es viele Anknüpfungspunkte für linke Politik – personell und inhaltlich – in Nordrhein-Westfalen gibt. Als JungsozialistInnen kommt es verstärkt darauf an, diese Anknüpfungspunkte zu suchen und Weiterentwicklungen inhaltlicher Art vorzunehmen. Personell haben wir alle Chancen für einen Generationenaufbau, der sich von dem in der Bundestagsfraktion unterscheidet. Dort schmeißt eine „Generation Berlin“ ihre Überzeugungen über Bord und biedert sich an. Das ist hier anders. Wer genauer hinschaut kann erkennen, dass in den Kommunen und im Land JungsozialistInnen und Menschen aus unserem Umfeld Verantwortung übernehmen und Politik gestalten. Die erneute Nominierung unserer ehemaligen Landesvorsitzenden

Svenja Schulze auf einem vorderen Listenplatz ist ein solches Zeichen der Kontinuität im Erneuerungsprozess.

4) Wo werden die spannenden inhaltlichen Debatten geführt?

Die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere der Prozess „SPD 2000 – NRW 2010“, aber auch die Versuche einer Einführung der Projektarbeit in der Partei im Zeitraum 1997 – 1999 haben gezeigt, dass die Partei selber die Kraft nicht aufbringen wird, einen attraktiven Zukunftsdiskurs zu führen. Zu fragen ist, ob die Annahme, als Partei oder Organisation eine Debatte setzen zu können nicht ohnehin anachronistisch ist. Angesichts zunehmender Komplexität der Fragestellungen und fortschreitender Differenzierung in allen Bereichen der Gesellschaft erscheint es geradezu absurd, eine interessante Debatte im funktionalen Zusammenhang einer Partei zu führen. Die Partei muss sich vielmehr fragen, warum sie für Menschen, die sich mit interessanten Fragestellungen befassen, überhaupt spannend sein sollte. Hier stellt sich somit die Frage, wie eine Partei aus ihrem Spezifikum – nämlich dem Zugang zu gesetzgeberischer Macht – einen unverwechselbaren Beitrag im Rahmen bestimmter Zukunftsdebatten leisten kann.

Herausforderungen

Der Herausforderungen gibt es dabei genug. Zwei Beispiele seien genannt: 1) Verkehrsregion Nordrhein-Westfalen

Es ist eine entscheidende Fragestellung, wie in Nordrhein-Westfalen

als Transitland mit hoher Bevölkerungsdichte Mobilität im 21. Jahrhundert gestaltet werden soll. Die Interdependenzen bezüglich dieser Fragestellung reichen vom Wissenschaftler über den Verkehrsplaner bis zum Kommunalpolitiker. Jeder Bürger ist betroffen, die Debatte ist in vollem Gange – wo aber ist unser Beitrag dazu? Ein Blick ins Wahlprogramm der NRW SPD zu diesem Thema läßt einem die Haare zu Berge stehen.

2) Bildung im 21. Jahrhundert
Waren das noch Zeiten, als die SPD eine Partei der BildungspolitikerInnen war. Heute kann sich die SPD kaum noch auf diesem Feld profilieren. Da ist zu hören, Chancengleichheit entstünde dann, wenn die Politik es schaffen würde, jedem Schüler einen Laptop zur Verfügung zu stellen. Die Linke dagegen läßt derlei Unsinn auch gerne durchgehen, wenn dafür kein böser Satz über Gesamtschulen im Antrag steht. Beides interessiert nicht wirklich. Spannend dagegen: An den Hochschulen und Schulen, in den Regionen, im internationalen und europäischen Kontext wird ausprobiert und verworfen, diskutiert und konkret gestaltet. Die Jusos sollten sich ohne Scheuklappen mit denen auseinandersetzen, die sich im wissenschaftlichen und institutionellen Raum mit Bildung beschäftigen.

Fazit

Wenn wir es als eine wichtige Aufgabe der Jungsozialisten begreifen, uns mit unseren politischen Ansichten in die Debatten der Zukunft einzuschreiben dürfen wir nicht diejenigen sein, die die Partei restaurieren wollen. Die Grenzen zwischen dem System Partei und ihrer Umwelt verschwimmen immer mehr. Eine Parteimitgliedschaft sagt zwar etwas darüber aus, ob man dem System SPD angehört. Eine Partei verfügt aber kaum noch über Selbstreferenzen: eigene Medien, ureigenste Deutungsmuster, bestimmte Codes und kulturelle Identitäten verlieren an Bedeutung.

In der Wirtschaft betrachtet man die Unternehmen als zukunftssträftig, die eine Symbiose mit ihren Kunden herstellen können. Auch wir müssen bildlich gesprochen symbiotische Beziehungen zu unserem Umfeld aufbauen, um in einer komplexen politischen Landschaft Nahrung finden und Futter geben zu können.

spw

Die Grenzen zwischen dem System Partei und ihrer Umwelt verschwimmen immer mehr.



Frauenbilder 2

„Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“

Der großformatige Band stellt die Ergebnisse eines Fotowettbewerbs dar. Die besten der von einer prominenten Jury prämierten und für die Ausstellung ausgewählten Fotografien sind in diesem Katalog zusammengestellt.

Sie zeigen ein vielfältiges und zum Nachdenken anregendes Bild der weiblichen Wirklichkeit im Übergang zum neuen Jahrhundert.

Hrsg.: Förderverein Kulturetage Neuruppin e.V.

Der Katalog im Format A 4 hat 68 Seiten, kartoniert, und kostet 19,90 DM.

Bestellungen versandkostenfrei beim:
spw-Verlag, Fresienstraße 26, 44289 Dortmund

Tel.: 0231-402410, Fax: 0231-402416, eMail: verlag@spw.de

Vor 20 Jahren bekannte Erich Fromm in einem Interview: „Ich bin ein demokratischer Sozialist, aber diese Antwort ist heute so vieldeutig, dass sie kaum genügt, um einen Standpunkt zu kennzeichnen. Meine politische Orientierung ist ein sozialistischer Humanismus; mir geht es um eine Gesellschaft, in der die optimale Entwicklung des einzelnen und seiner Freiheit das Ziel der gesellschaftlichen Organisation ist.“ Vor 100 Jahren wurde der Soziologe und Psychoanalytiker in Frankfurt/Main als Kind jüdischer Eltern geboren, war bekannter Vertreter der Kritischen Theorie, emigrierte 1933 in die USA und zog 1959 nach Mexiko und lebte von 1974 bis zu seinem Tod 1980 in der Schweiz.

Sozialistischer Humanismus

Marx war eine der wichtigsten Quellen seiner Einsicht und Inspiration: „Mich lockte vor allem die Philosophie von Marx und seine Vision des Sozialismus, die in säkularer Form die Idee von der Selbstwerdung des Menschen ausdrückt, von seiner vollen Humanisierung, von jenem Menschen, für den nicht das Haben, nicht das Tote, nicht das Aufgehäuften, sondern die lebendige Selbstäußerung das Ziel ist.“ In seinem Buch „Das Menschenbild bei Marx“ legte er eine prägnante und konstruktive Zusammenschau der Marxschen Frühschriften vor. Entfaltung und Emanzipation der Menschen und Schaffung einer nach humanen Erfordernissen zu gestaltenden Gesellschaft waren sein Hauptanliegen.

Und so erforschte er die sozialpsychologischen Hemmnisse für diese Entwicklung und gab zugleich Hinweise für deren Überwindung in Werken wie „Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches“, „Anatomie der menschlichen Destruktivität“, „Die Seele des Menschen“, „Haben und Sein – Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft“ und „Über den Ungehorsam“. Nach Auffassung von Fromm wiederholt sich im Machtgefälle der Klassengesellschaften für die Beherrschten die infantile Situation. Sie erleben die Herrschenden als die Mächtigen, Starken, Anerkannten, gegen die sich aufzulehnen vergeblich, deren Schutz und Wohlwollen durch Unterwerfung und Liebe zu erlangen vernünftig scheint. Häufig zitierte er Marx' Diktum: „Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf.“

Diese Überwindung gesellschaftlicher Zustände sah er in direktem Ver-

hältnis mit individueller Anstrengung und Selbstveränderung. Dieser Nexus ist das Charakteristikum all seiner Werke und wird noch heute gerade von der Linken weitgehend ignoriert (vgl. meinen Beitrag „Lust auf Sozialismus“ in spw Nr. 84/1995, S.40-45). In Büchern wie „Die Kunst des Liebens“, „Märchen, Mythen, Träume“ und „Zen-Buddhismus und Psycho-Analyse“ überwindet er den akademischen Rationalismus, der die Lebenswirklichkeit und Befindlichkeit der Menschen hermetisch von kritischer und emanzipatorischer Analyse ausschließt. Und er sah, dass die Linke in dieses Vakuum rechtspopulistische und faschistoide Projektionsfiguren einbrechen lässt. Für Fromm war jeder einzelne Mensch gefragt und er zitierte in einer Rede die Worte eines – wie er es nannte „der genialsten Soziologen“, nämlich Marx: „Die Geschichte tut nichts, sie besitzt keinen ungeheuren Reichtum, sie kämpft keine Kämpfe. Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der alles tut, besitzt und kämpft.“

Persönlichkeit und Gesellschaftsveränderung

In einem Interview mit Robert Jungk antwortete Fromm auf dessen Frage: „Wie könnte man viele Menschen dazu bringen, dass sie ihre Persönlichkeit positiv ausdrücken können?“: „Das wäre nur möglich bei einer radikalen Änderung unserer gesellschaftlichen Struktur. In der heutigen Gesellschaft ist der Mensch eine Null geworden, ein Anhängsel der Maschine, und es kann auch nicht anders sein, wenn eine Gesellschaft den Profit und die Produktion und nicht den Menschen als oberstes Ziel und Objekt aller Anstrengungen ansieht. Ich glaube, dass die bestehende Gesellschaftsordnung den Keim der Zerstörung in sich trägt, weil sie die Zerstörungslust erzeugt, und zwar um so mehr, je weniger sie den Menschen glücklich macht, je gelangweilter die Menschen sind, je weniger die Menschen das Leben bejahen können.“ (Bild der Wissenschaft, 10/1974)

Und in demselben Gespräch mit Jungk sagt Fromm: „Hoffnungsvoll ist, dass wir heute wissen, dass die Änderung des Menschen nur verbunden sein kann mit der Veränderung der Verhältnisse, die die bisherige Haltung bewirkt haben. Aber es ist, glaube ich, nicht so, wie es gewisse Vertreter eines scheinbar radikalen Sozialismus – zum Beispiel Herbert Marcuse – behauptet haben, dass man erst Revolution ma-

Neue Gesellschaft und neuer Mensch

Vor 100 Jahren wurde Erich Fromm geboren

von Edgar Göll*

chen müsse und dann käme die Änderung. Vor der Revolution sei jede Änderung von Schaden, denn sie befriedige und stabilisiere die Verhältnisse. Ich glaube, das ist falsch. Es scheint mir einer der Irrtümer von Lenin zu sein, dass er nicht genügend gesehen hat, dass, wenn man das menschliche Element vergisst, dieses selbst die politische Haltung verändert und korrumpiert. Welche Möglichkeiten gibt es, dass die Menschen eine neue Vision bekommen vom Leben, das interessant ist, das freudig ist, das biophil ist, das nicht bürokratisch ist, das ihnen erlaubt, sich auszudrücken? Das, was an einer Vision anzieht, was Menschen erfüllt, ist das Utopische, das Radikale, das große Bild, das einen Menschen fortreibt, das ihm einen neuen Sinn vom Leben gibt und das ihm selbst eine Aufgabe gibt. Die erste Aufgabe wäre es, darzustellen, worin eigentlich dieser neue Mensch und diese neue Gesellschaft bestehen würden. Zunächst gar nicht einmal in einem detaillierten Entwurf, sondern etwas, das dem Menschen ein neues Bild von den Möglichkeiten zu leben gibt. Denn alles das ist ja im Menschen als Möglichkeit schon vorhanden. Die Frage ist, ob man es ihm bewußtmachen kann. Solange man aber nur von Dingen wie Vergesellschaftung der Produktionsmittel spricht, wird der Mensch im Grunde genommen gar nicht motiviert. Es hat sich in Russland gezeigt, dass das alles gar nichts bedeutet. Das ist keine Vision, die die menschlichen Leidenschaften bewegt.“

Aus Anlass des Geburtstages sind zahlreiche Veranstaltungen geplant (wie z.B. eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 20. Mai), die die Möglichkeit bieten, sich neben dem Lesen seiner Bücher mit seinem radikalen emanzipatorischen Ansatz vertraut zu machen (Informationen über www.erich-fromm.de). spw

„Das, was an einer Vision anzieht, was Menschen erfüllt, ist das Utopische, das Radikale, das große Bild, das einen Menschen fortreibt, das ihm einen neuen Sinn vom Leben gibt und das ihm selbst eine Aufgabe gibt.“ (Erich Fromm)

* Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler und Zukunftsforscher, Berlin

Politisches Denken im 20. Jahrhundert

von Frank Schauff*

Besprechung zu: Frank Deppe, *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*. VSA-Verlag: Hamburg 1999. 398 Seiten. DM .

Frank Deppes „Politisches Denken im 20. Jahrhundert“ gliedert sich in zwei große Teile. Zunächst geht er in den ersten beiden Kapiteln des Buches auf den historischen Hintergrund, vor dem die im zweiten Teil vorgestellten politischen Denker ihre Konzepte entworfen haben, ein. Hierbei handelt es sich um die Periode des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts. Zeitlich reicht die Analyse bis in die frühen dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts.

Widerspruchsvolle Entwicklung Anfang des 20. Jahrhunderts

Ausgehend von einer Definition des politischen Denkens zu Beginn des 20. Jahrhunderts geht Deppe auf die widerspruchsvolle Entwicklung der damaligen Zeit ein. Er stellt die dynamische Entwicklung des Kapitalismus unter der Ausweitung der staatlichen Intervention im Bereich des Sozialen wie des Militärischen gegen den Niedergang der liberalen Bourgeoisie, die sich im Abwehrkampf gegen die stärker werdende Arbeiterbewegung befand.

Politisch und ökonomisch beginnt in dieser Periode auch die Ablösung der Hegemonialmacht Großbritannien durch die USA, die spätestens seit dem 1. Weltkrieg unaufhaltsam erscheint. Als ideologische Antipoden der Epoche werden der Nihilismus Nietzsches einerseits sowie die Psychoanalyse Freuds und der marxistische Einfluß auf die Arbeiterbewegung andererseits gesehen.

Bürgerliche Theoretiker

Der erste Teil wird mit dem beständig zitierten Paten der bürgerlichen Sozialwissenschaft, Max Weber, eingeleitet. Weber wird hier in Erinnerung gerufen als Wissenschaftler und Politiker. In beiden Aspekten seiner Tätigkeit, die

durch lange Phasen psychischer Krankheit unterbrochen wurden, spiegelt sich seine bürgerliche Herkunft und sein Interesse an der Stabilisierung der Herrschaft seiner Klasse wider. Weber war Nationalliberaler, Verfechter einer imperialistischen deutschen Politik unter Einbindung der Arbeiterbewegung und verfocht gegen Ende seines Lebens die Konzeption einer „plebiszitären Führerdemokratie“, die ihn letztlich nahe an andere autoritäre und reaktionäre Strömungen seiner Zeit heranbrachten, die dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht ebnen sollten. Von einer Gefolgschaft gegenüber Hitler wurde Weber m.E. (im Unterschied zu Deppe) nur durch seinen frühen Tod im Jahre 1920 bewahrt.

Im nächsten Schritt stellt Deppe das Denken der Neomachivellisten des Schlages eines *George Sorel* und eines *Vilfredo Pareto* vor. Während Pareto sich während seines ganzen Lebens auf der politischen Rechten bewegte und in den zwanziger Jahren von Mussolini hofiert wurde, begann Sorel als Marxist seine politische Karriere und wanderte dann über den Anarchosyndikalismus hin zum rechten Rand des politischen Spektrums und machte damit eine ähnliche Bewegung durch wie der Führer des italienischen Faschismus. Gegen Ende seines Lebens sah er aufgrund der Degeneration der liberalen Bourgeoisie in einem autoritären Führerstaat die Rettung für die französische Nation.

Als Gegenentwurf hierzu wird von Deppe die Schule des *amerikanischen Pragmatismus* vorgestellt, die von progressiven europäischen Ideen beeinflusst in Amerika die politische Linke prägte und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts beeinflusste. Prägend wirkte diese Schule auf die demokratische Tradition der US-amerikanischen Gesellschaft, die anders als heute für progressive Experimente ohne große theoretische Ambitionen offen war.

Revolutionäre

Im letzten und vorletzten Kapitel werden zwei Revolutionäre vorgestellt. Zunächst geht Deppe auf *Lenin* ein. Er stellt neben seinen vorbereitenden theoretischen Leistungen – Parteitheorie, Auseinandersetzung und Bruch mit der II. Internationale, Imperialismustheorie – natürlich seine Leistung als politischer Kopf der Oktoberrevolution heraus. Jedoch macht Deppe auch Lenins Begrenztheit klar: Lenins Revolutionskonzept hatte nichts mit den entwickelten Gesell-

schaften des Westens zu tun, sondern nur mit dem „Bewegungskrieg“ in den kolonialen und halbkolonialen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts. Letztlich war Lenin nicht dazu in der Lage, die ausbleibende Revolution im Westen zu erklären noch die Tatsache des Ausbleibens zu ändern. Dies mußte sich auch auf seine Schöpfung, die Sowjetunion auswirken.

Zuletzt wird das Denken des ersten Präsidenten Chinas unmittelbar nach dem Ende des Kaiserreiches, *Sun Yat-sen*, umrissen. Sun Yat-sen stand am Anfang der revolutionären Bewegung Chinas. Er wurde der Führer der Kuomintang, der chinesischen nationalen Sammlungspartei und versuchte mit seiner Politik, die auch von der Bewunderung für Lenin geprägt war, dem von den Großmächten gedemütigten China die nationale Selbstbestimmung zurückzugeben. Hierbei entwickelte er Sympathien für den Sozialismus, war aber letztlich vom chinesischen Nationalismus stark geprägt.

Stärken und Schwächen

Deppes Buch hat Stärken und Schwächen. Einerseits ist es von großem Wissen des Autors geprägt und klar und nachvollziehbar geschrieben. Gerade der erste Teil, der die im folgenden dargestellten Akteure in einen historischen Kontext stellt, ist eine ausgesprochen gut gelungene Darstellung des beginnenden 20. Jahrhunderts. Weber und Lenin werden hervorragend charakterisiert. Die Vorstellung des amerikanischen Pragmatismus ist eine Bereicherung für den unbescholtenen europäischen Leser. Dagegen bleibt dem Leser verschlossen, warum beispielsweise Nietzsche, der auf Weber, Pareto, Sorel und andere angesprochene Autoren einen solchen Einfluß hatte, nicht selbständig dargestellt wird. Auch erscheint es sinnvoller, sich exemplarisch für eine Figur wie Sorel zu entscheiden als mehrere Denker in einem recht kurzen Kapitel abzuhandeln und sie damit nicht mehr klar gegeneinander abzugrenzen. Auch erscheint die Darstellung Sun Yat-sens etwas gezwungen, da er kaum eigene gedankliche Impulse geleistet hat. Hier wäre es für die koloniale Befreiungsbewegung möglicherweise typischer gewesen, Ghandi zu nehmen. Sun Yat-sens Darstellung macht nur Sinn, wenn sie dazu dient, mit Mao Tsetung fortzufahren, aber ob Deppe einen weiteren Band zum politischen Denken in der Mitte des 20. Jahrhunderts herausbringen wird, darüber schweigt er sich aus.

spw

Deppes Buch ist von großem Wissen des Autors geprägt und klar und nachvollziehbar geschrieben. Gerade der erste Teil ist eine ausgesprochen gut gelungene Darstellung des beginnenden 20. Jahrhunderts.

* Frank Schauff, Historiker, Internationaler Sekretär der Jusos

Besprechung zu: Werner Rügemer, *Grüezi! Bei welchen Verbrechen dürfen wir behilflich sein?* Distel-Verlag Heilbronn 1999, 120 Seiten, DM 20, ISBN 3-929348-27-6

Die idyllische Schweiz, wie sie kaum einer kennt, stellt Werner Rügemer vor. Idyllisch z.B. für Steuerhinterzieher aus aller Welt. Steuerhinterziehung ist nicht strafbar, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit. Deshalb besteht auch keine Auskunftspflicht gegenüber Finanzämtern und keine Kooperationspflicht mit Steuerfahndern z.B. aus Deutschland. Das macht die Schweiz zum Sitz hunderttausender Tarnfirmen, die geübt sind, Vermögen zu verstecken.

Die Schweizer Banken werden wohl überwiegend von internationalen Banken beherrscht, die das Land für ihre wirtschaftskriminellen Zwecke benutzen, darunter auch von Deutschen (ein Kapitel behandelt die

WestLB). Die Schweiz beherbergt Fluchtkapital aus aller Welt. Sie verwaltet es für Diktatoren und Mafiosi, für Drogenhändler und Manager. Die Schweiz ist auch Drehscheibe für Schmuggelware (gesetzlich nicht verboten), Hehlergeschäfte mit gestohlenen Kunstgegenständen, illegalen Waffenhandel, Bestechungsgelder, illegale Parteienfinanzierung usw.. Sie war die Drehscheibe, auf der der Hitlerfaschismus geraubtes Gold in Devisen verwandelte. Schweizer Banken bereicherten sich an jüdischem Vermögen.

Diejenigen, die Machenschaften aufdecken, werden in der Schweiz mit Arbeitsverbot und Rufmord, belohnt (ein Kapitel berichtet über einen aus der Schweiz vertriebenen Wirtschaftsanwalt). 900.000 Schweizer wurden vom Geheimdienst illegal abgehört. Soviel zur Basisdemokratie.

Rügemers Büchlein ist gut recherchiert und flüssig geschrieben. Es be-

In stilvollem Ambiente und unter großer Beteiligung wurde am 8. März dieses Jahres die Fotoausstellung „Frauenbilder 2 – Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“ in der Kulturretage Neuruppin (Brandenburg) eröffnet. Die Idee zu dem Fotowettbewerb, dessen beste Beiträge hier ausgestellt sind, entstand im Jahr zuvor, als am gleichen Ort die Fotoausstellung „Frauenbilder“ gezeigt wurde, die 1985 von den Berliner JungsozialistInnen organisiert worden war. Aufgrund des großen und langanhaltenden Erfolges dieser Ausstellung wurde die Idee einer Neuauflage geboren, die diesmal vom Förderverein Kulturretage Neuruppin gemeinsam mit der Fontanestadt Neuruppin und dem DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg und unter der Schirmherrschaft von Dr. Regine Hildebrandt – damals noch Ministerin für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Frauen des Landes Brandenburg – durchgeführt wurde. Auch diesmal stieß der bundesweit ausgeschriebene Wettbewerb wieder auf große Resonanz.

Überraschend anders als vor 15 Jahren sind die eingesandten Fotobeiträge allerdings schon: Während 1985 Fotos im Vordergrund standen, die die soziale Lage und Ungleichstellung der Frauen im (Erwerbs-)Leben kritisch reflektierten und politische

Aktivitäten der Frauenbewegung darstellten, sind jetzt viele individuelle Portraitaufnahmen und auch Bilder von glücklichen Frauen in harmonischen Familiensituationen zu sehen. Insofern bietet die Ausstellung neben schönen Bildern eine hervorragende Gelegenheit, die Veränderung der Selbstwahrnehmung von Frauen und damit auch ein verändertes Selbstverständnis der Frauenbewegung zu studieren. Diese Debatte wurde bereits bei der Eröffnungsveranstaltung von den VeranstalterInnen, der Jury und nicht zuletzt Regine Hildebrandt begonnen. In dem Katalog, in dem die besten der prämierten und für die Ausstellung ausgewählten Fotografien zusammengestellt sind, wird dieser Unterschied dadurch dokumentiert, dass einige der Bilder von 1985 erneut aufgenommen sind und so einen Vergleich ermöglichen.

Die Ausstellung bleibt bis Ende März in Neuruppin und wird dann im April im DGB-Haus Berlin, im Mai im Rathaus Berlin-Spandau, im Juni im Rathaus Berlin-Marzahn und im September beim Stand des DGB Berlin-Brandenburg auf der EXPO in Hannover zu sehen sein. Anschließend wird die Ausstellung in weiteren Städten Deutschlands gezeigt werden und kann für spätere Termine gebucht werden beim Förderverein Kulturretage

Einblick in einen „Piratenstaat“

von Rainer Roth*

steht aus verschiedenen kleinen Aufsätzen, enthält Rezensionen der neuesten Bücher über das wahre Gesicht der Schweiz und eine Dokumentation über Nutznießer der Schweizer Kapitaloase.

Es gehört ins Gepäck jedes Touristen. Es fördert den Weitblick mehr als eine Gipfelbesteigung Schweizer Berge.

spw

* Prof. Rainer Roth, Frankfurt am Main

Frauenbilder 2 „Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“

von Uta Biermann und Ralf Krämer*

ge Neuruppin e.V., Am Schulplatz, 16816 Neuruppin, Tel. 03391-655725 (Frau Hepner).

Wie 1985 wird der großformatige Katalog zur Ausstellung auch diesmal vom spw-Verlag herausgegeben. Er hat 68 Seiten, kartoniert, und kostet 19,90 DM. Bestellungen versandkostenfrei beim spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231-402410, Fax 0231-402416, eMail: verlag@spw.de

spw

* Uta Biermann und Ralf Krämer sind Mitglieder der spw-Redaktion.

Notizen und Hinweise

Frühjahrstreffen des Frankfurter Kreises

Situation und Politik der SPD, die Rolle der SPD-Linken, die beginnende Programmdiskussion (dazu ist Rudolf Scharming als Vorsitzender der Programmkommission eingeladen) sowie die Neustrukturierung der *SPD-Linken* (Demokratische Linke 21) und der Verein „Soziale Republik Europa“ sind die Themen des Frühjahrstreffens des Frankfurter Kreises. Es findet statt am 16.-18. Juni im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Übernachtung muss selbst organisiert werden. Anmeldung bis 22.05.00 durch Überweisung des Teilnahmebeitrags (für Saalmiete, Speisen und Getränke) von DM 100,-/ermäßigt 50,-/Vielverdiener 150,- auf das Konto Detlev von Larcher, Frankfurter Topf, Kto.-Nr. 2360748 bei der Sparda-Bank Berlin, BLZ 12096597. Weitere Infos bei D.v.Larcher MdB, Tel. 030-22773659 und <http://home.t-online.de/home/detlev.larcher/>

spw-Frühjahrstagung

Die spw-Frühjahrstagung 2000 findet vom 26.-28. Mai in Springe bei Hannover statt. Inhaltlich wird sie vor allem der inhaltlichen Vorbereitung eines für November geplanten Kongresses der spw zum Thema „Sozialstaat im modernen Kapitalismus“ dienen. Weitere Infos und Anmeldungen bei der spw-Redaktion.

Die Zukunft des sozialstaatlichen Generationenausgleichs

Zu diesem Thema veranstalten das Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland – *ProMS Nord*, die *spw*, die *Jusos* Kreis Herzogtum Lauenburg sowie der MdB Thomas Sauer am 6. Mai von 14.00 bis 16.00 Uhr eine *Konferenz* in Geesthacht bei Hamburg, im Hotel Stadt Hamburg, Markt 1. Beiträge von Johannes Steffen und Ursula Knapp, Felix Welti und Thomas Sauer. Der Tagungsbeitrag beträgt 10 DM incl. Kaffee und Kuchen, Anmeldungen an das Bürgerbüro Thomas Sauer MdB, z.Hd. Günter Beinecke, Hauptstraße 75, 23879 Mölln, Fax

04542-836230, eMail buergerbuero.sauer.mdb@t-online.de

Aktualität der „Herforder Thesen“

1980 veröffentlichte der Bezirksvorstand der Jusos Ostwestfalen-Lippe die „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“. Diese hatten in den folgenden Jahren prägenden Einfluss auf die strategischen Diskussionen bei den JungsozialistInnen und darüber hinaus. 20 Jahre danach soll auf einem *Seminar* diskutiert werden, inwieweit sie auch heute noch Aktualität besitzen. Das Seminar findet statt 19.-21. Mai 2000 in Berlin, vorgesehen sind Beiträge von Jörg Kantel, Horst Heining, Andreas Wehr, Sabine Kebir, Diether Dehm und Kurt Neumann. Möglichst frühzeitige Anmeldung an: „Helle Panke“ e.V., Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin, Tel./Fax 030-47538724. Teilnahmebeitrag 25,-/ermäßigt 20,- DM incl. 2 Mittagessen, Übernachtung muss gesondert organisiert werden.

Jahrhundertbilanz des Kommunismus

Nachdem in den vergangenen Jahren jeweils eine Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gezogen wurde, folgt nun am 12.-14. Mai in der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin-Wilmersdorf der *Kongress* zum Kommunismus. Veranstalter sind die die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Redaktion der Zeitschrift „Sozialismus“ und eine Reihe von ProfessorInnen Berliner Hochschulen. Die Kongressgebühr beträgt 30,- DM, ermäßigt 15,- DM. Anmeldungen an Kongressbüro, c/o Redaktion Ossietzky, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, eMail: ESPOO@t-online.de. Programm und weitere Infos unter http://www.sozialismus.de/aktuell/2000/kommunismus_bilanz_400.html

Verteilungskonflikte im Shareholder-Kapitalismus

Dazu führt das *Forum Gewerkschaften* am 15. April im DGB-Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main eine *Tagung* durch. Infos und Anmeldungen bei Redaktion Sozialismus, Postfach 106127, 20042 Hamburg, Tel. 040-28050566, Fax 040-28050568, <http://www.sozialismus.de/aktuell>

Für demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

Das Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte lädt für den 14./15. April 2000 nach Hannover ins Freizeithaus Linden zu seinem 2. *Ratschlag* ein. Am Freitag ab 15.00 Uhr sollen die inhaltlichen Schwerpunkte Tobin-Steuer und Offshore-Zentren diskutiert werden, am Samstag Aktionsvorschläge und Kampagnenstrategien. Weitere Infos unter <http://www.share-online.de/Finanzmaerkte> oder über <http://www.weedbonn.org>, Anmeldungen an: Share, Jutta Sundermann, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller, Tel. 04231-957590, Fax 04231-957400

Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland

Gerhard Bäcker, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann und Gerhard Naegle haben im Westdeutschen Verlag Wiesbaden eine grundlegend überarbeitete und erweiterte Ausgabe ihres grundlegenden *Buches* vorgelegt, vgl. ihren Beitrag in diesem Heft. In Band 1 geht es auf 475 Seiten mit 40 Abbildungen um „Ökonomische Grundlagen, Einkommen, Arbeit und Arbeitsmarkt, Arbeit und Gesundheitsschutz“, in Band 2 auf 409 Seiten um Gesundheit und Gesundheitssystem, Familie, Alter, Soziale Dienste“, gebunden, jeweils DM 49,80.

Zugleich wurde im Internet eine *Website* <http://www.sozialpolitik-lehrbuch.de> eingerichtet. Hier findet sich neben detaillierteren Informationen zum Buch ein umfassendes Informationsangebot und vielfältige Links zu sozialpolitischen Daten, zur Arbeits- und Sozialgesetzgebung und sozialpolitischer Fachliteratur, das laufend aktualisiert werden soll. Sehr empfehlenswert!

Politik des Kapitals – heute

1969 erschien Jörg Huffschmids Buch „Die Politik des Kapitals“. Zu seinem 60. Geburtstag ist im VSA-Verlag ein hoch interessanter Sammelband erschienen, der an die damalige Analyse anknüpft und sie weiterführt zu den Themenkomplexen Varianten und Perspektiven des Kapitalismus, Politik und Kapital in der EU, Staat und Kapital, Theorie und Politik heute. Das von Rudolf Hickel, Klaus Peter Kisker, Harald Mattfeld und Axel Troost herausgegebene *Buch* hat 402 Seiten und kostet 39,80 DM. Inhaltsverzeichnis dieses und diverser weitere

re interessanter Neuerscheinungen unter <http://www.vsa-verlag.de>

Rudolf Hicke/Klaus Peter Kraker/
Harald Matfeldt/Axel Troost (Hrsg.)

Politik des Kapitals – heute

Festschrift zum 60. Geburtstag
von Jörg Hüffschmid



Soziale Gleichheit und politische Freiheit

Unter welchen Bedingungen sind sie miteinander vergleichbar? Die Bundesstiftung Rosa Luxemburg hat einen Preis in Höhe von 10.000 DM ausgelobt für Beiträge, die sich im Umfang von maximal 200.000 Zeichen der Beantwortung dieser Frage widmen. Einsendungen bis zum 30.09.2000 an die Bundesstiftung Rosa Luxemburg, Kennwort: Preisfrage, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, weitere Infos unter <http://www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de>

Böckler zum Bündnis

So heißt ein neuer monatlicher Newsletter der Hans-Böckler-Stiftung mit Informationen zu Vereinbarungen und Bündnissen für Arbeit, Hinweisen auf Arbeitspapiere und Veranstaltungen etc., der kostenlos bezogen werden kann bei: Der Setzkasten GmbH, Am Kreuzberg 4, 40489 Düsseldorf, Fax 0211-4080080, eMail: lavista@setzkasten.de. Auf der Website der Hans-Böckler-Stiftung im Internet finden sich auch vielfältige weitere Informationen, Texte und Links zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, u.a. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der HBS (WSI). <http://www.boeckler.de>

Osteraktionen der Friedensbewegung

Auch in diesem Jahr finden wieder in vielen Regionen der Republik Oster-

märsche und andere Osteraktionen der Friedensbewegung statt. Ein Überblick über die geplanten Aktivitäten findet sich im Internet auf der Website des Netzwerk Friedenskooperative unter <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/ofterm.htm> und in „Norberts Bookmarks“ bei der DFG-VK unter <http://www.dfg-vk.de/links/book06.htm>

Russland, Tschetschenien – der Krieg

Dazu führt die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“ in Zusammenarbeit mit der Mülheimer Initiative und dem Interdisziplinären Gesprächskreis „Wissenschaft und Verantwortung“ an der Universität Dortmund am 7./8. April 2000 eine Informationstagung mit diversen ExpertInnen für Russland und die Kaukasus-Region durch. Teilnahmebeitrag 10,-/ermäßigt 5,- DM, Anmeldungen an die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Gutenbergstr. 31, 44139 Dortmund, Tel. 0231-575202, Fax 0231-575210, eMail: INES_NAT@t-online.de.

Einen Tschetschenien-Reader mit 46 Seiten für 5,- DM bietet das Netzwerk Friedenskooperative an, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel. 0228-692904, <http://www.friedenskooperative.de/>

Aufarbeitung des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien

Ebenfalls bei der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative (s.o.) ist in deren Schriftenreihe die Dokumentation der Ergebnisse einer anderen breit getragenen Tagung zu den Lehren aus dem Kosovo-Krieg bezogen werden: Reiner Braun (Hg.), *Der Balkan-Krieg – Analyse eines Exempels*, 144 Seiten, 12,- DM.

Am 16. April findet in Hamburg das 2. Hearing des Internationalen Europäischen (inoffiziellen) Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien statt, in dem insb. der deutsche Anteil an dem Krieg untersucht werden soll. Die Beiträge des 1. Hearings am 30.10.99 in Berlin sind in einem Buch dokumentiert: Wolfgang Richter/Elmar Schmähling/Eckart Spoo (Hg.), *Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien*, 271 S., 25,- DM. Weitere Infos über Lühr Henken, Flotowstr. 6, 22083 Hamburg, Tel. 040-222629, Fax 040-2277867, eMail LuehrHenken@t-online.de, <http://www.NATO-Tribunal.de>

Am Beispiel Leo Koflers

Marxismus und soziale Bewegung im 20. Jhdt.

Kongress vom 29.4.-1.5.2000 an der Ruhr-Universität Bochum. Veranstaltet von der Leo-Kofler-Gesellschaft e.V. unter der Schirmherrschaft des Rektors der Ruhr-Universität Bochum und unterstützt von Hans-Böckler-Stiftung u.a.

Eröffnungsvorträge:

Adam Schaff: Der Sozialismus im 20. und 21. Jahrhundert
Wolfgang Fritz Haug: Der Marxismus im 20. Jhdt.

Talkrunde mit Jakob Moneta, Heinz Brakemeier, Uwe Jakomeit u.a.

Vorträge und Diskussionen zu:

1. *Theorie und Geschichte der Bürgerlichen Gesellschaft*
Michael Krätke, Uli Brieler, Peter Ruben, Heide Gerstenberger

2. *Marxismus I: Themen*
Günter Brakelmann, Hartmut Krauss, Hans Heinz Holz, Werner Seppmann

3. *Soziale Bewegungen I: Stalinismus*
Thomas Klein, Helmut Steiner, Stefan Dornuf

4. *Marxismus II: Begriffe*
Alex Demirovic, Rüdiger Dannemann, Sebastian Herkommer, Roger Behrens

5. *Soziale Bewegungen II: alte und neue soziale Bewegungen*
Jörg Wollenberg, Christoph Jünke, Ludger Volmer

6. *Wahlverwandtschaften*
Reinhard Pietsch, Horst Müller, Wilfried Korngiebel

Podiumsdiskussion:

„Nonkonformistische Intellektuelle gestern und heute. Die Frankfurter Schule und ihre linken Kritiker“: Alex Demirovic, Detlev Claussen, Werner Seppmann & Joachim Bischoff

Informationen und Anmeldungen:
Leo-Kofler-Gesellschaft e.V., c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr.29, 58452 Witten.
Internet: <http://www.leo-kofler.de>
Email: christoph.juenke@ruhr-uni-bochum.de

Im letzten Heft haben wir die Begründung des langjährigen spw-Redaktionssekretärs Ralf Krämer dokumentiert, die SPD zu verlassen (Krämer: *Die Zukunft der SozialistInnen liegt links – von der SPD, spw 111, 1/2000*). Ihm antwortete Stefan Schostok (Schostok: *Anmerkungen zur spw und den Linken in der SPD, ebd.*). Zu diese Beiträgen haben wir nun eine Reihe von Repliken erhalten. Auch wenn gegenwärtig die Orientierung auf die Sozialdemokratie für die spw außer Frage steht, halten wir es für notwendig, die Debatte um die Begründung eines weiteren Engagements offen zu führen. Dies gilt um so mehr, als dass auch die Zeitschrift spw und der sie tragende Zusammenhang seine Positionierung angesichts veränderter politischer Bedingungen weiterentwickeln muss. Deshalb wollen wir in diesem und dem nächsten Heft weitere Stellungnahmen hierzu veröffentlichen, die sich vor allem auch mit der künftigen Rolle der Zeitschrift beschäftigen werden.

spw-Redaktion

Die Zukunft liegt in der SPD

von Karsten Rudolph*

Ralf Krämer hat in dieser Zeitschrift nach langjähriger Mitgliedschaft seinen Austritt aus der SPD begründet. Es handelt sich hierbei um einen individuellen Schritt, der dennoch einer politischen Kommentierung bedarf. Und dies aus zwei Gründen:

Erstens handelt es sich bei Ralf Krämer um den Redaktionssekretär einer Zeitschrift, deren Grundverständnis immer darin bestanden hat, für einen legitimen Platz von marxistischen und Linksozialisten in der Sozialdemokratischen Partei einzutreten. Die Vertreter dieser Strömung haben im Verlauf ihrer traditionsreichen Geschichte in der Regel um ihre Mitgliedschaft gekämpft und Solidaritätsaktionen organisiert, wenn einer der ihren ausgeschlossen werden sollte. Nunmehr hat einer sein Parteibuch hingeworfen, der keineswegs behaupten kann, dass marxistische Sozialdemokraten aus der Partei verdrängt würden. Ganz im Gegenteil: Nicht wenige ihrer Argumente sind inzwischen wieder hoch aktuell, ihre Analysekraft unbestritten und ihre politischen Konzeptionen keineswegs stigmatisiert.

Es gibt einen zweiten Grund, dieser individuellen Entscheidung zu widersprechen. Sie begünstigt ein unsy-

Die SPD als Partei der kapitalistischen Industriegesellschaft steht in der völlig offenen Situation, den Übergang von der Bonner zur Berliner Republik, von der altindustriellen zu einer Dienstleistungs- und Wissenschaftsgesellschaft zu gestalten.



stematisches Abbröckeln von politisch integeren Köpfen ins Abseits, obschon die Argumentation von Ralf Krämer in keinem einzigen Punkte nachzuvollziehen ist. Die Gegenargumente von Stefan Schostok in der gleichen Ausgabe der SPW bleiben blaß. Denn das von ihm beschriebene Dilemma, zwischen individueller Überzeugung und dem politischen Handeln einer Partei, besteht immer; übrigens nicht nur für Sozialistinnen und Sozialisten in der SPD oder bei den Grünen oder bei der PDS, sondern auch für Christen und Gewerkschaften, Neukantianer, Feministinnen, Internationalisten, Pazifisten,

Dortmunder und Wetteraner, Ratsmitglieder und Ortsvereinsvorsitzende. Dann noch mit der „bekannten Seelenlage von SozialistInnen in der SPD“ zu kommen, die „so sehr vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung“ leiden, hat mit einer politischen Analyse rein gar nichts zu tun und läßt in einen Abgrund von Selbstmitleid blicken, der dem mitfühlenden Beobachter geradezu die Hand zum Taschentuch führen ließe, wenn ihm nicht sogleich klar wäre, daß diese Beschreibung den politischen Realitäten in keiner Art und Weise entspricht. Dass aber solche Aussagen in einer „Zeitschrift für Sozialistische Po-

* Karsten Rudolph, Wetter/Ruhr, war in den 80er Jahren Juso-Bezirksvorsitzender und ist heute stellv. Bezirksvorsitzender der SPD Westliches Westfalen.

litik und Wirtschaft“ möglich sind, liegt zum einen daran, dass wir es offenbar mit einem hohen Maß an Selbstisolation und Realitätsflucht zu tun haben, und dass andererseits Ralf Krämer mit einer Begründung, für die er noch vor 10 Jahren von der Redaktion gekündigt worden wäre, eine völlig falsche Fährte gelegt hat. Deshalb einige Anmerkungen zu seiner Argumentation.

SPD vor neuen Herausforderungen

1. Nachdem Willy Brandt 1982 zum ersten Mal von der Mehrheit diesseits der CDU gesprochen hat, befindet sich die SPD heute in einer ihrer entscheidendsten geschichtlichen Phasen. In einer Mitte-Links-Koalition, die angetreten ist, um in diesem Jahrzehnt der bundesdeutschen Gesellschaft für das 21. Jahrhundert eine neue Form zu geben, lohnt nichts mehr als (in doppeltem Sinn des Wortes) mitzustreiten. Die SPD als Partei der kapitalistischen Industriegesellschaft steht dabei in der völlig offenen Situation, den Übergang von der Bonner zur Berliner Republik, von der altindustriellen Gesellschaft zu einer Dienstleistungs- und Wissenschaftsgesellschaft zu gestalten. Sie selbst kann sich dabei nicht mehr auf die alten Strukturen stützen. Sie muss ihren eigenen Weg neu finden.

2. Die ökonomische, politische und gesellschaftliche Lage ist viel diffuser und komplexer als Ralf Krämer unterstellt. Die neo-liberalistische Welle in Europa ist mit den Wahlscheidungen in Großbritannien, Frankreich und Deutschland gebrochen, aber noch nicht ausgelaufen. Der Umbau des rheinischen Kapitalismus ist in vollem Gange, ohne dass man heute schon fertige Ergebnisse sehen könnte. Wie wäre dies auch möglich? Die Sozialdemokratie reflektiert gewissermaßen diesen Prozess. Sie schon deshalb als prokapitalistische Kraft abzutun, ist geradezu absurd: Wenn die Dauersubventionierung von altindustriellen Strukturen durch eine intensivierte Mittelstandsförderung abgelöst wird, ist die SPD damit noch nicht zu einer Wirtschaftsförderungspartei geworden. Und wenn sie die neue soziale Mitte dieser Gesellschaft, die durchweg liberal, reformistisch, ökologisch orientiert und solidarisch eingestellt ist, in den Blick nimmt, dann hat sie deshalb noch nicht ihre alte Klassenbasis verloren.

Wie man sich in dieser Lage, die sich noch wesentlich dichter und noch ausholender beschreiben ließe, selbst marginalisiert und in die Wagnisburg des anachronistischen Linkspopulismus zurückziehen kann, ist mir – gelinde gesagt – ein Rätsel. Denn neben all den umstrittenen Fragen der praktischen Politik geht es auch um eine grundsätzliche Diskussion, die sich ernsthaft nur in der SPD führen lassen wird. Der Kern dieser Diskussion besteht darin zu fragen, ob wir gleichsam eine zweite Revision brauchen.

Bestand die erste programmatische Revision darin, politische Schlußfolgerungen angesichts der Tatsache zu ziehen, dass der Kapitalismus nicht in einem großen Kladderadatsch endete, sondern sich vielmehr als gegenüber dem Staatssozialismus vitaler, effizienter und erfolgreicher erwies, so ist jetzt danach zu fragen, wie eine sozialdemokratische Partei mit einer historisch neuen Form des Kapitalismus umzugehen hat.

Man kann natürlich, wie Ralf Krämer meint, die Bruchlinien in der kaiserlichen Sozialdemokratie (also vor dem Schisma) einer erneuten Reflektion unterziehen, aber man kann und darf auf keinen Fall das 19. Jahrhundert noch einmal nachspielen, selbst wenn – oder gerade weil man – Lothar Bisky für den Nachfolger von August Bebel hält.

Linkspopulistische PDS keine Alternative

3. Mir erscheint es als geradezu absurd, wenn man nach 16 Jahren Opposition und des beständigen Kampfes gegen eine konservativ-liberale Bundesregierung, die in ihren letzten Jahren immer unverhohlener die neo-liberalistische Ideologie durchzusetzen versuchte, nun – nachdem sich die rot-grüne Regierung stabilisiert hat – dieser nicht nur den Rücken kehrt, sondern sie auch noch bekämpft.

4. Bei der PDS handelt es sich um eine östliche Regionalpartei, die mit linkspopulistischen Phrasen im Westen zu einer allgemeinen Protestpartei aufsteigen möchte. Ralf Krämer schreibt, dass die „sektiererischen Kräfte und Politiken in Westdeutschland“ zwar „nervig“ seien, aber irgendwie überwunden werden könnten, wenn nur die richtigen Leute in ausreichender Anzahl in die Partei eintreten. Das ist im Grunde das gleiche Argument, dass viele Berliner Studierende benutzten, um aus ihrer Pro-

testbewegung gegen die konservative Hochschulpolitik eine vordergründig plausible Veränderungsperspektive in der FDP zu gewinnen. So wie sie die Berliner FDP instandsetzen wollten, will Ralf Krämer nun die nordrhein-westfälische PDS erobern.

Wenn man zynisch ist, kann man da nur eine gute Reise wünschen. Aber sagen wir es anders: Die PDS gewinnt ihren Charme allein aus zwei Tatsachen: Unzufriedenheit über die Regierungspolitik von Rot-Grün und eine antikapitalistische Attitüde, die sich auf dem historischen Niveau der Ruhrgebietssozialdemokratie der 60er Jahre bewegt, soll heißen: Radikalität solange es nichts kostet, machtbeußte Mitarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, wenn mitregiert wird. In den Worten von Ralf Krämer: „Die Unterordnung der (neuen Sozialdemokratie – gestrichen, K.R., dafür:) neuen PDS unter die Kapitalherrschaft hat ein historisch neues Niveau erreicht“.

5. Damit ist das Niveau der Argumentation von Ralf angesprochen. Diese ist nicht nur von den Argumenten her nicht überzeugend, sie stellt zudem eine Mischung aus politischem Moralismus, marxistischem Dogmatismus und zynischem Machiavellismus dar, die einen innerlich geradezu aufschreien läßt: Ralf, schreib bitte nicht weiter! Denn, das hätte der Leser doch gerne gewusst, was heißt Überwindung der Herrschaft des Kapitals heute? Was heißt Unterordnung unter imperialistische Aussen- und Militärpolitik heute? Und dann: Was heißt, dass die SPD als notwendiger Partner für die Durchsetzung fortschrittlicher Reformpolitik auch in Zukunft wichtig bleibt? Ich bezweifle, dass die Herforder Thesen von 1980 und die 53 Thesen zum Projekt Moderner Sozialismus von 1989 in einer Mitgliedschaft in der PDS münden. Richtig müsste doch gefragt werden, was heißt sozialistische oder reformistische Politik heute? Was bedeutet internationale Solidarität nach dem Ende des Kalten Krieges? Wie kann und muss ein Fortschrittsblock und das Bündnis aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur beschaffen sein?

Probleme der Linken in SPD und Gesellschaft

6. Die These von der subalternen Linken verzeichnet sehr grob die wirklichen Verhältnisse in der SPD. Auch hier ist die Lage viel komplexer als Ralf Krämer unterstellt. Die 80er Jah-

Wenn die Linke ihre relativ starke Position in der SPD und in der Gesellschaft verliert, dann nicht weil sie subaltern ist, sondern weil sie unzeitgemäß agiert und die Herzen und Köpfe nicht genügend erreicht.

Die SPW hat sich zu sehr in die linke Diaspora begeben. Das „Crossover“ müsste international und zu nicht linksdogmatischen oder allein linkssozialistischen Strömungen erfolgen.

re waren geprägt durch das Vordringen eines Mitte-Links-Bündnisses von Willy Brandt bis Susi Möbbeck. Dass dieses Bündnis immer weniger trug, lag doch nicht an der Selbstanpassung, dem vermeintlichen Karrieredenken, Opportunismus oder politischer Substanzlosigkeit einzelner Personen, sondern an gesellschaftlichen Veränderungen, auf die die marxistisch orientierte Linke immer weniger plausible Antworten und überzeugende Orientierungen fand. Deshalb ist es viel zu einfach, mit dem Zeigefinger auf diejenigen zu zeigen, die in der Partei politische Verantwortung übernommen haben, eben weil die Mitte-Links-Konstellation in eine Mehrheitsposition geraten war.

In der jetzigen Situation einen Durchmarsch der prokapitalistischen Rechten zu konstruieren, ist ebenfalls abenteuerlich. Auch wenn man mit der Grundrichtung der Politik des Kabinetts Schröder/Fischer nicht einverstanden ist, so kann man doch nicht behaupten, es würde eine Politik à la Thatcher oder eine Form von Neo-Liberalismus mit menschlichem Antlitz betreiben. Die SPD und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung haben gerade mit den Wahlentscheidungen des letzten Jahres und der innerpartei-

chen Diskussion über das Blair-Schröder-Papier gezeigt, dass sie eine Erneuerung des Rheinmodells wünschen und keinen angelsächsischen Kapitalismus.

Anhand der Regierungspolitik kann man ja nachzuweisen versuchen, dass die Maßnahmen der rot-grünen Koalition einem Umbau des Rheinmodells noch nicht ausreichend gerecht werden, aber man kann ihr seriöserweise wohl kaum unterstellen, sie würde eine Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik nach angelsächsischem Muster betreiben. Aber auch in diesem Zusammenhang gilt: Wenn die Linke ihre relativ starke Position in der SPD und in der Gesellschaft verliert, dann nicht weil sie subaltern ist, sondern weil sie unzeitgemäß agiert und die Herzen und Köpfe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und aufgeklärten Mittelschichten nicht genügend erreicht. Eine Linke jedoch, die die Subalternität zum Lebensprinzip erhebt, die statt in einen aufregenden und keineswegs entschiedenen Prozess der Auseinandersetzung mit den neuen gesellschaftlichen Realitäten sich in die Pseudogeborgenheit der PDS flüchtet, hat im Grunde genommen das Ziel aufgegeben, die Hauptkapitel der Geschichte zu schreiben und sich darauf verlegt, möglichst genau in

den Fußnoten auf- oder besser: unterzutauchen.

7. Die Schleswig-Holstein-Wahl unterstreicht nochmals sehr anschaulich, dass Ralf Krämer mit allen von ihm genannten Gründen für die Wahl und Mitarbeit in der PDS falsch liegt. Wer in einer solchen Wahlentscheidung dafür kämpft, dass die PDS statt 0,5% 1% erreicht und damit die rot-grüne Regierung, die angesichts einer neokonservativ-liberalen Herausforderung um ihre politische Existenz kämpft, nicht nur schwächt, sondern geradezu noch bekämpft, der hat überhaupt nicht begriffen, um welche politischen Richtungsentscheidungen in diesem Land gekämpft wird. Jede Stimme für die PDS war deshalb eine Stimme für Volker Rühle.

Neubestimmung der Rolle der spw nötig

8. Die SPW und diejenigen in der SPD, die sich als gute marxistische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen, wären im übrigen gut beraten, wenn sie den Rückzug von Ralf Krämer zum Anlaß für einen Neuanfang, für eine neue offene Diskussion und zwar nicht nur unter ihresgleichen nehmen würden. Die SPD, die sozialistische Linke und die Linke überhaupt sind in Bewegung geraten. Das Projekt der Zeitschrift „Berliner Republik“ demonstriert sehr augenfällig, wie man über die Gräben der Vergangenheit springen kann, um sich neuen Fragen zuzuwenden, ohne gut begründete Meinungsunterschiede aufgeben zu müssen.

Die SPW hat sich dagegen zu sehr in die linke Diaspora begeben. Ein „Crossover“-Projekt ist mit den Zeitschriften „Andere Zeiten“ und „Utopie kreativ“ nicht wirklich zu machen. Das „Crossover“ müsste international und zu nicht linksdogmatischen oder allein linkssozialistischen Strömungen erfolgen. Aber dies ist vielleicht auch ein politisch-psychologisches Problem, nämlich sich immer mehr in die vermeintlich wärmenden alten Strukturen und Mentalitäten einzugraben, um so den gewachsenen Handlungsspielraum, die Entmarginalisierung und De-Traditionalisierung der eigenen Strömung zu kompensieren. Denn die SPW steht dann, wenn sie differenziert und auf der Höhe der Zeit Kritik an der sozialdemokratischen Politik übt, mitten im Leben und mitten in der Partei, was vielleicht eine noch unverarbeitete Erfahrung ist und vielleicht noch nicht jede(r) verarbeiten kann.

spw



Nun ist es wieder einmal so weit: Frei nach Hamlet „Sein oder Nichtsein ist hier die Frage“, ob es nun nobler sei, um der reinen sozialistischen Lehre willen aus der SPD auszutreten und über ihren „Irrweg“ zu philosophieren, oder in ihr für konkrete Verbesserungen in Politik und Gesellschaft zu kämpfen. Ralf Krämer hat sich für ersteres entschieden und in spw 111 eine „politische Begründung“ für seinen Austritt geliefert, die aus meiner Sicht eine Antwort kaum wert ist. Aber wer schweigt, scheint zuzustimmen – und das tue ich keinesfalls.

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich gehöre zu jenen sozialdemokratischen Linken, die Krämer mit seiner Austrittsbegründung eigentlich gar nicht erreichen will: nämlich jene nicht-klassenbewußten Linken oder auch Nicht-SozialistInnen. Außerdem bin ich Parteifunktionärin im Kölner SPD-UB-Vorstand. Betrachte ich dazu meine persönliche soziale Lage, dann gehöre ich wohl nach Krämers Definition zu den sozialen Aufsteigerinnen (von der Tochter einer „Gastarbeiterfamilie“ zur Akademikerin, verheiratet, demnächst zwei Kinder und mit vergleichsweise ordentlichem Einkommen), die den Kontakt zu linken Milieus, in denen noch theoretische Diskussionen über den richtigen Weg zum Sozialismus geführt werden (wo eigentlich?), verloren hat. Kurzum: Eigentlich nicht zu gebrauchen für die historische Mission der sozialistischen Linken!

Im folgenden will ich auf drei Kernpunkte Krämers eingehen:

- (1) Gehören SozialistInnen in die SPD?
- (2) Wie reformfähig ist die rot-grüne Bundesregierung und
- (3) Ist die PDS die Alternative?

Pluralität der Projekte wie der Subjekte in der SPD

1. Die kaum noch zu überbietende Arroganz, mit der Krämer die Sozialstruktur der SPD-FunktionsträgerInnen nachzeichnet, zeugt nach meiner Ansicht von einer politischen Isolation, in die er und ein beträchtlicher Teil des spw-Spektrums (wie etwa der größere Teil des spw-LeserInnen-Forums/Rheinland) sich hineinmanövriert haben. Denn die beschworenen Milieus, in denen es noch richtig zur sozialistischen Sache geht, wird man weder bei den Gewerkschaften als traditionellen Bündnispartnern der SPD, noch bei den neuen sozialen Schichten finden. Und es ist auch

fraglich, ob es noch Sinn macht an einem überkommenen Sozialismusbegriff als alternativem Gesellschaftsmodell festzuhalten. Da mag Marx in vielen Punkten seiner Gesellschaftsanalyse Recht behalten haben, die Lösungsansätze sind m. E. immer häufiger zu hinterfragen. Wer an ihnen aber festhält, verliert den Blick für die Gegenwart – und isoliert sich politisch.

Zukunftsträchtiger scheint mir Schölers Vorschlag zu sein. Auf den letzten Seiten seines neuen Buches „Ein Gespenst verschwand in Europa“ heißt es zutreffend: „Eine neue Linke kann und wird es nur dann (und in dieser Weise) geben, wenn in ihr die Pluralität der Projekte wie der Subjekte akzeptiert ist und diese zu einem produktiven und befruchtenden, Homogenisierungsversuchen widerstehenden Nebeneinander finden. ... Insbesondere für den Teil der Linken, der sich ... wie kritisch auch immer – an der vermeintlichen Schlüssigkeit des Denkgebäudes eines ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ orientiert hat, wird es nicht leicht fallen, die Suche nach dem neuen integralen Gesamtprojekt aufzugeben und sich mit der Notwendigkeit der Autonomie verschiedener Problemzusammenhänge und der erwachsenden Aufgaben anzufreunden.“ (Schöler, 1999, S. 333)

Letzteres manifestiert sich auch in den Interessen der Menschen: Sie interessieren sich mehr für konkrete Politik, die sich an bestimmten Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit orientiert. Nämlich, ob sie als Mütter oder Väter mehr Kindergeld erhalten, ob die Lohnerhöhungen nicht gleich von Steuererhöhungen weggefressen werden, ob sie bezahlbaren Wohnraum finden und möglicherweise auch die notwendige Förderung für den Erwerb von Wohneigentum, ob es ausreichende Bildungs- und Qualifizierungsangebote gibt, ob sie die Chance haben, in Gesellschaft und Politik mitzubestimmen, ob umweltpolitische Verbesserungen eintreten etc. etc.

Anders ausgedrückt: Die soziale Frage ist nicht out, wohl aber sind die Interessenlagen komplexer geworden als im 19. Jahrhundert. Denn die „neue Mitte“ (soziologisch gesehen) umfaßt nicht nur die gut ausgebildeten FacharbeiterInnen, auch KleinunternehmerInnen und AkademikerInnen gehören dazu. Sie sind an Reformen interessiert, aber

Die spw auf dem Weg in die politische Isolation?

von Susana dos Santos Herrmann*

kaum an revolutionären Veränderungen – denn im Gegensatz zur Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts haben sie inzwischen alle etwas zu verlieren. Das ist gut so! Und dass das so ist, darf man getrost als Erfolg sozialdemokratischer Politik betrachten – in Deutschland insbesondere der Brandt/Schmidt-Ära.

Zu dumm nur, dass es gerade diese Erfolge sind, die es der Linken jetzt so schwer machen, für ihr altes sozialistisches Projekt zu werben. Denn immerhin sind diese sozialen Errungenschaften in einem – wenn auch gemäßigten – Kapitalismus zustande gekommen. Mehr noch: sie waren so attraktiv, dass die Menschen, die in den Ländern des staatssozialistischen Systems lebten, es als willkommene Systemalternative ansahen. Ich gebe zu, sie waren in vielerlei Hinsicht reichlich naiv – das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Realsozialismus viele Probleme – auch und gerade viele soziale – nicht zu lösen im Stande war!

Harte Nüsse, die geknackt werden müssen

2. Aber die Geschichte ist nicht zu Ende – nur eine in alten Denkgebäuden verhaftete Linke ist es. Und es stellt sich nun die Frage, inwieweit die rot-grüne Bundesregierung die Kraft hat, gesellschaftliche Reformen durchzusetzen, die in der Bundesrepublik Deutschland und auch in der

Macht es Sinn, an einem überkommenen Sozialismusbegriff als alternativem Gesellschaftsmodell festzuhalten?

* Susana dos Santos Herrmann, Journalistin, Redakteurin der Kölner Politischen, Mitglied im SPD-UB-Vorstand Köln, gehörte in den 90er Jahren zeitweilig dem Juso-UB Vorstand Köln an.

Das neue Heft:



Joachim Bischoff/Richard Detje: Wahl in Schleswig-Holstein; Bernhard Müller: Was ist Rechtspopulismus? Harald Mattfeldt: Vom Wert der Zwangsarbeit in Nazi-Deutschland; Gerhard Kraft: Gunther Kohlmeier; Margit Schratzenstaller: Steuerreform 2000; Paul Boccara: Riesenfusionen und Aufkäufe; Gérard Duménil und Dominique Lévy: Weltwirtschaftliche Turbulenzen; Ralf Krämer: Kapitalvorschuss und Profitrate; Herbert Rehm: Sozialklauseln gegen den Terror der Ökonomie!

Sybille Stamm: Für eine neue starke und demokratische Organisation! Michael Wendt: Scheitert ver.di? Benedikt Hopmann: Holzmann-Fall Hansgeorg Conert: Politikverdrossenheit – beklagt, politisches Engagement – gehandelt; Anne Rieger: Aufrüstung der »neuen Bundeswehr«; Armando Fernández Steinko: Linksbündnis in Spanien; Heinz Bierbaum: Mühsame Einigungsversuche der italienischen Linken; Für eine CHARTA 2000 der sozialen Bewegungen in Europa; Rolf Sieber: Hillary Clinton – »Geschlechterkampf« um New York; Dieter Boris: Sozialdemokratische Wende in Chile? Franz Muhri: Sozialismus Chinesischer Prägung

Supplement: Joachim Bischoff
Neoliberales Zeitalter

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de

globalisierten Welt zu mehr Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit führen. Und dabei neben der „neuen Mitte“ auch die an den Rand der Gesellschaft gedrängten nicht vergißt.

Wer geglaubt hatte, mit dem Regierungswechsel 1998 in der Bundesrepublik käme ein radikaler Kurswechsel in der Politik, der hat nicht einmal Oskar Lafontaine richtig verstanden. Wer allerdings, wie ich das tue, davon ausgeht, dass es nach 16 Jahren Kohl und Neoliberalismus notwendigerweise darum gehen muß, erst einmal politischen Spielraum zurückzugewinnen – und das gegen die mächtigen Meinungsmacher in diesem Lande, der wird der Bundesregierung kein so vernichtendes Zeugnis ausstellen wie Krämer. Die Reformen könnten weitgehender sein, immerhin ist einiges auf den Weg gebracht: Die einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen brauche ich an dieser Stelle nicht nochmal aufzuzählen. Und auch das von Eichel initiierte Sparprogramm war in Grundzügen schon von Lafontaine angekündigt; die jetzige Steuerreform ist in großen Teilen, die konsequentere Fortführung, dessen, was unser aller Oskar in einem dreistufigem Modell vollbringen wollte.

Harte Nüsse sind dabei die Unternehmenssteuerreform und die Sozialkürzungen. Während ich letztere für gar nicht hinnehmbar halte, bin ich bei ersterer schon vorsichtiger: Immerhin hat Eichel auch kräftig bei den Privilegien und Abschreibungsmöglichkeiten den Rotstift angesetzt. Vor dem Hintergrund, dass 1999 nach langen Jahren der Anteil an Körperschafts- und Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen zugenommen hat, scheint mir die Fortsetzung dieses schon von Lafontaine begonnenen Kurses zumindest nicht ganz falsch zu sein.

Zugleich werden richtige Akzente in vielen Bereichen gesetzt, die die Gesellschaft m.E. mittelfristig durchaus positiv verändern werden: Dazu gehören die (wenn auch zaghafte) BAFöG-Reform, die Erhöhung des Kindergeldes, das Jump-Programm für arbeitslose Jugendliche, das besser ist als sein Ruf, die Einführung der Öko-Steuer, die Programme zur Förderung der regenerativen Energien, das neue Staatsbürgerschaftsrecht und zuletzt die von Schröder via Green Card angefachte Diskussion um die Einwande-

rungspolitik in Deutschland. Der Einspruch, dass solche Maßnahmen auch von einer CDU/FDP-Regierung kommen könnten, greift m.E. nicht, denn die war dazu letztlich unfähig – eben weil sie eine konservative Regierung war. Bestes Beispiel ist die Entschuldungsinitiative: Die mag zwar lange nicht ausreichend sein, um den Trikont-Staaten eine solide wirtschaftliche und soziale Perspektive zu bieten; Tatsache ist aber, dass dieser Schritt jahrelang von deutscher Seite blockiert wurde. Erst die rot-grüne Regierung machte den Weg frei.

Ebensowenig greift der Einwand, dass alle Reformen – meinetwegen auch Reförmchen – im Interesse des Kapitals seien. Das war die Bildungsreform unter Brandt auch und dennoch hat sie die Gesellschaft tiefgreifend verändert – und demokratisiert. Die Auswirkungen der jetzt laufenden Politik können in ihrer tieferen Wirkung m.E. noch gar nicht abgesehen werden.

Flucht in die Opposition

3. Wer das alles für neoliberale Politik hält und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der schnöden Tagespolitik für Zeitverschwendung im Kampf um den Sozialismus, der ist mit einem Austritt aus der SPD und der Zuwendung zu sektiererischen Gruppierungen wie der PDS wahrlich gut beraten. Dort dürfen sich die wahren Sozialisten dann über die richtige Interpretation der Weltgeschichte streiten. „Es kömmt aber darauf an, sie (die Welt) zu verändern.“ (Sagte das nicht Karl Marx?!)

Ob diese Veränderung, wie Gregor Gysi immer so schön charmant in jedes ihm hingehaltene Mikrofon flötet, mit der Opposition beginnt, wage ich zu bezweifeln. Denn dieser Opposition fehlt – zumindest im Westen – die gesellschaftliche Verankerung und dank der bequemen Oppositionsbänke auch der Zwang, die hehren Ziele zu operationalisieren, d.h. umsetzbar zu machen.

Für mich steht fest: Nach knapp zwei Jahren rot-grüner Regierung kann man schon sagen, dass diese Bundesrepublik nicht mehr die der Kohl-Ära mit ihrer Selbstzufriedenheit und dem neoliberalen Galopp Richtung Zwei-Drittel oder gar Ein-Drittel-Gesellschaft ist. Der ist gestoppt, und der notwendige Richtungswechsel erfolgt – langsam und keineswegs widerspruchsfrei, aber immerhin!

spw



Seit der Wende 1989/90 ist kaum noch etwas, wie es war. Das gilt für den Osten aber auch für den Westen, und hier nicht zuletzt für das über lange Zeit wie einzementiert scheinende Parteiensystem. Die Schockwellen des Umbruchs vor einem Jahrzehnt haben inzwischen auch in ihnen hier Risse entstehen lassen.

Stabilisierung der PDS

Hauptursache für die anhaltenden Erschütterungen ist die erstaunliche Tatsache der Stabilisierung der PDS, die seit den Kommunalwahlen in Brandenburg im Herbst 1993 bei allen Wahlen zulegen konnte und der es zur Überraschung vieler bei den letzten Bundestags- und Europawahlen sogar gelang, die Fünfprozent-Hürden zu überspringen. Inzwischen haben sich die Demokratischen Sozialisten in Ostdeutschland als Volkspartei in einem stabilen Dreiparteiensystem etabliert und übernahmen in Sachsen-Anhalt indirekt und in Mecklenburg-Vorpommern erstmals direkt Regierungsverantwortung. Doch trotz der spektakulären Erfolge bei den letzten Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen, als es gelang, die SPD zum Teil weit hinter sich zu lassen, konnte die PDS den Sozialdemokraten den zweiten Platz in Ostdeutschland nicht nehmen. Weder bei gesamtdeutschen Wahlen noch bei Meinungsumfragen lag die PDS, bezogen auf das Gebiet der ehemaligen DDR, vor der SPD. Das unterscheidet denn auch die Situation dort von der etwa in Polen oder Ungarn, wo den postkommunistischen Parteien bei Fehlen einer ernsthaften sozialdemokratischen Alternative quasi automatisch dieser Platz im neuen Parteiengefüge zustand. Die Situation in Ostdeutschland ist eher vergleichbar mit der in

Tschechien, wo sich die ehemals regierende kommunistische Partei, sogar unter Beibehaltung ihres Parteinamens, links von der sozialdemokratischen Partei einordnete.

Das Jahr 1990 – Weichenstellungen und Auswirkungen

Ohne Zweifel hätte auch die PDS aufgrund ihrer Verankerung, ihrer Machtorientierung und mittels ihres intellektuellen Potenzials das Zeug dazu gehabt, im Osten die sozialdemokratische Partei zu werden. Dass es nicht dazu kam, lag weniger an einer selbstgewählten kapitalismuskritischen sozialistischen Haltung als an der Tatsache, dass die SPD-Führung am Beginn des Jahres 1990 die Weichen dauerhaft anders stellte, indem sie damals allein auf die damalige SDP setzte, die sie mit massiver materieller und personeller Unterstützung aus dem Westen erst zu einer Partei aufpäppelte. Was die PDS anging, so setzten die Strategen in der Baracke auf den Fortgang der Erosion von Mitglieder- und Wählerbasis, der man durch die Diskreditierung einiger führender Mitglieder mittels der Gauck-Behörde gelegentlich nachzuhelfen gedachte. Doch die Rechnung ging bekanntlich nicht auf, und dass auch noch heute eine erstzunehmende Partei links von ihr existiert, hat die SPD sich selbst zuzuschreiben.

Nicht ganz so spektakulär aber nicht weniger gravierend wirkte sich der Untergang des versuchten Sozialismus auf die sozialdemokratischen Partei der alten Bundesrepublik selbst aus. Obgleich sich die SPD in ihrem Selbstverständnis wie kaum eine andere europäische Sozialdemokratie in Abgrenzung zur kommunistischen Partei im anderen Teil Deutschlands definierte, führte das Scheitern der ungeliebten Schwester auch bei ihr zu

Das Parteiensystem im Umbruch

Über den steinigen Weg hin zu einer Partei links von der SPD

von Andreas Wehr*

einer Krise des eigenen Selbstverständnisses als einer Kraft, die – wenn auch nur noch schemenhaft programmatisch – bislang von der Zentralität staatlicher Tätigkeit bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und der Steuerbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen ausging. Die Ereignisse von 1989/90 beschleunigten den dort schon vor Jahrzehnten eingeleiteten langen Abschied vom Sozialismus. Spätestens wenn das neue Grundsatzprogramm vorliegt, wird sich zeigen, wie tiefgreifend der Wandel ist.

Und selbst die konservativen Kräfte werden nun von den Erschütterungen erreicht, die ihren Ursprung in den Umwälzungen des vergangenen Jahrzehnts haben. Wie oft ist aus Anlass ihrer gegenwärtigen Spendenaffäre von einer Identitätskrise der CDU die Rede gewesen, in die sie erst durch den Wegfall ihres eigentlichen Widerparts, der kommunistischen Herausforderung, geraten sei? Durchaus zu Recht wurde ja bereits der Niedergang der italienischen Christdemokraten am Beginn der neunziger Jahre in einen engen Zusammenhang mit dem Fall der Berliner Mauer gebracht.

Und so ist es nicht auszuschließen, dass auch in Deutschland die zur „Neuen Mitte“ mutierte Sozialdemokratie die von den Konservativen aufzubehaltende traditionelle Rolle der hegemonialen Kraft im Zentrum des parteipolitischen Geschehens bald einnehmen wird und sich als Kraft der

Die Bedingungen für den Erfolg der PDS im Osten sind noch lange nicht solche für den Westen, manches im Osten mit Gewinn angewandte Rezept provoziert im Westen geradezu das Gegenteil.

* Andreas Wehr war Mitglied im SPD-Landesvorstand Berlin und Mitherausgeber der spw, trat 1998 nach der Zustimmung der SPD zu einem Bundeswehreinsatz in Jugoslawien nach 27 Jahren Mitgliedschaft aus der SPD aus, arbeitet heute für die PDS im Europäischen Parlament.

Linken verabschieden wird. Jedenfalls hat das rotgrüne Projekt – der einst so lang erwartete und mit so viel Vorschusslorbeeren bedachte Aufbruch – längst jegliche Attraktivität verloren. An die Stelle des erhofften Umbauprojekts ist nach innen sozialpolitische Kälte und nach außen kriegerischer Moralismus getreten.

Umbruch im Parteiensystem

Die äußeren Bedingungen für die Herausbildung eines veränderten Parteiensystems mit einer sich dauerhaft etablierenden Partei links von der SPD, und zwar in Gesamtdeutschland und nicht nur auf dem Territorium der ehemaligen DDR, wären damit gegeben. Doch die seit zehn Jahren nur sehr geringen Fortschritte bei der Gewinnung von Mitgliedern und der Werbung von Wählern in der alten Bundesrepublik zeigen, dass es bis dahin noch ein langer Weg ist. Und vom Gelingen dieser Westausdehnung hängt die Perspektive der gesamten Partei ab, denn als eine Regionalpartei hat die PDS keine Zukunft.

Über die Ursachen dieser Schwierigkeiten, eine gesamtdeutsche Partei zu werden, ist bereits viel gesagt und geschrieben worden. Im Zentrum standen dabei regelmäßig Darstellungen der kulturellen Barrieren zwischen den beiden ehemaligen Deutschlands und hier insbesondere die mit genauem Kalkül am Leben erhaltene antikommunistische Tradition des alten Westens.

Tatsächlich dürfte diese weiterhin fortwirkende Entfremdung zumindest in den ersten Jahren der Einheit der entscheidende Grund für die Erfolglosigkeit der PDS im Westen gewesen sein, doch damit alleine lassen sich die Schwierigkeiten nicht erklären. Hinzu tritt der Umstand, dass die Bedingungen für den Erfolg der PDS im Osten noch lange nicht solche für jenen im Westen sind, ja dass so manches im Osten mit Gewinn angewandte Rezept im Westen geradezu das Gegenteil provoziert. Wie ist das zu erklären? Wie bereits angesprochen, handelt es sich bei dem Kern der Partei um einen nicht unerheblichen Teil der alten Elite der DDR, die – bis auf wenige Ausnahmen – bereits im alten System nicht zum Zuge kam und dann erleben musste, wie statt ihrer Gruppen selbsternannter Bürgerrechtler und neu bekehrter Sozialdemokraten vorgezogen wurden. Anders als ihre einstigen Genossinnen und Genossen in Polen oder in Ungarn blieben sie bei dem Aufbau der

neuen Gesellschaft vor der Tür. Ist es da verwunderlich, wenn es nun das Bedürfnis gibt, diese Stellung des allseits geächteten outlaw's ablegen und in der Bundesrepublik endlich „ankommen“ zu dürfen?

Dieses tiefe und durchaus gerechtfertigte Bedürfnis nach Anerkennung und Würdigung der eigenen Lebensleistungen steht denn auch im Hintergrund so mancher theoretischer Konstruktion sowohl einer Zivilgesellschaft als auch eines Konzepts der „Moderne“, mit denen man sich den vorgefundenen realen Kapitalismus in der neuen Bundesrepublik schön zeichnet. Sie alle haben den Zweck, die eigene Weltsicht mit der vorgefundenen Realität irgendwie kompatibel zu machen und so sich mir ihr zu versöhnen. Doch für diejenigen, die seit Jahrzehnten mit den politischen und sozialen Kämpfen der alten Bundesrepublik vertraut sind, erscheinen solche Konstruktionen fremd und künstlich und vermitteln den Eindruck, dass hier Menschen über Dinge reden, die sie nicht wirklich kennen.

Etwas zweites tritt hinzu: Bewegt sich die PDS auf ihrem angestammten Terrain kenntnisreich und erfahren, da sie hier im Osten die Interessenvertretung einer ziemlich genau abgrenzbaren sozialen Schicht ist, so fehlt ihr im Westen ein vergleichbares Potenzial. Die Folge ist, dass sie, in dem Bemühen möglichst viele unzufriedene Wähler anzusprechen, die unterschiedlichsten Milieus zu bedienen versucht. Dabei entsteht vor allem in den gesamtdeutschen Aussagen weniger ein klares Profil als vielmehr ein bunter Flickenteppich verschiedenster Positionen, die teilweise völlig unterschiedlichen politischen Traditionen der alten Bundesrepublik entnommen sind. Vertritt die Partei etwa in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik klassische gewerkschaftliche Positionen, so kultiviert sie hingegen in der Innen- und Rechtspolitik, bei der Vertretung von Minderheiten aber auch in der Menschenrechtspolitik gegenüber dem Ausland eindeutig grüne bzw. liberale Positionen. Auch in Fragen der Organisation der eigenen Partei stand, neben der fast zwanghaften Abgrenzung gegenüber der einstigen Praxis der SED, die Bewegung der Grünen Pate, etwa bei der Begrenzung der Amtszeiten von Mandatsträgern und bei der Organisation von Bundesparteitag, die nicht selten so chaotisch wie in den Anfangsjahren der Grünen verlaufen.

Ungeklärte Perspektiven der PDS-Entwicklung

Es ist noch nicht auszumachen, ob die PDS als gesamtdeutsche Partei zur Erbin einer von der Sozialdemokratie aufgegebenen Interessenvertretung der kleinen Leute wird oder vielmehr zur zweiten grünen Bürgerrechtspartei. Manches deutet darauf hin, dass sich allmählich die Gewichte zugunsten der sogenannten „neuen Themen“ und zu Lasten der klassischen sozialen Fragen verschieben. Dafür spricht etwa die bisherige Schwerpunktsetzung bei der Programmdiskussion, die insgesamt randständige Verankerung gewerkschaftlicher Positionen in der Partei, aber auch die konkrete Politik vor Ort, wenn etwa in Sachsen-Anhalt die Verschärfung des Polizeigesetzes und nicht der Abbau von Kindergartenplätze zum hinreichenden Grund dafür genommen wird, über die Aufkündigung der Tolerierung nachzudenken. Die einfache Basis im Osten nimmt solche Adaptationen allerdings weitgehend achselzuckend und unbeeindruckt hin. Verfolgt man etwa regelmäßig die Leserbriefspalten im Neuen Deutschland, so erhält man den Eindruck, dass trotz aller Modernisierungsanstrengungen weiterhin traditionell linke Haltungen dominieren. Diesen offenbar tief verwurzelten Haltungen fehlt aber weitgehend die Artikulationsfähigkeit auf den oberen Ebenen.

Die Gefahr für die weitere Entwicklung der PDS liegt denn auch nicht in ihrer Blockierung durch angeblich dogmatische Kräfte, sondern in der „Vergrünung“ ihrer Positionen. Dies würde sowohl zu einer Entfremdung von der eigenen Wähler- und Mitgliederbasis als auch zur Unfähigkeit führen, enttäuschte von Marginalisierung bedrohte Menschen überhaupt erst für sich gewinnen zu können. Dabei handelt es sich oft um ehemalige SPD-Wähler, die auf der Suche nach neuen Vertretern ihrer Interessen sind. Eine offensive linkspopuläre Ansprache dieser Wähler durch die PDS könnte erreichen, dass viele von ihnen überhaupt erst einmal wieder wählen gehen bzw. würde sie vor einem Abgleiten nach Rechtsaußen bewahren. Genaue Analysen zeigen, dass die PDS bei Wahlen in sozialen Brennpunkten von Innenstadtquartieren durchaus erfolgreich ist, so lagen ihre Ergebnisse in klassischen Arbeiterbezirken auch im alten Bundesgebiet oft über denen der Grünen oder der FDP. Eine Strategie, die auf die Gewinnung dieser wachsenden Wählerschaft setzt, verlangt je-

Die Gefahr für die PDS liegt nicht in der Blockierung durch dogmatische Kräfte, sondern in der „Vergrünung“ ihrer Positionen.

doch eine Konzentration auf Themen wie zum Beispiel Abwehr von Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, Erhalt bezahlbarer Mieten, Widerstand gegen Rentenkürzungen, Eindämmung der Konkurrenz durch Billiglohnkräfte von außen, Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit, Erhalt des Rechts auf Bildung, Schutz vor einer sozialen Gefährdung durch Globalisierung und durch eine EU-Entwicklung, die zu einer bloßen Freihandelszone ohne Sozial- und Beschäftigungsunion führt. Das hier zu gewinnende Potential ist allemal größer als das, was vom linken Rand der Grünen abbröckeln könnte.

PDS als Chance sozialistischer Politik in Deutschland

Wenn die Zukunft der PDS nur eine gesamtdeutsche sein kann, dann

wird ihre Entwicklung in einem sehr viel stärkeren Maße von den Traditionen und den Lebensumständen der alten Bundesgebiet bestimmt sein. Dies heißt mit anderen Worten, dass die Zukunft der PDS bisher kaum begonnen hat, und der Ausgang des Projektes einer gesamtdeutschen sozialistischen Partei weiterhin offen ist. Er wird im wesentlichen von denen bestimmt, die dies als Chance für einen Neubeginn sozialistischer Politik in Deutschland begreifen. Das große historische Verdienst der aus der DDR kommenden Aktiven besteht darin, diese Option unter widrigsten Bedingungen überhaupt offen gehalten zu haben. Nur aufgrund dieser Leistung kann die versprengte und teilweise demoralisierte Linke der alten Bundesrepublik heute an eine Partei an-

knüpfen, die in einem Teil Deutschlands kommunalpolitisch stark verankert ist, in sechs Landtagen arbeitet und die es geschafft hat, in Fraktionsstärke sowohl in den Bundestag als auch in das Europäische Parlament einzuziehen. Würde die Linke diese in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Chance leichtfertig verspielen, weil sie stattdessen die in der PDS ohne Zweifel ebenfalls vorhandenen Halbheiten, Unklarheiten und Irrtümer in den Mittelpunkt ihrer Bewertung stellt, wäre es auch um ihre Zukunft als eine in die Politik eingriffsfähige Kraft geschehen. Sie könnte dann allerdings von politischen Kämpfen ungestört auf ihre ideale Partei warten und sich derweil in dem Gefühl sonnen, der ewige, unverstandene Verlierer zu sein.

Dass auch noch heute eine ernstzunehmende Partei links von ihr existiert, hat die SPD sich selbst zuzuschreiben.

spw

1. Verlust der jungen Generation ?

(...) Die Frage nach dem Verhältnis zwischen junger Generation und Sozialdemokratie ist u.E. auf zwei Ebenen zu erörtern.

- Zum einen geht es darum, über die politische Praxis der SPD Vertrauen zurückzugewinnen. Die Regierungsverantwortung muss als Chance verstanden werden, Jugend wieder von der Gestaltungskraft demokratisch legitimierter Politik zu überzeugen. Der durch die Skandale der Jahreswende 1999/2000 vertieften Legitimationskrise der „politischen Klasse“ muss durch eine „gute Politik“ entgegen gewirkt werden.

- Zum anderen geht es um die Mobilisierung der jungen Generation für eine weiterreichende linke Reformperspektive. Diese kann nicht durch Regierungshandeln oder gar zentral gesteuerte Kampagnen aus dem Willy-Brandt-Haus hergestellt werden. Die wesentlichen Impulse müssen aus der jungen Generation selber kommen. Hier stellen sich die Fragen nach dem Kern eines neuen Projektes und den zukünftigen politischen Organisationsformen. Eines ist aber klar: das langfristige Schicksal der Sozialdemokratie ist eng verbunden mit der Herausforderung, in der jungen Generation eine materielle und politische Spaltung in GewinnerInnen und VerliererInnen der gesellschaftlichen Umbruchentwicklung zu verhindern. Wir brauchen neue Solidarität in neuen Zeiten.

2. Sozialdemokratie, Jugend und „falsch verstandener Pragmatismus“

Ein wesentlicher Irrglaube liegt u.E. in der Annahme, die junge Generation habe sich mit den herrschenden Verhältnissen abgefunden. Einschlägige Studien und persönliche Alltagserfahrungen belegen eine realpolitisch-pragmatische Orientierung Jugendlicher sowie die Skepsis gegenüber den „großen Erzählungen“ der ideologischen Geschichtsbibliothek. Was zählt, ist der konkrete (eigene) Erfolg hier und jetzt und nicht ein Heilsversprechen für die ferne Zukunft. Wer jedoch die Verbürgerlichung der jungen Generation feiert, sollte sich nicht zu früh freuen. Zunächst einmal ist der Pragmatismus der jungen Generation eine Konsequenz der politischen Realität der letzten zwei Jahrzehnte. Während linke Grundwerte nach wie vor recht hoch im Kurs stehen, existiert kein erfolgversprechender Reformzug auf den man aufspringen könnte. Dies bedeutet keineswegs, dass der lebensalltägliche Pragmatismus einher geht mit dem Wunsch, die Politik möge nun endgültig die Rolle des bloßen Krisenverwalters einnehmen und jeglichen gesellschaftlichen Veränderungsanspruch ad acta legen.

Es gibt in der jungen Generation durchaus eine erhebliche Suche nach Orientierungen und Leitbildern. Der „falsch verstandene Pragmatismus“ (die Formulierung stammt ursprünglich vom Juso-Bundeskongress 1969

Neue Zeiten Denken

Diskussionsthesen zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und junger Generation

von Bettina Kohlrausch, Benjamin Mikfeld und Jessika Wischmeier*

in bezug auf die Brandt-Regierung!), d.h. die oftmals begründungslose Darstellung einer angeblichen Alternativlosigkeit im Interesse des Wirtschaftsstandortes und die Ablehnung von Diskursivität („Zu unserer Politik gibt es keine Alternative“) bestätigt die Kritik Jugendlicher an PolitikerInnen und Parteien. Damit bewegt sich die Sozialdemokratie in die strategische Sackgasse. Nachdem sie sich während der Kohl-Ära – zuletzt mit dem Begriff des „Politikwechsels“ – stets als die wichtigste politische Alternativkraft angeboten hat, erweckt sie

Jugendlicher haben eine große Skepsis gegenüber den „großen Erzählungen“ der ideologischen Geschichtsbibliothek.

* Bettina Kohlrausch, ist stv. Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Bonn, Benjamin Mikfeld ist Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Bochum, Jessika Wischmeier ist Juso-Bundesgeschäftsführerin und lebt in Berlin. Der Text ist eine gekürzte Fassung eines ausführlicheren Aufsatz, der in der Argumentenreihe des Juso-Bundesverbandes veröffentlicht wurde und im Juso-Bundesbüro, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin, bestellt werden kann: Dies., Neue Zeiten denken – Überlegungen zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und junger Generation, in: Juso-Bundesverband (Hrsg.), Moderne Sozialdemokratie II, Berlin 1999.

nun den Eindruck, eben diesen nicht mehr ernsthaft zu verfolgen. (...)

3. Die Diskussion um Generationen(un)gerechtigkeit

Aktuell wird ausgehend von einigen Jung-PolitikerInnen und Medien eine Diskussion um die „Generationengerechtigkeit“ geführt. Bemerkenswert ist, dass es fast nie darum geht, welche aktuellen Chancen die jüngere Generation hat. Im Mittelpunkt müßten dann die steigende Kinder- und Jugendarmut, der nach wie vor bestehende Lehrstellenmangel, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, der schlechte Zustand der Bildungseinrichtungen, die rückständige Modernisierung der beruflichen Ausbildung, die geringe Ausbildungsförderung, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere, kurzum: die unzureichenden Chancen der Realisierung individueller Lebensentwürfe stehen. Thematisiert wird hingegen die Rentenfrage und ein angeblicher Verteilungskonflikt zwischen der jungen und der älteren Generation.

Auch in der Diskussion um die Staatsverschuldung tauchen zwei Begriffe zunehmend wie siamesische

Zwillinge auf: „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“. Beide weisen auf den Grundsatz hin, dass keine Generation auf Kosten der nächsten leben dürfe.

Was für den Bereich der Ökologie einigen Sinn macht, taugt als Analogie jedoch nicht für die Ökonomie. Öffentlichen Schulden muss zwangsläufig privater Reichtum gegenüberstehen. (...) In der unkritischen Bezugnahme liegt deshalb eine doppelte Gefahr:

- Erstens werden grundlegendere soziale Spaltungslinien de-thematisiert. Damit wird aber die Chance vergeben, auch über den Generationenwechsel eine stabile gesellschaftliche Zustimmung für eine (zumindest mittelfristige) Korrektur der ungerechten Verteilungsverhältnisse nach eineinhalb Jahrzehnten konservativ-liberaler Politik zu organisieren.
- Zweitens geht die Diskussion an weiten Teilen der jungen Generation vorbei. Es ist bezeichnend, dass die Rentendebatte auf die „relativen GewinnerInnen“ der jungen Generation begrenzt geblieben ist. Hier mischen sich reale und von uns ernstzunehmende Befürchtungen über die eigene Absicherungsperspektive mit anti-

sozialstaatlicher Stimmungsmache, interessegeleiteten Kampagnen der privaten Versicherungswirtschaft und der verzweifelten Suche junger PolitikerInnen und Medienschaffender nach einem eigenen Projekt. (...)

4. „Neue Ernsthaftigkeit“ – SPD als Partei der Zukunftschancen

(...) „Neue Ernsthaftigkeit“ bedeutet in diesem Zusammenhang zweierlei: Erstens muss die Regierung demonstrieren, dass sie ihren eigenen demokratischen Auftrag ernstnimmt. Der beliebige Umgang mit Wahlversprechen (z.B. Ausbildungsförderung) und das widersprüchliche Agieren in vielen Zukunftsfragen tragen nicht dazu bei, dass Vertrauen zurück gewonnen wird. Zweitens muss sie jeden Jugendlichen als mündige/n Bürger/in mit individuellen Problemen und Ansprüchen ernst nehmen. Das Argument, das Kindergeld könne an Studierende nicht direkt ausgezahlt werden, weil es z.B. für den Hausbau der Eltern benötigt werde, demonstriert, wie wenig sich die Regierung um die Lebenslage von jungen Erwachsenen schert.

Das Leitbild von mehr Selbstorganisation und Eigeninitiative müßte

Es ist bezeichnend, dass die Rentendebatte auf die „relativen GewinnerInnen“ der jungen Generation begrenzt geblieben ist.

Die Implosion des CDU-Staats

Stellungnahmen von Sabine **Berghahn** • Wilfried von **Bredow** • Wolfgang **Fach** • Iring **Fetscher** • Martin und Sylvia **Greiffenhagen** • Richard **Herzinger** • Hans **Joas** • Otto **Kallscheuer** • Arno **Klönne** • Jürgen **Kocka** • Ekkehart **Krippendorff** • Christine **Landfried** • Claus **Leggewie** • Peter **Lösche** • Wilfried **Loth** • Andrei S. **Markovits** • Mohssen **Massarrat** • Klaus **Naumann** • Claus **Offe** • Roland **Roth** • Karen **Schönwälder** • Gesine **Schwan** • Jürgen **Seifert** • Kurt **Sontheimer** • Ilse **Staff** • Gerhard **Stuby** • Bodo **Zeuner**

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Die „Blätter“ kosten im Abonnement 137,40 DM/107,40 DM. Bestellen Sie ein Probeabo – zwei aktuelle Hefte für 19 DM (keine automatische Verlängerung) oder ein kostenloses älteres Probeheft:

Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 2831, 53018 Bonn

Tel. 0228 / 650 133, Fax 650 251, e-mail: blaetter@t-online.de, Internet: www.blaetter.de

politisch abgesichert werden. Stattdessen mangelt es sowohl an einer solidarischen Modernisierungsperspektive und Erneuerung des Sozialstaatskonsenses im flexiblen Kapitalismus, als auch an einer Strategie, wie das sozial und politische abgekoppelte Fünftel der jungen Generation wieder vom „Sinn“ demokratischer Politik überzeugt werden kann. Das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit hat sicherlich einen Beitrag zur Re-Integration von Jugendlichen geleistet. Qualifizierungsmaßnahmen ohne Anschlussperspektive werden von den betroffenen Jugendlichen jedoch zu Recht als lästige Warteschleifen Fahrplan empfunden.

Ein diskussionswürdiger Ansatz wäre es, dass jedem Jugendlichen ab 14 Jahren die Möglichkeit gegeben wird, einen individuellen „Lebensfahrplan“ zu entwickeln. Schon deutlich vor dem Ende der Schulzeit sollen die eigenen Stärken und Interessen (z.B. in lokalen jugendgemäßen Einrichtungen mit speziellen BeraterInnen) analysiert, weiter entwickelt und in Bezug zu den Realisierungschancen gesetzt werden können.

Ein solcher Lebensfahrplan soll die eigenen Perspektiven, aber auch die zu erfüllenden Voraussetzungen darlegen. Der Staat verpflichtet sich, für ein ausreichendes regionales Ausbildungsplatzangebot, eine vernünftige finanzielle Absicherung von Studierenden, eine qualifikationsadäquate Jobperspektive nach der Ausbildung oder auch die Unterstützung einer erfolversprechenden Existenzgründung zu sorgen.

Aufbauend auf diesem Ansatz muss eine schrittweise und „ganzheitliche“ Reform des Bildungssystems erfolgen. Die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind im Leitbild der individuellen Lebensplanung zu bündeln.

Die SPD könnte sich so als „Partei der Zukunftschancen“ profilieren. Aufgabe der Parteiorganisation wäre die kommunikative Vermittlung und Inszenierung sowie die Öffnung der Diskussion über Ansprüche und Erwartungshaltungen Jugendlicher. Diese Kommunikationsstrategie macht aber nur Sinn, wenn die Regierung auch politische „Vorleistungen“ erbringt.

5. Prägende Generationenerfahrung: Zerfall des „Modell Deutschland“

(...) Die Herausforderung für die SPD liegt darin, weite Teile der jungen Generation langfristig für einen „Fort-

schrittsblock“ zu gewinnen, der sich selbstverständlich nicht um die SPD als Partei gruppiert, aber dennoch ein aktivierbares Potential darstellt. Eine progressiv ausgerichtete Formierung der jungen Generation muss sich notwendigerweise – wenn sie Identifikation stiften soll – über die „pragmatische“ Alltagspolitik der SPD hinausweisen. Erforderlich ist ein produktives Spannungsverhältnis zwischen der jungen Generation und der regierenden SPD.

Jede Generation bringt ihre eigenen Prägungen, Deutungen und Strömungen hervor. Allerdings vollzieht sich dies vor dem Hintergrund spezifischer materieller Bedingungen (technische Entwicklung, Arbeitswelt, Bildungssystem, soziale Lage etc.), in die eine Generation hineinwächst. (...) Entscheidend ist, dass für die jetzt junge Generation viele Sicherheiten der „stabilen Vergangenheit“ (Richard Sennett) des „Modells Deutschland“ nicht mehr gelten. Im Hinblick auf den Aspekt der politischen Formierung der jungen Generation sehen wir mindestens sechs Umbrucherfahrungen:

- Erstens: die *Schließung des sozialen Raums*. Während in den 80ern noch die Chance für progressive Politik gesehen wurde, an den Resultaten der Bildungsreform, der Individualisierung und der Pluralisierung der Lebensstile anzuknüpfen, haben eineinhalb Jahrzehnte konservative Politik zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer Blockierung gesellschaftlicher Aufstiegschancen geführt.
- Zweitens: die *qualitativen Veränderungen der Arbeitswelt*. Die junge Generation wächst auf mit der Erfahrung eines fundamentalen Umbruchs der wirtschaftlichen Basis der Nachkriegszeit. Sowohl die sektorale Struktur der entwickelten Volkswirtschaften in Richtung Dienstleistungsökonomie als auch die Unternehmens- und Arbeitsorganisation sind einem Wandel unterworfen, der die Form der Erwerbsarbeit verändert und das „Normalarbeitsverhältnis“ aufweicht. Die Anforderungen an „unternehmerische“ Eigenverantwortlichkeit, an zeitliche und räumliche Flexibilität und kontinuierliche Weiterentwicklung der beruflichen Kompetenzen steigen.
- Drittens: Der Zerfall starrer Strukturen und Milieus setzt den *Trend zur eigenständigen Lebensführung* fort. Seit den 80ern vollzieht sich hier eine Annäherung der Frauen an die Le-



benskonzepte von Männern. Im Vordergrund steht der Anspruch berufliche Karriere und Privatleben bzw. Familie zu verbinden. Hier haben wir es mit einem Generationenbruch in Lebensplanung und Lebensführung von Frauen zu tun.

• Viertens: der *Bedeutungswandel der Bildungsphase*. Während noch vor geraumer Zeit im sogenannten „Bildungsmoratorium“ (d.h. der Hinauszögerung des Eintritts Jugendlicher in die Erwerbsarbeit) die Chance gesehen wurde, dass Jugend eine eigenständige Lebens- und Experimentierphase darstellt, gilt dies heute nur eingeschränkt. Die Arbeitswelt beginnt nicht nach der Ausbildung, sondern man gleitet oftmals bereits in der Schulzeit, spätestens aber im Studium, in sie hinein.

• Fünftens: Die zukünftige Arbeitsgesellschaft wird selbstverständlich auch geprägt durch die *massenhafte Verbreiterung der neuen Informationstechnologie*. Neue Wertschöpfungsstrukturen und Arbeitsrealitäten werden von der jungen Generation unmittelbar aufgebaut und mitgestaltet. Es entstehen neue Formen der Informationsbeschaffung, der Kommunikation und auch der politischen Artikulation.

• Sechstens: die *politische Formierung eines Standortblocks*. Diese Spaltungs- und Umbrucherfahrungen wurden in den letzten zwei Jahrzehnten gezielt genutzt, um eine ideologische „Formatierung“ der jungen Generation im Sinne der Akzep-

Während sozialdemokratische Grundpositionen bei Jüngeren nach wie vor hohe Anerkennung finden, verlieren die klassischen politisch-kulturellen Welten der Linken an Bedeutung.

tanz von marktwirtschaftlichen Grundprinzipien zu vollziehen. Anstelle der Herausbildung einer übergreifenden Generationensolidarität und progressiven Jugendbewegung wurden die „relativen GewinnerInnen“ der Umbrüche im Namen der nationalen Standortsicherung ideologisch in den Standortblock eingebunden. Die repressive Positionierung gegenüber den Interessen der Benachteiligten war und ist die andere Seite der selben Medaille. (...)

6. Kulturbruch mit der „übriggeliebten Linken“

Problematisch ist vor dem Hintergrund dieser Umbrüche, dass gegenwärtig keine Identifikation und Bindewirkung erzeugenden Leitbilder vorhanden sind. Während sozialdemokratische Grundpositionen wie soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Emanzipation bei Jüngeren nach wie vor hohe Anerkennung finden, verlieren die klassischen politisch-kulturellen Welten der Linken in der jungen Generation erheblich an Bedeutung.

- Die sozialdemokratische „Modell-Deutschland-Welt“ basierte im wesentlichen auf den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der Nachkriegszeit: industrielle Massenproduktion, öffentliche Bürokratie und kollektive Interessenvertretung. Begleitet wurde dies durch ein fortschrittsgläubiges Technikverständnis, die Orientierung am männlichen Lebensentwurf und die Fixierung auf den Nationalstaat. Die Reproduktion der Modell-Deutschland-Welt erfolgte vielfach über die recht stabilen ArbeitnehmerInnenmilieus, die Einbindung im Betrieb, in der Gewerkschaft, in

der Nachbarschaft etc. Kennzeichnend für das Modell ist die autoritäre Repräsentation von Interessen und das Vertrauen in Hierarchien. Längst aber hat der industrielle Facharbeiter seine soziale Leitbildfunktion eingebüßt. Diese Stellvertreter-Politik steht im Widerspruch zum Bedürfnis nach Autonomie und Partizipation.

- In Abgrenzung zur dieser Welt ist in den 70er und 80er-Jahren eine linksalternative Gegenwelt entstanden. Kritisiert wurde die patriarchale, militaristische und wachstumsfixierte Ausrichtung des Modell Deutschland. Selbst wenn es auf der inhaltlichen Ebene eine erhebliche Schnittmenge mit Teilen der Modell-Deutschland-Welt gab, so ging es kulturell um alternative Nischen jenseits der Mehrheitskultur. Die mit der linksalternativen Welt in Verbindung stehenden Szenen und Bewegungen (v.a. Ökologiebewegung) spielen gegenwärtig keine entscheidende politische Rolle. Das Alternativ-Milieu ist selbst unter Studierenden verschwindend gering.

Sowohl die das „Modell Deutschland“ tragende Linke als auch die alternative Linke, die sich in Abgrenzung zu diesem Modell herausgebildet hat, haben sich historisch erschöpft, weil das Modell zunehmend weniger existiert:

Erstens haben wir es mit nicht unerheblichen Strukturveränderungen von Wirtschaft, Arbeitsgesellschaft und sozialen Milieus zu tun, die für die junge Generation prägend sind. Während die junge Generation gar keine andere Wahl hatte, als sich im flexiblen Kapitalismus zurechtzufinden, werden die ökonomischen und sozialen Umbrüche der letzten zwei Jahrzehnte von den älteren Generationen der Linken mit bloßer Anpassung an die vorherrschenden Verhältnisse oder mit Vergangenheitsromantik beantwortet.

Zweitens ist den sozialen Bewegungen durchaus eine (unvollständige) Auflösung der Widersprüche (Geschlechterfrage, Ökologiefrage) gelungen. Drittens spaltet sich die klassische Klientel der Volkspartei SPD in relative „GewinnerInnen“ und „VerliererInnen“.

Entscheidend scheint uns in diesem Zusammenhang zu sein, dass gerade diejenigen, die mit individuellen Durchsetzungsstrategien einigermaßen gut klar kommen, für sich aufgrund der individuell empfundenen Stärke eine „Opferrolle“ (als StudierendeR, als ArbeitnehmerIn, als Frau) ablehnen und dementsprechend

auch kaum noch einen Bezug zu den alten und neuen sozialen Bewegungen finden. Damit sind sie nicht unsozialistisch geworden.

Solidarität ist heutereflexiver und Gegenstand individueller Entscheidungen. Es entstehen neue soziale Aktivitäten und ehrenamtlichen Engagements, die nicht in die bisherigen politisch-kulturellen Schablonen passen. Wir haben es mit einem kulturellen Bruch gegenüber beiden linken Welten sowie ihren Themen und Aktionsformen zu tun. Die vereinfachende Erklärung von der „neoliberalen Hegemonie“ in der jungen Generation kann dies nicht erklären und scheint eher die Rechtfertigung einer übriggeliebten Linken zu sein.

7. „Lebenspolitik“ als möglicher Ansatz der Generationenformierung

Die aktuelle strategische Herausforderung liegt darin, sich in die gegenwärtigen Umbrüche des Kapitalismus einzuschreiben und ein neues Modell durchzusetzen, in dem die demokratischen und sozialen Potenziale so groß wie möglich sind. Dies wird ohne die „relativen GewinnerInnen“ in der jungen Generation nicht zu machen sein. Die Frage wie sich diese zum gegenwärtigen Kapitalismus verhalten, wird langfristig über die Realisierungschancen linker Politik entscheiden.

Ein generationenformierendes Emanzipationsprojekt müßte daher an der Lebensrealität der „modernen ArbeitnehmerInnenmitte“ (Michael Vester) ansetzen und die erfahrbaren Widersprüche zwischen Ansprüchen auf der einen und die blockierten Realisierungschancen auf der anderen Seite thematisieren.

Im Zentrum einer solchen Erneuerung muss der Anspruch auf individuelle Emanzipation und Partizipation stehen. Hierbei geht es sowohl um die Chance, den eigenen Lebensstil zu entwickeln und zu realisieren als auch um die Vorstellung einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft in der Leistung, Kompetenz, und Eigeninitiative zählt und entsprechend gefördert und honoriert wird. Es geht um „Sicherheit in der Flexibilität“. Mit dem Ansatz der Lebenspolitik wollen wir die individuelle Gestaltbarkeit der Biographie von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Mittelpunkt rücken(...)

Die vielfältigen Debatten um das Ende der Arbeitsgesellschaft sind u.E. elitäres Fantasiegedre und gehen so-

Im Zentrum einer linken Erneuerung muss der Anspruch auf individuelle Emanzipation und Partizipation stehen.



wohl an den ökonomischen Fakten als auch an der Lebensrealität der allermeisten Jugendlichen vollkommen vorbei. Es geht uns vielmehr darum, eine befriedigende Erwerbsarbeit in eine sinnerfüllte Lebensführung, die auch Familie, Freizeit, etc. umfasst, einzubetten.

Die Leitfrage ist daher: wie wollen wir als junge Generation eigentlich in Zukunft arbeiten, wirtschaften und leben? Erforderlich sind Leitbilder, die konkreter sind als abstrakte Grundwerte wie Demokratie und soziale Gerechtigkeit aber ausstrahlungsfähiger als konkretistische Steuermodelle:

- Eine solidarische Leistungsgesellschaft, in der alle Beiträge zur Schaffung von Werten und gesellschaftlichen Wohlstandsmaximierung mehr zählen als Kapitalspekulation.
- Die Möglichkeit zur selbstbestimmten Lebensführung, die eine Kombination von beruflichem Fortkommen und unterschiedlichen Formen des Privatlebens ermöglicht.
- Der innovationshemmende Ohnmacht der jungen Generation gegenüber der Standortlogik muss durch die Stärkung der Rechte und des Selbstbewusstseins als ProduzentInnen entgegnet werden. Erforderlich ist eine Kompetenzrevolution für den Umbau, in der die produktiven Fähigkeiten ausgebaut und zur aktiven Umgestaltung von Wirtschaft und Arbeitswelt genutzt werden. Eine neue Bildungsreform muss sich an dieser Perspektive orientieren.
- Die wohl größte Herausforderung für linke Politik entlang des Generationenumbruchs besteht wohl darin, den Sozialstaatskonsens zu erneuern und eine neue Solidarität zwischen GewinnerInnen der Modernisierungsentwicklung und den VerliererInnen zu organisieren. Das Modell eines Sozialstaat á la carte steht für ein lebensbegleitendes Sozialstaatskonzept, das solidarisch finanziert wird aber allen je nach Lebenslage individuell wählbare Leistungen ermöglicht.
- Die gegenwärtige „Zuschauerdemokratie“ ist nicht durch Reform von Parteistrukturen oder Appelle von oben aufzulösen. Eine Aktivdemokratie müßte selbstorganisierte und flexible Diskurs- und Kommunikationsräume neben den Massenmedien und bürokratischen Organisationen schaffen und Willensbildungsprozesse von unten anstoßen. Erforderlich wären vernetzte und offene Kampagnen zu entscheidenden Zukunftsfragen.

8. Die Zukunft des Jugendverbandes: lebenspolitische Orientierung und Mut zur „schöpferischen Zerstörung“

Eine neues progressives Generationenprojekt kann nur aus dem politischen Engagement der jüngeren Generation erwachsen. Fraglich ist in diesem Zusammenhang, welche Rolle die Jugendorganisation einer Partei wie der SPD – also die Jusos – noch spielen können. Trotz vieler punktueller Erfolge ist eine durchgreifende Erneuerung des Juso-Verbandes und das Erringen von Meinungsführerschaft an Zukunftsfragen über die Thematisierung von Einzelforderungen hinaus (z.B. Ausbildungsumlage) in den letzten Jahren nicht gelungen. Statt dessen werden viele Potenziale in ritualisierten Politikstilen und Binnenkonflikten verschlissen.

Kurzum: die Parteijugend in der SPD (und dies gilt nicht nur für die Jusos!) ist immer weniger organisch mit Denkweisen und kulturellen Ausdrucksformen der jungen Generation verbunden. Viele positive Ausnahmen bei lokalen Gruppen können dieses Grundproblem nicht überdecken. An der zunehmenden Kritik der „politischen Klasse“ und der entsprechenden Organisations- und Wahlverweigerung kann keine Strukturreform etwas ändern. Aus der Erkenntnis, dass Jugendliche vielfach formellen Verbindlichkeiten und längerfristigen Verpflichtungen eine Absage erteilen bzw. politisches Engagement auf einen konkreten nachvollziehbaren Erfolg beziehen, können jedoch durchaus Konsequenzen gezogen werden. Unsere Generation wächst in eine andere „politische Kultur“ und prägt diese mit. Die Art und Weise, wie sich Menschen in Zukunft politisch organisieren und zu Wort melden, wird informeller, flexibler und reflexiver werden. (...)

Die politische Stärke deutlich „verschlanker“ Jusos könnte darin bestehen, der Ort zu sein, an dem Diskussionsstränge sowie politische Projekte und Ideen zusammengeführt und in die parteipolitische Debatte der SPD eingespeist werden, ohne sich weiterhin der Illusion hinzugeben, alle bisherigen Aufgaben mit immer weniger Aktiven leisten zu können. Jusos müssen sich stärker organisierender Kern zur Zusammenführung von außerparteilichen Kräften und Kompetenzen und als Inputgeber der Aktivdemokratie rund um ein neues progressives Generationenprojekt begreifen. In Zu-

kunft kann der Maßstab nicht mehr sein, wie viele junge Menschen wir mit Parteibuch organisieren, sondern wie viele wir kommunikativ einbinden.

Der Ansatz der lebenspolitischen Orientierung ist erstens der Versuch, die politische Arbeit auf neue generationenprägende Formen der Erwerbsarbeit und die konkreten Alltagserfahrungen und -widersprüche zu beziehen. Die lebenspolitische Orientierung ist zweitens eine „erweiterte Kampagnenorientierung“, da sie davon ausgeht, dass der Erfolg von Kampagnen immer weniger im engen Korsett des eigenen Verbandes oder als Bündnisarbeit der klassischen Organisationen gedacht werden kann, sondern eng verzahnt werden muss mit Aktivitäten in neuen Netzwerken und Organisationsformen und dem Alltagsleben.

Entscheidender als Strukturreformen ist die Frage, wie sich aktive Jusos aktiv in Strukturen über den Verband hinaus einbringen, Formierungen in ihrer eigenen Lebenswelt anstoßen und die Ergebnisse in die Verbandsarbeit rückkoppeln. Die Jusos müssen im Sinne einer „schöpferischen Zerstörung“ Gutes bewahren und kaputte Strukturen endlich hinter sich lassen, anstatt sie weiterhin künstlich zu beatmen. (...)

9. Generationenaufbau innerhalb der SPD

Die SPD hinkt beim Aufbau der nächsten Generation in entscheidenden politischen Verantwortungen anderen Parteien hinterher. Zwar war das Bestreben einer Verjüngung der Bundestagsfraktion durchaus erfolgreich. Was aber fehlt, ist der Generationenaufbau in der Breite. Erforderlich ist eine systematische Nachwuchsförderung und Personalplanung. Neben der Verpflichtung aller jüngeren FunktionsträgerInnen auf die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen sowie der Entwicklung von TutorInnenmodellen, Kontaktbörsen etc. gehört hierzu auch die gezielte Einbindung von jüngeren QuereinsteigerInnen aus Arbeit, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. An diesem Generationenaufbau müssen sich alle, ob Jusos, Parteiapparat oder auch sonstige Zusammenhänge jüngerer SozialdemokratInnen beteiligen. Wir brauchen auch innerhalb der SPD einen produktiven und kompetenten Wettstreit um die Ideen für die Politik von morgen und die Mobilisierung der jungen Generation.

Die Jusos müssen im Sinne einer „schöpferischen Zerstörung“ Gutes bewahren und kaputte Strukturen endlich hinter sich lassen.

spw

Arbeit und Demokratie heute

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ralf Krämer*

Die industriellen Beziehungen, die Formen und Verhältnisse, unter denen Arbeitskraft innerhalb von Betrieben oder unmittelbar am Markt angewendet und kapitalistisch verwertet wird, unterlaufen gegenwärtig Prozesse tiefgreifenden Wandels. Zentrale Bedingungsfaktoren dafür sind zum einen die fortschreitende Internationalisierung der Ökonomie, insbesondere der großen Aktiengesellschaften, und die wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte. Die Stichworte „Shareholder-Value“ und „feindliche Übernahme“ werfen Schlaglichter auf die damit zusammenhängenden Probleme und Konflikte.

Zum anderen sind es die insbesondere von den Informations- und Kommunikationstechniken geprägte Flexibilisierung und der zunehmende Dienstleistungscharakter der Produktion, die die ökonomischen und Arbeitsbedingungen verändern. Damit einher gehen Umstrukturierungen der Betriebe, Unternehmen und Wertschöpfungsketten, die auch bisherige Formen sozialer Regulierung und Einflussnahme der Beschäftigten und der Gewerkschaften untergraben, die prägend waren für den „rheinischen Kapitalismus“ und das „Modell Deutschland“.

Die ablaufenden Umstrukturierungen der Betriebe, Unternehmen und Wertschöpfungsketten untergraben auch bisherige Formen sozialer Regulierung und Einflussnahme der Beschäftigten und der Gewerkschaften.

Aus diesen Veränderungen müssen Konsequenzen gezogen werden, im Bereich der sozialen Sicherung (wo es nicht um Abbau, sondern im Gegenteil um die Erweiterung auf neue, bisher nicht einbezogene und abgesicherte Tatbestände und Personengruppen gehen müsste) und ebenso im Arbeitsrecht und bei der Mitbestimmung. Uns interessiert besonders, wie dabei die Interessen der abhängig Arbeitenden gesichert und gestärkt werden können und wie die weitergehende, sozialistische Perspektive einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft unter diesen Bedingungen weiter zu entwickeln und in die Auseinandersetzungen einzubringen ist.

Zunächst gibt dazu *Fritz Vilmar*, der sich seit Jahrzehnten intensiv mit dem Thema beschäftigt hat, einen Überblick über die Bedeutung und die theoretischen und konzeptionellen Entwicklungen der Wirtschaftsdemokratie seit den 60er Jahren. Er macht deutlich, dass Wirtschaftsdemokratie notwendigerweise auf allen Ebenen vom Arbeitsplatz und Betrieb über das Unternehmen bis zur Gesamtwirtschaft greifen muss und nicht auf einzelne dieser Ebenen oder bestimmte Teilaspekte beschränkt werden darf. Sie sei so der integrative Begriff der notwendigen alternativen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik und des „Dritten Wegs“ in seiner früheren Bedeutung, nämlich zwi-

schen Kapitalismus und autoritärem Staatssozialismus (statt zwischen „alter“ Sozialdemokratie und Neoliberalismus). Die u.a. im Crossover-Zusammenhang entwickelten Überlegungen zu einer linken Regionalwirtschaftspolitik wären hier einzuordnen. Weitaus mehr offene Fragen stellen sich m.E. in Bezug auf die Auswirkungen der og. Internationalisierung und insbesondere Europäisierung und der Rolle der Finanzmärkte. Hier muss sicherlich ein Schwerpunkt zukünftiger konzeptioneller und politischer Anstrengungen liegen.

Felix Welti stellt die These vom „Arbeitskraftunternehmen“ als neuem Leittypus der Arbeitskraft im flexibilisierten Kapitalismus vor. Dieser hat weitgehende Konsequenzen für die Gestalt und subjektive Verarbeitung der Ausbeutungsverhältnisse (denen auch formal selbständig Arbeitende in ihrem Austausch mit kapitalistischen Auftraggebern unterliegen), für die Geschlechterverhältnisse und die Bedingungen kollektiver Interessenvertretung sowie für die Anforderungen, die sich der Bildungs- und Sozialpolitik stellen. M.E. kommt es dabei darauf an, durch die Verbindung von neuen sozialstaatlichen Regelungen, kommunikativen Zusammenhängen und kulturellem Bewusstseinswandel sowie Wirtschaftsdemokratisierung im breiten von Vilmar beschriebenen Sinne sozial orientierte Gestaltung auf individualisierter Basis zu ermöglichen und die sich ansonsten extrem verschärfenden Konkurrenzverhältnisse zwischen den „Arbeitskraftunternehmen“ zurückzudrängen. Genau auf diese Entfesselung von Konkurrenz hat es allerdings das Kapital abgesehen, es geht also tatsächlich um politische und kulturelle Machtfragen.

Ganz konkret zeigen sich die Machtfragen und Klassenauseinandersetzungen an der Geschichte und der bevorstehenden Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. *Karin Benz-Overhage* begründet die Reformnotwendigkeiten und die Reformforderungen, wie sie sich aus gewerkschaftlicher Sicht darstellen. Eigentlich müssten die politischen Bedingungen sehr günstig für eine Reform im Interesse der ArbeitnehmerInnen sein. Die rot-grüne Koalition hat sich eine grundlegende Reform des BetrVG vorgenommen, der DGB einen Entwurf mit weitreichenden Forderungen zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten vorgelegt. Aber es formiert sich bereits massiver Widerstand im Unternehmerlager. Das Betriebsverfassungsgesetz wird ein erneuter Testfall sein, was Gewerkschaften und fortschrittliche Kräfte von dieser Bundesregierung zu halten und zu erwarten haben, und welche Durchsetzungskraft die verbliebenen linken und gewerkschaftlich orientierten Kräfte in der SPD noch haben.

Ewald Wehner macht allerdings deutlich, dass das Problem nicht nur bei der SPD, sondern auch in den Gewerkschaften selbst liegt, bei denen selbst heftige Auseinandersetzungen um das Verständnis von Mitbestimmung und Interessenvertretung unter den heutigen Bedingungen ausgetragen werden. Er unterzieht das Papier der gemeinsamen Mitbestimmungskommission von Bertelsmann- und Hans-Böckler-Stiftung einer scharfen Kritik und macht deutlich, dass es in zentralen Punkten eine völlig andere Stoßrichtung hat als der og. DGB-Entwurf für ein neues BetrVG. Einbindung der Beschäftigten und Gewerkschaften für die Stärkung des „Standorts“ in Konkurrenz gegen andere oder Stärkung der Gegenmacht und Einflussmöglichkeiten der abhängig Arbeitenden in Solidarität untereinander und mit den Arbeitenden an anderen „Standorten“ – um diese Frage geht es nicht nur zwischen „Kapital und Arbeit“, sondern auch innerhalb der arbeitenden Klassen und ihrer Organisationen.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

1. Aktualität

Die globale Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft tritt nach dem Ende der Nachkriegskonjunktur, also seit Mitte der siebziger Jahre, immer destruktiver zutage. In krassem Widerspruch zu diesem Tatbestand globaler kapitalistischer Destruktivität steht die vorherrschende Handlungsschwäche sozialkritischer/sozialprogressiver Akteure – nicht zuletzt aufgrund des Mangels einer konsistenten alternativen Wirtschaftstheorie.

Im Folgenden möchte ich zeigen, dass und wieso eine aktualisierte und zuendegedachte Theorie der Wirtschaftsdemokratie der angemessene, integrative Begriff der so dringend erforderlichen alternativen Wirtschaftspolitik ist.

2. Wirtschaftsdemokratische Theorie-Entwicklung seit 1961

2.1. Das „klassische“ Konzept

Das in dem Tableau präsentierte dreistufige Konzept formulierte zum ersten Mal der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, 1960 in seinem Grundsatzreferat auf dem IGM-Gewerkschaftstag, als er die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze“ des DGB-Programms wie folgt zusammenfasste:

Es „soll ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufgebaut werden, in dem *alle* Bürger an der ... Gestaltung der Wirtschaft ... gleichberechtigt teilnehmen können... Das Grundsatzprogramm von 1949 hat zur Gestaltung dieser Neuordnung drei Forderungen in den Mittelpunkt gestellt:

- die volkswirtschaftliche Gesamtplanung,
- die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.“¹

Da mit dieser programmatischen Aussage eine systemadäquate Benennung der wichtigsten Strategien auf der Makro-, der Meso- und der Mikro-Ebene der ökonomischen Entscheidungsprozesse erfolgt war, wurden sie in der folgenden theoretischen Diskussion übernommen (siehe Grafik S.28). Es gab, wie zu zeigen, wichtige Ergänzungen und Differenzierungen; aber im Kern ist nach wie vor von diesen „klassischen“, unverzichtbaren Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie auszugehen, auf deren wichtigste Detailforderungen und -probleme im folgenden zu verweisen ist; gegenüber der Brennerschen wurde eine etwas differenziertere Begriffsbildung entwickelt:

1. Demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung; 2. direkte und indirekte Kontrolle wirtschaftlicher (unternehmerischer) Macht; 3. Mitbestimmung der Arbeitenden auf allen Ebenen.

2.2. Konzeptionelle Ergänzungen seit den siebziger Jahren

In den siebziger Jahren sind auf der Mikroebene der *Mitbestimmung*, also der Durchsetzung einer partizipativen statt autoritären Arbeitsorganisation, Zielsetzungen und praktikable Modelle einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, vor allem aber einer *Humanisierung der Arbeit*, hinzugekommen. Dies stellt einen qualitativen konzeptionellen Sprung dar, denn zuvor hatten auch die Gewerkschaften nur geglaubt, dass man die *Rahmenbedingungen* des Arbeitsprozesses durch Gesetze, Tarife und Mitbestimmungsgremien humanisieren könnte, während die inhumanen Strukturen der Arbeit selbst, unter dem Diktat der maschi-

Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik

Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren

von Fritz Vilmar*

nisierten „repetitiven Teilarbeit“, sachzwanghaft unabänderlich seien, damit autoritär und monoton.

Seit den achtziger Jahren traten auf der Mesoebene und der Makroebene die Forderungen und verschiedene Strategien einer *grundlegenden ökologischen Neuorientierung der Unternehmens- und Wirtschaftspolitik* sowie einer *systematischen Arbeitsmarktplanung* (Umverteilung der Arbeitszeit und Zweiter Arbeitsmarkt) hinzu, mit der Zielvorstellung einer „ökologischen Kreislaufwirtschaft“.

Gleichzeitig trat seit Ende der siebziger Jahre eine bis dahin völlig vernachlässigte Form der Wirtschaftsplanung, die *Arbeitsmarktplanung und dabei insbesondere die Arbeitszeitplanung*, zunehmend in den Vordergrund: Die wenigstens im Mitte-links-Spektrum der ökonomischen Theorie- und Strategiediskussion wachsende Erkenntnis, dass seit Mitte der siebziger Jahre die ökonomischen Wachstumsraten nicht mehr ausreichen würden, die durch die anhaltende Rationalisierung (Produktivitätssteigerung) überflüssig werdenden Arbeitskräfte anderweitig zu beschäftigen, führte zu der Einsicht, dass erstens eine systematische *Umverteilung der Arbeit, also Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen*, und zweitens Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in großem Stil planmäßig eingesetzt werden müssen, um der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden.

Seit dem Ende der siebziger Jahre wurde im Gefolge der „Alternativbewegung“ auch die älteste Struktur der Wirtschaftsdemokratie wiederentdeckt: *die Genossenschaft*. Es entwickelte sich eine große Anzahl gemeinschaftlicher Arbeits- aber auch Lebensformen.² Allerdings waren diese wesentlich weniger stabil und formal durchorganisiert als seinerzeit – und heute noch in den romanischen Ländern – die Kooperativen der Arbeiterbewegung, die mit ihren Produktions- und Konsumgenossenschaften in England geradezu die Theorie-Basis der wirtschaftsde-

Eine aktualisierte und zuendegedachte Theorie der Wirtschaftsdemokratie ist der angemessene, integrative Begriff der so dringend erforderlichen alternativen Wirtschaftspolitik.

* Fritz Vilmar, emer. Prof. für Politische Wissenschaft in Berlin. Der Text ist eine wesentlich gekürzte und bearbeitete Fassung des Beitrags von Fritz Vilmar in: *Der Wohlstand der Nationen, Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn*, hrsg. von Fritz Helmedag und Norbert Reuter, Metropolis-Verlag Marburg 1999.

Theorie der Wirtschaftsdemokratie: Integration der Teilkonzepte im Überblick		
auf der Makroebene	Ziel: Eine vollbeschäftigte Kreislaufwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen auf der nationalen u. der EU-Ebene - Sozialökologische Rahmenplanung - Schwerpunkt Arbeitszeitplanung - Globalsteuerung - soziale und ökologische Steuer- u. Investitionspolitik - Europawirtschaft als Alternative zur destruktiven Globalisierung - Ausbau des Kartellrechts
auf der Mesoebene	Ziel: Demokratische Kontrolle und Partizipation in der Unternehmenspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Demokratisierung der Unternehmensverfassung; - Ausbau der Gemeinwirtschaft; - Förderung der Genossenschaften und Belegschaftsunternehmen; - Tarifpolitik/Gesetzgebung für optimale Einkommens- u. Vermögensbeteiligung
auf der Mikroebene	Ziel: Partizipative Gestaltung des Arbeitsprozesses	<ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmung der Betriebs- u. Personalräte in personellen, sozialen und arbeitsorganisatorischen Fragen - Mitbestimmung am Arbeitsplatz - Humanisierung der Arbeit - Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen über Arbeitsaufgabenenerweiterung, insbesondere teilautonome Gruppen - ergonomische Standards - mitbestimmte Teilzeitarbeit etc.

mokratischen Avantgarde: der Fabian Society,³ schuf und noch in Naphtalis Darstellung⁴ ein konstitutives Element der „Demokratisierung der Wirtschaft“ ausmachten. Ironischerweise hat uns die deutsche Vereinigung, die ansonsten mit dem „Beitrittsverfahren“ nicht nur das „Realsozialistische“, sondern auch alles Sozialistische im Osten liquidiert hat, in Gestalt der durchaus funktionstüchtigen Agrargenossenschaften⁵ wieder einen kleinen „regelrechten“ wirtschaftsdemokratischen Sektor beschert.

Insgesamt ist seit Ende der siebziger Jahre aber – abgesehen von der wichtigen theoretisch-programmatischen Wende zum „ökologischen Umbau der Wirtschaft“ – eine Stagnation und sogar ein gravierender Rückschlag in der Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie zu konstatieren.

2.3. Mitbestimmung am Arbeitsplatz – teilautonome Arbeitsgruppen

Der einzige, freilich sehr indirekte Fortschritt, den Praxis und Theorie der Wirtschaftsdemokratie in den neunziger Jahren verzeichnen konnten, vollzog sich auf der Mikroebene der Arbeitsorganisation. Nachdem verschiedene deutsche Unternehmen sich in bestimmten Produktionsbereichen von der Fließbandarbeit abwandten und flexiblere Produktions- oder Montageprozesse mit kleineren Arbeitsgruppen und erweiterten Arbeitsaufgaben einrichteten, wurde dieses arbeitsorganisatorische Konzept der „Gruppenarbeit“ von Soziologen der Metallgewerkschaft aufgegriffen.⁶ Betriebs- und Tarifpolitiker dieser Gewerkschaft haben seitdem versucht, durch „Regelungsvorschläge“ Chancen der Arbeitshumanisierung und Mitwirkung am Arbeitsplatz

mit Hilfe von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen zu eröffnen. Ähnliches geschah im Sinne einer gewerkschaftlichen Einflussnahme bei der Einrichtung von „Qualitätszirkeln“ nach japanischem Vorbild.

3. Konkretisierungen

3.1. Theoretische „Verortung“: der „Dritte Weg“

Wirtschaftsdemokratie ist *kein* Gegenkonzept zur Marktwirtschaft. Sie hebt vielmehr die Errungenschaften der

Marktwirtschaft in sich auf, wie eine moderne Stadtplanung und -architektur die Ästhetik alter Stadtkerne in sich bewahrt, ohne deren erstickende Enge und Beschränkung durch Festungsmauern beizubehalten. Warum sollte für die Wirtschaftsgestaltung nicht endlich anerkannt werden, was für den Städtebau längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist: Integration der „guten“ alten in eine erweiterte, funktionstüchtigere, also bessere neue Stadtstruktur?

Wirtschaftsdemokratie, das heißt: primär gemeinwohl- statt profitorientierter Gestaltung der Wirtschaft, beinhaltet ein sozialstaatliches Transformationskonzept, das die Aufhebung der strukturellen kapitalistischen Instabilität, Disfunktionalitäten, Inhumanitäten und Oligarchien nicht verwirklichen zu können glaubt durch einige „totale“ revolutionäre Eingriffe (Totalsozialisierung; Totalplanung), sondern durch einen Prozess begrenzter, differenzierter Umgestaltung nach dem Prinzip der „mixed economy“ – Erhaltung (sogar Wiederherstellung!) funktionsfähiger marktwirtschaftlicher Dispositionsräume – aber Ergänzung, Veränderung, Ersetzung und gemeinwohlorientierte Steuerung von marktwirtschaftlichen Systemelementen durch die oben schon genannten Strategien und Systemelemente einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung und Investitionslenkung einschließlich planvoller Arbeitsmarktpolitik, demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht (besonders der multinationalen Konzerne) und Mitbestimmung der Beschäftigten auf den Entscheidungsebenen des Betriebs und des Unternehmens.

3.2. Eine grundlegende theoretische Leistung Ota Siks

Der auf diese Weise intendierte „Dritte Weg“ ist in einer großen theoretischen Gemeinschaftsleistung ausgearbeitet worden. Die theoretische Selbstbeschränkung, die das hier von mir vorgelegte historische und systematische Resümee sich auferlegen muss, bedeutet also nicht, dass theoretische Arbeiten nur zu den genannten und zu nennenden Einzelkomplexen existieren. Vielmehr haben Ende der siebziger Jahre der führende Ökonom der Prager Frühlings, Ota Sik, und seine Mitarbeiter einen außerordentlich umfassenden und detaillierten Entwurf einer Theorie der Wirtschaftsdemokratie vorgelegt.⁷

Die drei Forscher haben gerade die umstrittenen und schwierigen Funktionsprobleme einer sowohl effektiven wie sozialen Synergie von Plan und Markt, eines nicht bürokratisch-etatistischen und durch „Expropriation“ exekutierten Übergangs vom Privat- zum Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln etc. gründlich untersucht und konkrete, innovative Lösungsvorschläge formuliert. So werden u.a. in detail entwickelt: die Notwendigkeit eines funktionierenden (ohne Wirtschaftsdemokratie aber asozial wirkenden) Marktes; die komplizierten, aber durchaus praktikablen Verfahren, um kapitalistische Marktsteuerung und demokratische Plansteuerung kompatibel zu machen; die Notwendigkeit, zur demokratischen Entscheidungsvorbereitung *alternative* Planungsvarianten zu entwickeln; die schrittweise Verwandlung der reinen Kapitalgesellschaften in „Mitarbeitergesellschaften“ durch Kapitalbeteiligung der Beschäftigten bei gleichzeitiger „Kapitalneutralisierung“⁸; die notwendigen und sinnvollen Formen der Partizipation von Beschäftigten und einer Humanisierung der Arbeit.

Im Folgenden präzisiere ich die wichtigsten Teilstrategien.

3.3. Demokratische Rahmenplanung, Investitionslenkung und Arbeitsmarktpolitik

In der politischen und oft sogar in der Programmdiskussion wird Wirtschaftsdemokratie nicht selten mit Mitbestimmung der Arbeitenden gleichgesetzt – ein folgenschwerer Kurzschluss. Denn Mitbestimmung und andere Formen demokratischer Partizipation und Kontrolle wirtschaftlicher Macht können nur dann zu einer Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsbildung in einem gesamtwirtschaftlich und -gesellschaftlich vernünftigen Sinne führen, wenn sie an bestimmte volkswirtschaftliche und ökologische, also gesamtgesellschaftliche Orientierungsdaten gebunden sind. Wesenselement einer stabilen, umweltgerechten, an den Bedürfnissen der Konsumenten und der Gesellschaft orientierten Volks- und Europawirtschaft muss daher eine volkswirtschaftliche *Rahmenplanung*, eine Politik indirekter und/oder direkter *Investitionslenkung* und eine planvolle *Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik* sein.

Die volkswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente wurden bereits 1963 im DGB-Grundsatzprogramm präzise definiert:

„Der Wirtschaftsprozess ist durch eine differenzierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung überschaubar zu machen, so dass die Geld- und Güterströme innerhalb der Wirtschaft und zwischen dem In- und Ausland sichtbar werden und die voraussichtlichen Auswirkungen bestimmter Einkommens- und Ausgabenänderungen beurteilt werden können.

Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Rahmenplan in Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. An seiner Vorbereitung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund zu beteiligen. Die Richtlinien eines solchen Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften.“

Bei der Realisierung der Rahmenplanung (Nationalbudget) spielen die indirekten Beeinflussungsmöglichkeiten der Privatwirtschaft durch öffentliche Finanz-, Steuer-, Regional- und Investitionspolitik (samt „deficit spending“) eine wichtige, aber zur wirksamen demokratischen Wirtschaftssteuerung nicht ausreichende Rolle.

Daher ist zusätzlich eine Politik der – unter anderem auch: antizyklischen – *Investitionslenkung* erforderlich. Diese betrifft erstens die *öffentlichen* Investitionen, deren zusammengefasster, je nach Konjunkturverlauf zurückhaltender oder forcierter Einsatz (mit „deficit spending“) erstmalig im sogenannten Stabilitätsgesetz – dem ersten Globalsteuergesetz der Bundesrepublik – normiert wurde. Sie ist ein Hauptinstrument der Rahmenplanung. Dies gilt aber zweitens auch für die Lenkung der privatwirtschaftlichen Investitionen durch staatliche, unter Umständen regional und sektoral gezielte Kredit- und Steuerpolitik, durch Veröffentlichung präziser sektoraler Bedarfs- und Nachfragevoraussetzungen, und notfalls durch Formen direkter Investitionsförderung, wie sie – mangelhaft – beim „Aufschwung Ost“ eingang gesetzt wurde.

Bei der ökologischen Weiterentwicklung der Wirtschaftsdemokratie gewinnt die Investitionslenkung zur Entwicklung einer *Kreislaufwirtschaft* mit alternativen Energien, dezentralen, umweltverträglichen Produktionsanlagen, biologischer Landwirtschaft, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und autofreier Stadtbereiche, Rettung der Wasser- und Lufthaushalte, der Landschaft und ihrer

Wälder, Flüsse, Biotope etc. eine besondere Bedeutung im Sinne *inhaltlicher* statt nur *quantitativer* Wachstumsplanung (siehe unten).

Schließlich aber rückt eine qualitativ neue Form von Planung ins Zentrum einer Theorie der Wirtschaftsdemokratie: *Arbeitsmarktplanung*. Da eine Wirtschaft mit vermindertem Wachstum eine entscheidende wirtschaftspolitische Herausforderung der Zukunft sein wird, ist eine staatliche Politik der notwendigen Weiter- und Andersqualifizierung von Arbeitskräften sowie vor allem der schrittweisen systematischen *Verminderung der Arbeitszeit und eines Zweiten (öffentlich geförderten) Arbeitsmarktes* notwendig.

3.4. Planungsschwerpunkt Arbeitsmarktpolitik

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), das bis dahin nur eine Adresse für fachwissenschaftliche Diskurse war, avancierte in den achtziger Jahren mehr und mehr zur Quelle höchst politikrelevanter Planungsvorlagen zur Arbeitszeitverkürzung (AZV) und Arbeitszeit-Politik (die von der konservativen Regierung freilich souverän desavouiert wurden.). Die Forscher des IAB wiesen nach, dass nicht *allein* durch tarifpolitische AZV – 35-Stunden-Woche –, sondern nur durch eine integrale, *kumulative* Strategie der AZV eine Umverteilung der Arbeitszeit realisiert werden könnte, die – ohne unzumutbare Kosten – das gesellschaftliche Arbeitsvolumen und das Arbeitskräfteangebot wieder ins Gleichgewicht brächte. Nimmt man noch die zweite Hauptstrategie der Arbeitsmarktpolitik hinzu, die Schaffung eines „öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarktes“ – also einen quantitativen und qualitativen Ausbau der ABM – so ergeben sich fünf Teilstrategien (die zu erwartende Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen in Klammern⁹):

- Allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Richtung auf eine 32-Stunden-Woche (ca. 1,6 Mio. Arbeitsplätze),
- konsequenter Abbau von Überstunden (ca. 0,4 Mio. Arbeitsplätze),
- Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit (0,4 – 0,6 Mio. Arbeitsplätze),
- Förderung von Vorruhestandsoptionen (ca. 0,4 Mio. Arbeitsplätze),
- Schaffung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes (ABM) für 0,8 bis 1,0 Mio. Erwerbslose.

Die zweite Hauptstrategie aktiver staatlicher Arbeitsmarktplanung besteht in einer qualitativen Weiterentwicklung der ABM-Programme zu einem „öffentlich geförderten Arbeitsmarkt“. ¹⁰ Hochrechnungen einer von der Berliner Sozialsenatorin Christine Bergmann veranlassten Untersuchung ergeben, dass ein AB-Programm für eine Million Erwerbslose zwar 59 Mrd. DM kostet, durch Einsparungen von Arbeitslosengeld etc., Steuerzahlungen und Zahlungen an die Sozialversicherung aber dem Staat, der BfA und der Sozialversicherung in Höhe von 46 Mrd. DM Einnahmen zufließen, bzw. Kosten erspart werden, so dass die Netto-Kosten dieser großangelegten Beschäftigungspolitik lediglich 13 Mrd. DM betragen würden. ¹¹

Insgesamt sind die wirtschaftsdemokratischen Prinzipien aktiver Arbeitsmarktpolitik, also die systematische Anpassung der Arbeitszeit an die gesellschaftlich notwendige

In der politischen und oft sogar in der Programmdiskussion wird Wirtschaftsdemokratie nicht selten mit Mitbestimmung der Arbeitenden gleichgesetzt – ein folgenschwerer Kurzschluss.

Foto: Thomas Diller, Bielefeld



Arbeit und die Schaffung eines Zweiten (gemeinwirtschaftlichen) Arbeitsmarktes nur realisierbar durch einen gesetzgeberisch gezielt arbeitsmarktpolitisch eingreifenden Staat. Ferner durch eine gesellschaftliche Wende weg von der Vollzeitarbeit traditionellen Stils als der „normalen“ Arbeitssituation. Schließlich, nicht zuletzt durch einen Sozialkontrakt aller betroffenen gesellschaftlichen Interessengruppen mit dem Ziel, durch gemeinsame, koordinierte Aktivität die nachgefragte Arbeit auf alle Arbeitswilligen derart flexibel zu verteilen, dass nahezu alle einen Arbeitsplatz finden können. Die kollektiven Akteure Gewerkschaften, Regierungen, Unternehmer(verbände) und die Gesamtheit der Arbeitenden müssen zusammenwirken.

3.5. Kontrolle unternehmerischer Macht

Noch bei Otto Brenner hieß „Kontrolle wirtschaftlicher (oder: unternehmerischer) Macht“ 1961 schlicht „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum“. So sind einleitend hier Entwicklung und (scheinbares?) Obso-

letwerden des Sozialisierungskonzepts zu analysieren.¹² In der traditionell-sozialistischen Theorie galt die „Expropriation der Expropriateurs“, also die Sozialisierung der Produktionsmittel und deren genossenschaftliche oder staatliche Reorganisation bis in die achtziger Jahre als die Generallösung zur Überwindung kapitalisti-

scher Ausbeutung und „Anarchie der Warenproduktion“ – und diese Vorstellung beherrschte derart unreflektiert das linke Denken, dass Sozialismus und Sozialisierung weithin als identisch verstanden wurden.

Mit dem Dahinschwinden der revolutionären Hoffnungen und des reformsozialistischen Glaubens an eine breite, dauerhafte sozialistische Mehrheit nach Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts wurden in den Konzepten der „Wirtschaftsdemokratie“, schon seit den „Industrial-Democracy“-Ideen der Fabian Society und in aller Breite bei Naphtali, die Sozialisierungsvorstellungen relativiert im Sinne eines evolutionären „Hineinwachsens“ gemeinwirtschaftlicher, öffentlich-wirtschaftlicher und genossen-

schaftlicher Unternehmensformen in das privatwirtschaftliche System, dem darüber hinaus mit Hilfe von Betriebs- und Personalräten (shop stewards, comités d'entreprise, consigli di fabbrica) und gewerkschaftlicher Tarifpolitik die schlimmsten Giftzähne der Ausbeutung und Autokratie gezogen werden sollten.¹³

In der Fortentwicklung dieses wirtschaftsdemokratischen Konzepts wurde dann in den demokratisch-sozialistischen und gewerkschaftlichen Theorien und Programmen die – noch im Bonner Grundgesetz Art. 15 ausdrücklich sanktionierte – „Überführung in Gemeineigentum“ auf „Schlüsselindustrien“ reduziert, beziehungsweise, da sich die inhaltliche Bestimmung von Schlüsselindustrien als höchst wandelbar erwies, auf „marktbeherrschende Unternehmen“.

Inzwischen hatte sich die wirtschaftsdemokratische Diskussion auch von bürokratisch-sozialistischen Sozialisierungsvorstellungen verabschiedet. Maßgeblich wurde der Begriff der Vergesellschaftung. Diese sollte durchaus pluralistisch, in verschiedenen staatsunabhängigen Organisationsformen realisiert werden statt durch zentralgesteuerte staatsbürokratische Lenkung. Außerdem muss sich Vergesellschaftung leiten lassen von dem Grundsatz der *Beteiligung aller Betroffenen* an Kontrolle und Leitung der Unternehmen: Die *Belegschaften* und ihre gewerkschaftlichen Vertreter bringen u.a. den Aspekt der humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der gerechten Entlohnung und der Arbeitsplatzsicherung ins Spiel; *regionale* und *staatliche Instanzen* werden den Aspekt der externen (Umwelt-) Effekte von Produktion und nachfolgendem Konsum einbringen sowie der notwendigen Abstimmung mit anderen Wirtschaftstätigkeiten im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Planung, *Verbrauchervertreter* das Interesse an guten und billigen Gütern und Dienstleistungen.

Die Beteiligung so unterschiedlich motivierter Gruppen an Kontrolle und Leitung der Großunternehmen macht es auch notwendig, einen neuen betriebswirtschaftlichen Erfolgsmaßstab zu entwickeln, der den Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Rentabilität mit dem des sozialen Nutzens und der Umweltverträglichkeit verbindet.

Natürlich ist auch die gemeinwirtschaftliche Entwicklung und Theoriebildung aufgrund der oben beschriebenen Stagnation und Schrumpfung der sozial-progressiven Tendenzen und Kräfte in eine schwere Krise geraten. Lange vor dem Scheitern der sozialisierten Wirtschaft im Osten ist es im Gefolge des konservativen historischen Rückschlags zu einer Erosion der freien und öffentlichen Gemeinwirtschaft gekommen, einer alle Bereiche umfassenden Privatisierungswelle, die (nach den revolutionären Illusionen) auch die evolutionären wirtschaftsdemokratischen Fortschritte im Sinne einer schrittweisen Begrenzung privatkapitalistischer Beherrschung der Produktionsmittel gebremst und teilweise zunichte gemacht hat. Die Armut der „Öffentlichen Hände“, abschreckende Bürokratisierungerscheinungen in der öffentlichen Wirtschaft (Post; Bahn) und andererseits die krakenhafte internationale Verankerung der Großkonzerne im „globalen Dorf“ haben die Vergesellschaftungsdebatte zum Erliegen gebracht.

Da wir zur Zeit aber auch am Beginn einer Erosion der 1990 so triumphal als End- und Gipfelpunkt der Geschichte (Fukujama) erscheinenden Marktwirtschaft stehen, sollte die wissenschaftliche „futurologische“ Theoriebildung es zumindest offenlassen, ob Formen des genossenschaftlichen, öffentlichen, freigemeinwirtschaftlichen und staatlichen Eigentums – oder zumindest der demokratischen Kontrolle und Regulierung von Konzernpolitik – vor allem:

Daher ist eine Politik der – unter anderem auch: antizyklischen – Investitionslenkung erforderlich. Diese betrifft erstens die öffentlichen Investitionen, aber indirekt auch die privatwirtschaftlichen.

der Großfinanz! – nicht mittelfristig wieder auf der Tagesordnung stehen.

Denn neben der Vergesellschaftung spielen in der Theorie der Wirtschaftsdemokratie seit langem auch andere, indirekte Formen der demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht eine wichtige Rolle. So enthielt das DGB-Grundsatzprogramm vor seiner Selbstaufgabe unter anderem die Forderungen nach

- fortlaufenden Erhebungen über die Konzentrationsbewegungen und ihre Veröffentlichung;
- Beseitigung konzentrationsfördernder Rechtsvorschriften (zum Beispiel durch entsprechende Steuervorschriften);
- Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmensleitungen;
- Demokratisierung und Neuordnung der Unternehmensverfassung;
- Erweiterung der Publizität;
- wirkungsvoller Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle;
- Mobilisierung des Wettbewerbs unter anderem durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen,
- Ausbau des Systems öffentlich gebundener Unternehmen.

Für viele Klein- und Mittelunternehmen kann eine Verschärfung der Gewerbeaufsicht und Ausweitung der Mitbestimmung sinnvoller sein als Formen der Vergesellschaftung. Ergänzt werden müssen diese Maßnahmen durch einen konsequenten Ausbau der arbeits- und sozialrechtlichen Sicherung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Für weite Bereiche bieten sich nach wie vor genossenschaftliche Organisationsformen an.

3.6. Mitbestimmung

Was die *Mitbestimmung* der Arbeitenden betrifft, so geht es nicht nur um gleichberechtigte Beteiligung auf der Makro- und Mesoebene bei unternehmerischen (wirtschaftlichen) Entscheidungen, um das Machtgleichgewicht von Kapital und Arbeit,¹⁴ sondern auch um Mitentscheidung (statt unverbindlicher „Mitsprache“) der Betriebs- und Personalräte auf der Mikroebene, bei alltäglichen betrieblichen Entscheidungen, vor allem bei *personellen* Angelegenheiten, in der *Arbeits- und Arbeitszeitorganisation*.

Nicht zuletzt aber wird in der europäischen partizipations-theoretischen Diskussion immer stärker die „*participation directe*“ gefordert. Für Deutschland bedeutet dies, endlich die seit über 30 Jahren von den Verfechtern direkter Demokratie innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geforderte *Mitbestimmung am Arbeitsplatz* konzeptionell und betriebsverfassungsrechtlich wieder in Angriff zu nehmen: die *unmittelbare* Mitwirkung *aller* Arbeitnehmer eines Arbeitsbereichs in „*groupes d'expression*“ (Frankreich 1982) bzw. „Arbeitsgruppenbesprechungen“ während der Arbeitszeit.

Falls es künftig zu einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Sinne der Einführung von „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ kommt, wäre ein wesentliches Element, das im deutschen Mitbestimmungskonzept bisher gefehlt hat, nämlich die *direkte Partizipation der Beschäftigten*, endlich verwirklicht.

Mehr Demokratie in der Wirtschaft bedeutet aber auch unmittelbare *Selbstbestimmung* der arbeitenden Menschen dort, wo sie die Wahrnehmung übergeordneter Interessen der Gesellschaft nicht gefährdet. Dies gilt vor allem für die Selbstorganisation der Arbeitsprozesse im Rahmen vereinbarter Produktionsziele (*teilautonome Arbeitsgruppen*¹⁵). Die unmittelbare Selbstorganisation der Ar-

beitsgruppe ist ein bedeutsamer Schritt zur Emanzipation des arbeitenden Menschen und ein hervorragendes Feld der Einübung demokratischer und solidarischer Verhaltensweisen.

3.7. Humanisierung der Arbeit

Mit solcher strukturell-partizipativen Veränderung der Arbeitsorganisation geht die wirtschaftsdemokratische Konzeption über Mitbestimmung hinaus zu Strategien *struktureller Humanisierung der Arbeit*. Hier vollzog sich in den sechziger Jahren in Skandinavien, seit Anfang der siebziger Jahre zögernd auch in Deutschland aufgenommen, ein qualitativer Sprung in der Wahrnehmung und – ansatzweise – in der betriebspolitischen Gestaltung der Arbeitswelt: Es zerfällt aufgrund der praktischen Erfahrungen mit partizipativen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen der Mythos von der sachzwanghaft inhumanen, nämlich autoritär-hierarchischen und monotonen („fordistischen“) Arbeitsorganisation.

Notwendig ist freilich, die von da an eingang gekommene Theorie und Praxis des „Job redesign“ und eines „management by participation“ nicht, wie in den dann Mode gewordenen amerikanischen Konzepten einer neuen „Quality of working life“,¹⁶ von den „alten“, klassischen Humanisierungsforderungen (wie zum Beispiel eines humanen Systems der Arbeitszeit und der Lohnfindung) zu isolieren. Für eine Theorie der Wirtschaftsdemokratie ergibt sich daher ein umfassenderes Humanisierungskonzept, dessen Hauptelemente hier nur summarisch genannt werden können:

Schutz am Arbeitsplatz:

Ausbau der Sicherheit am Arbeitsplatz; Abbau gesundheitsschädigender Einflüsse; bessere ergonomische Anpassung der Maschinen und technischen Anlagen an die Menschen zum Abbau unnötiger und unzumutbarer Belastungen.

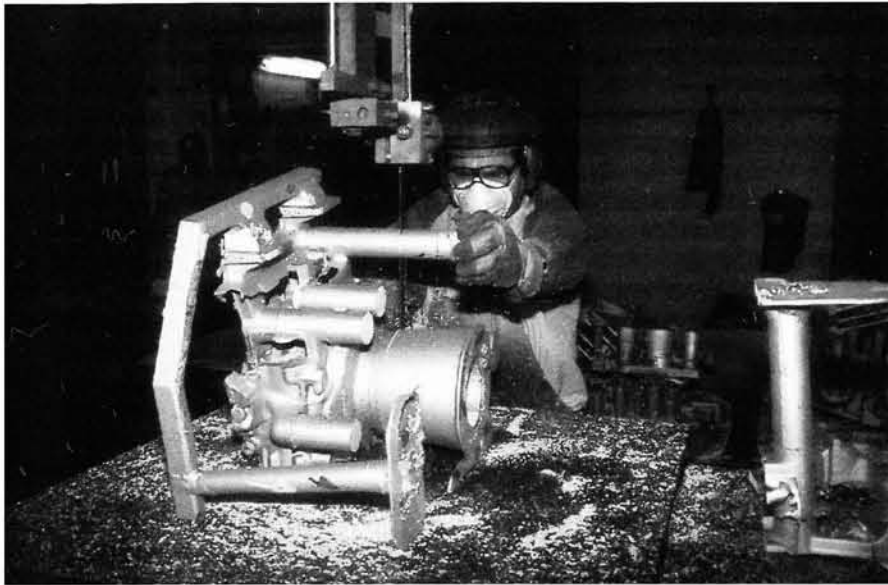
Menschenwürdigere Arbeitsorganisation:

Weitestmögliche Verkürzung der Arbeitszeit; weitestmögliche individuelle bzw. gruppenautonome Arbeitszeitgestaltung durch Mitbestimmung der Lage (Gleitzeit) und der Dauer der Arbeitszeit; Ausdehnung der Erholungszeiten wie Pausen und Urlaub; schrittweise Einschränkung der Nacht- und Schichtarbeit; Abbau der Zerstückelung, Schematisierung und Standardisierung der Arbeitsgänge und des damit verbundenen Verlusts an Arbeitsinhalten, Erweiterung und Bereicherung der Arbeitsaufgaben; Ausweitung des Handlungs- und Entscheidungsspielraums, vor allem durch teilautonome Gruppen; Abbau der betrieblichen Hierarchien.

Humanisierung des betrieblichen Einkommenssystems:

Abflachung der Einkommenspyramide, z.B. durch Zahlung von Festbeträgen statt prozentualer Einkommenssteigerungen; Abbau überflüssiger Lohn- und Gehaltsgruppen durch Verminderung der Zahl der Gruppen und Reform der Einstufungskriterien; Einführung fester Mindest-Monats- bzw. Jahreseinkommen für alle Arbeitnehmer; Abschaffung der Akkordarbeit; Mitbestimmung der Arbeitsgruppen bzw. des Betriebsrates bei der Einstufung der einzelnen Arbeitnehmer in bestimmte Lohn- und Gehalts-

Vergesellschaftung muss sich leiten lassen von dem Grundsatz der Beteiligung aller Betroffenen an Kontrolle und Leitung der Unternehmen.



gruppen; Abbau diskriminierender Einkommens-Ungleichheit insbesondere bei jungen, weiblichen und ausländischen Arbeitnehmern; Garantie der Einkommenshöhe von einem bestimmten Alter an; Abbau von Geldäquivalenten für inhumane Arbeitsbedingungen zugunsten technologischer Humanisierung der Arbeit.

3.8. Ökologische Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie

Auch die theoretische Wende zu einer nicht länger naiv wachstumsorientierten, sondern ökologisch verantwortlichen und handelnden demokratischen Wirtschaftspolitik kann hier nur durch Auflistung ihrer wichtigsten Strukturelemente in das systematische Gesamtkonzept aufgenommen werden. Ich konzentriere mich hier auf folgende wirtschaftspolitischen Ziele:

- *Entwicklung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft*
„Langfristig ist durch eine nicht an quantitativen Maßstäben des Wachstums ausgerichtete Raumplanung und

Neben der Vergesellschaftung spielen in der Theorie der Wirtschaftsdemokratie auch andere, indirekte Formen der demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht eine wichtige Rolle.

Strukturpolitik die wirtschaftliche Umorientierung auf eine ökologische Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Nur so können auf Dauer die biologischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen für menschliches Leben und Natur erhalten werden.

Diese ökologische Kreislaufwirtschaft ... muss die nur an der Gewinnmaximierung ausgerichtete sogenannte 'freie Marktwirtschaft' ablösen (SPD-Parteitag Berlin 1979)

Hier sollen abschließend nur einige der wichtigsten wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen verdeutlicht werden, die sich aus einer solchen grundlegenden wirtschaftsordnungspolitischen Wende ergeben:

- *Ökologische Investitionslenkung*
- *Ökologische Lenkung der Produktionsgestaltung und Werbung*
- *Optimale Dezentralisierung*

4. Die fehlende Machtbasis und die Macht der Ideen

Nun kann man freilich in dieser – auch mitte-links – orientierungs- und theorielosen Zeit angesichts solcher ausgrei-

fenden theoretischen „Erinnerungsarbeit“ die Frage stellen, ob dergleichen nicht ein links-akademisches Glasperlenspiel sei oder mindestens die pure Donquichotterie. Mit Recht hat Zinn vor kurzem geschrieben, Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung sei „nicht utopisch, sondern politisch, und folglich ist Vollbeschäftigung eine Machtfrage“¹⁷ – aber weit und breit sind keine Batallione, ist keine solide Machtbasis erkennbar für eine wirtschaftsdemokratische Strategie. Obgleich die einleitend genannten katastrophalen Fehlleistungen des Kapitalismus nach einer alternativen Wirtschaftspolitik geradezu schreien.

Die Wähler in Europa haben begonnen, es zu erkennen. Aber was ist, wenn die neuen Hoffnungsträger keine sind – wenn sie selbst keine Alternativen haben oder keine wagen? Was ist, wenn man die Macht hat, aber orientierungslos ist, konzeptionslos, wie Schröder, und daher bei jeder Drohgebärde eines Großmanagers (z.B. der Atomindustrie) einknickt? Dann nützt die Macht auch nichts (höchstens der eigenen Machterhaltung). Und andererseits verleihen gute, glaubwürdig vertretene Konzepte auch Macht, wie schon Marx – ganz unmaterialistisch – wusste: Ideen können zur „materiellen Gewalt“ werden. Daher rufen wir sie in dieser Zeit in Erinnerung. spw

¹ Otto Brenner, Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt/M. 1960, S. 227

² Ca. 8-10.000, bei kritischer Analyse der empirischen Bestandaufnahme von H. Kreuzt u.a., Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, Nürnberg 1985. Vgl. dazu die Gesamtdarstellung bei Brigitte Runge/Fritz Vilmar, Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt 1988, im Kapitel 2.2: Genossenschaftliche Selbsthilfe (93 – 103). Zum Vergleich: In Italien gab es 1980 ca. 120.000 reguläre Genossenschaften!

³ Gut zusammengefasst bei Bernd-Jürgen Wendt, Industrial Democracy. Zur Struktur der englischen Sozialbeziehungen, in der „Beilage zum Parlament“ B 46/75. Über die Zentralidee des Fabianismus sagt er: „Industrial Democracy‘ stellt sich für die Webbs dar als ‚sorgfältige gegenseitige Abstimmung der Macht und Funktionen zwischen den Produzenten- und den Verbrauchergenossenschaften‘“, a.a.O. S. 6f.

⁴ Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphthali, Berlin 1928 (4. Auflage Frankfurt 1977), Kap. 3, Abs. 4: Die Konsumgenossenschaften, S. 73 ff.

⁵ Vgl. die kenntnisreiche Zwischenbilanz von Hans Luft, Agrargenossenschaften gestern, heute und morgen. Zur Geschichte der Landwirtschaft der DDR und ihrer Perspektiven im vereinten Deutschland, Berlin 1998 (Verlag Helle Panke, Pankow)

⁶ Siegfried Roth/Hartmut Kohl, Gruppenarbeit, Köln 1988. Wolfgang G.Weber, Analyse von Gruppenarbeit, Bern etc. 1997

⁷ Ota Sik, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg 1979 (808 S.), und: Ulrich Gärtner/Peter Luder, Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft, St. Gallen 1979 (1000 S.)

⁸ „Unter Neutralisierung des Kapitaleigentums verstehen wir den Aufbau einer Eigentumsform, bei der das Eigentum am Kapital (...) nicht mehr an einzelne Personen gebunden und auch nicht mehr zwischen einzelnen Personen aufteilbar ist. Träger des Kapitals ist das jeweilige Produktionskollektiv.“ (Sik a.a.O. 404)

⁹ Eine Zusammenstellung der verschiedenen „Entlastungsrechnungen“ – also der arbeitsplatzschaffenden Wirkungen – der 4 AZV-Strategien mit einem 5-Länder-Vergleich erarbeitete Kai Uwe Hampel, Formen der Arbeitszeitverkürzung in den entwickelten Industrieländern, Typoskript des Fb. Politikwissenschaft, WE 3 (F.V.), Berlin 1999 (45 S.); dort Quellennachweise für die folgenden Angaben.

¹⁰ Die Fraktion der PDS hat eine sehr gründliche Vorlage für die Schaffung eines „öffentlich geförderten Arbeitsmarktes“ mit einer präzisen Begründung vorgelegt: Bundestags-Drucksache 13/7147 vom 6.3.97

¹¹ vgl. dazu die 1993 von der damaligen Berliner Sozialsenatorin Christine Bergmann in Auftrag gegebene große Studie „Forum zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes“.

¹² Einen umfassenden Überblick zur Theoriegeschichte nach dem ersten Weltkrieg erarbeitete Klaus Novy: Voraussetzungen und Stra-

tegien der Sozialisierung. Ein Beitrag zur Wirtschaftsreformediskussion, anhand der deutsch-sprachigen Sozialisierungs- und Planwirtschaftsliteratur aus der Zeit von 1918 bis 1933. Frankfurt a.M. und New York 1978

¹³ Wobei dies von Naphtali und seiner Arbeitsgruppe des ADGB noch ausdrücklich als bloße Vorstufe zur Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaft verstanden wurde: sie verstanden den „Kampf der Arbeiterschaft für die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg (!) zum Sozialismus“ (a.a.O., Anm. 4), S. 18

¹⁴ Eine umfassende Systematik aller – in der Diskussion selten ausdifferenzierter – Ebenen der Mitbestimmung, vom Arbeitsplatz bis zur Europawirtschaft, lieferte meine Arbeit Politik und Mitbestimmung. Kritische Zwischenbilanz – integrales Konzept, Kronberg 1977. Ein neues umfassendes Sammelwerk über „historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund“ (so der Untertitel) gab Hans Nutzenberger heraus: Perspektiven der Mitbestimmung, Marburg 1999, mit ausführlichen Resümees der Mitbestimmungsforschung.

¹⁵ Die detailliertesten theoretischen Analysen und praktischen Erprobungen von teilautonomen Arbeitsgruppen finden sich bei dem Sozialpsychologen Eberhard Ulich (ETH Zürich) – vgl. zum Überblick das Kapitel 4.4 „Arbeitsgruppen und Gruppenarbeit“ seines großen, grundlegenden (weit über rein psychologische Ansätze hinausgehenden) Werks Arbeitspsychologie, 4. Aufl. Zürich/Stuttgart. 1998. Zum Thema direkt: Norbert Maier, Teilautonome Arbeitsgruppen, Meisenheim 1977, mit wichtigen norwegischen und schwedischen Fallstudien.

¹⁶ Als Beispiel und Prototyp für eine ganze Literatur sei genannt L.E. Davis/J.C. Taylor, The Design of Jobs, London 1972. Als Gegenbeispiel kritisch-konstruktiver Rezeption dagegen Fritz Vilmar, Sozio-technische Optimierung der Arbeitsorganisation als innovatives Potential, in: Ch.Bartsch/I.Delbrouck (Hrsg), Neues Personal in Neuer Arbeit. Konzepte und Modelle innovativ organisierter Arbeit in den Neuen Bundesländern, München/Mering 1998, S. 14 – 25.

¹⁷ Karl Georg Zinn, Machtfrage Vollbeschäftigung, in: Sozialismus, 3/98, S. 14f.

I. Einleitung

Über den Form- und Typwandel der Arbeitskraft als einer Grundkategorie der Industrie- und Berufssoziologie und der politischen Ökonomie ist eine Debatte in Gang gekommen, die nicht nur von wissenschaftlicher Relevanz, sondern auch von erheblicher politischer Bedeutung für die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und die auf die Arbeit bezogene sozialistische Linke ist, weil sie Konsequenzen für Form und Typ der Organisation der Arbeitenden, ihre Stellung zum Kapital und zueinander, für Tarif-, Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik erfordert. Die Debatte schließt teilweise an die Theoriebildung zum sogenannten Postfordismus an, konkretisiert sie und spitzt sie zu. Ein wichtiger Beitrag ist die von den Industrie-soziologen Günter Voß (TU Chemnitz) und Hans J. Pongratz (ISI München) skizzierte These, dass ein neuer, entgrenzter gesellschaftlicher Leittypus der Arbeitskraft entsteht, der Arbeitskraftunternehmer¹.

II. Der Arbeitskraftunternehmer als neuer Leittypus

Voß/Pongratz sehen einen Prozess, bei dem die erweiterte Autonomie in der Arbeit einen Strukturwandel der sozialen Verfassung von Arbeitskraft erzeugt. Nach dem proletariisierten Lohnarbeiter im 19. Jahrhundert und dem verberuflichten Arbeitnehmer im 20. Jahrhundert entstehe nun mit dem verbetrieblichten Arbeitskraftunternehmer der Basistyp der Arbeitskraft für das 21. Jahrhundert. War der erste geprägt von rohem Arbeitsvermögen, harter Ausbeutung und dem Fehlen von sozialem Schutz, so entwickelte sich im fordistischen Kapitalismus die standardisierte berufliche Qualifikation unter verwissenschaftlichter Kontrolle. Das neue Arbeitskraftmodell werde schließlich durch individuelle Qualifikation, systematische Selbstkontrolle, Selbstausbeutung und noch ungeklärte Schutzmechanismen definiert.

Die Auflösung bisheriger fester Raum- und Zeitstrukturen führe zu einer grundlegenden Veränderung des Betriebs bis hin zu seiner Auflösung (Entbetrieblichung) und der inhaltlichen Anforderungen an Arbeit. Die strikte und hierarchische Betriebsorganisation nach tayloristischen Prinzipien habe bisher die Nutzung der Arbeitskraft eingegrenzt; diese Fessel werde in der posttayloristischen Arbeitsorganisation durch die Selbstorganisation der Arbeitskraft gesprengt. Während bisher die Miete von Arbeitskraft dem Arbeitgeber nur ein Rohprodukt verschafft habe, aus dem er aufwändig die Arbeit transformieren musste, wird nun ein erheblicher Teil der Veredelung der Arbeitskraft von die-

Formwandel der Arbeitskraft im flexibilisierten Kapitalismus

Herausforderung für politische Theorie und Praxis

von Felix Welti*

ser selbst erledigt. Die Selbstkontrolle und Selbstorganisation mache die Arbeitskraft vom Rohstoff zum Halbfertigprodukt. Diese erweiterte Selbst-Ökonomisierung der Arbeitskraft gehe einher mit gezielter Selbst-Produktion und –Vermarktung der Arbeitskraft. Während das Unternehmen tendenziell entbetrieblicht werde, führe die Wandlung der Arbeitskraft zum Arbeitskraftunternehmer zur Verbetrieblichung der Lebensführung und damit zu einer Neudefinition oder Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit, Beruf und Lebensführung. Aus der Vermietung von Arbeitskraft werde nun verstärkt der Verkauf von Arbeit oder auch Arbeitsergebnissen.

Voß/Pongratz sehen den Arbeitskraftunternehmer als Leittypus in prinzipiell allen Qualifikations- und Einkommenssegmenten an – „vom Erfolgsunternehmer der Arbeitskraft bis zum modernen Tagelöhner“. Ihre Theorie stützen sie mit Untersuchungen und Beobachtungen aus dem Bereich der Industriemeister, des Journalismus und der Informations- und Kommunikationsbranche². Ein aktuelles Beispiel ist die Einigung bei VW auf das 5000x5000-Modell: 5.000 neueingestellte Arbeitskräfte mit einem Entgelt von

Die entscheidende Frage ist, ob wir es mit einem Arbeitskraft-Citoyen oder einem Arbeitskraft-Bourgeois zu tun bekommen.

* Dr. Felix Welti, Wiss. Ass. am Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in Europa der Universität Kiel.

5.000 DM im Monat sollen in Teams selbstorganisiert eine festgelegte Zahl von Fahrzeugen produzieren und dabei eine Produktivitätssteigerung von 20% realisieren³. Hier wird auch deutlich, dass Arbeitskraftunternehmer immer unternehmerisch in Bezug auf die Aufgaben sein sollen, keineswegs jedoch im Hinblick auf die Gewinnchancen.

Im Hinblick auf die Folgen der skizzierten Entwicklung haben sie ausdrücklich die Gewerkschaften zu einer Diskussion über die Zukunft kollektiver Interessenvertretung unter neuen Bedingungen aufgerufen.

III. Konsequenzen für Gesellschaftsanalyse und politische Ökonomie

1. Ein anderer Kapitalismus, eine andere Arbeitsgesellschaft

Der Wandel in der Transformation des latenten Arbeitsvermögens in nutzbare Arbeitskraft und Arbeitsergebnisse berührt einen zentralen Punkt im Ablauf der gesellschaftlichen Produktion und der Kapitalverwertung. Als Ursachen erscheinen das ökonomische Interesse an einer intensiveren Nutzung der Arbeitskraft und die politisch durchgesetzte Deregulierung der Arbeitsbeziehungen; als Grundbedingungen treten aber vor allem die neuen Informations- und Kommunikationstechniken und das gestiegene Bildungsniveau der Arbeitenden auf den Plan. Die Produktivkraftentwicklung drängte zur Weiterentwicklung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses – und womöglich näher an dessen immanente Grenzen⁴.

Mit der Debatte um den Arbeitskraftunternehmer nimmt das Bild eines veränderten Kapitalismus und einer anderen Arbeitsgesellschaft klarere Formen an. Deutlich wird dadurch, dass die Arbeit zentrale Kategorie von Ökonomie und Gesellschaftsanalyse und der Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderung bleibt. Theorien über den Bedeutungsverlust und Rückgang der Erwerbsarbeit, über Befreiungs- und Autonomiepotenziale vor allem in der Freizeit-, Konsum- oder Nichterwerbssphäre bestätigen sich nicht⁵. Das erleben die Arbeitenden alltäglich durch lange Arbeitszeiten, Anforderungen an Qualifikation und

„den ganzen Menschen“ aus der Arbeitssphäre. Durch den Einfluss der neuen Anforderungen an Selbstorganisation und -vermarktung greift die Arbeit vielmehr in die bisher scheinbar von ihr unberührten Bereiche der häuslichen Lebensführung und Freizeit und bestimmt in

neuer Weise die Entwicklung der ganzen Persönlichkeit nach den Anforderungen der Arbeitskraftentwicklung und -vermarktung.

Zugleich stehen auch andere theoretische und politische Reflexe auf den bisherigen Dualismus von Arbeit und Freizeit auf dem Prüfstand. Die bürgerliche Trennung von Öffentlichkeit und Privatleben, zwischen der von Zweckrationalität bestimmten Arbeitssphäre und der durch Kommunikation geprägten Sphäre der Diskurse⁶ löst sich auf. Die Arbeit holt die Gesellschaftstheorie wieder ein, die sich ins nur vermeintliche Reich der Freiheit geflüchtet hatte. So erscheint es fraglich, wie die Schlussfolgerung von Voß/Pongratz, es setze sich ein genuin bürgerliches Modell von Person und Arbeitskraft durch⁷, das zu einer entwickelten modernen Marktgesellschaft passt, zu verstehen ist. Hier steht die entscheidende Frage, ob wir es mit einem Arbeitskraft-Citoyen oder einem Arbeitskraft-Bourgeois zu tun

bekommen, ob die Zweckrationalität der Konkurrenz oder die Kommunikation kooperierender Arbeitskräfte die Kraft zur Prägung der neuen Verhältnisse bekommt.

Bisherige Formen der Regulierung und Zivilisierung des Kapitalismus in den Formen des Arbeits- und Tarifrechts setzten an den Formen der Lohnarbeit an und schrieben sich den Verhältnissen etwa als Arbeitszeitregelungen ein. Wenn der Formwandel der Arbeitskraft zu einem Kapitalismus führt, in dem die Lohnarbeit an Bedeutung verliert und statt des Dienstvertrages der unter Selbstständigen geltende, am Arbeitsergebnis orientierte Werkvertrag zum Leitbild wird, sind neue Regulierungsformen gefragt, denn der Arbeitskraftunternehmer wird im neuen Kapitalismus nicht gleichberechtigter Verhandlungspartner sein, wenn sein Kapital aus Arbeitskraft und PC besteht⁸.

Wichtig zum Verständnis des neuen Kapitalismus wird es sein, neben dem Formwandel der Arbeitskraft auch denjenigen des Kapitals zu analysieren. Wenn es richtig ist, dass der Betrieb und mit ihm das ortsfeste, greifbare Produktionsmittel als sichtbarer Ausdruck des Kapitalverhältnisses an Bedeutung verliert und der Produktionsprozess teilweise in Netzwerken stattfindet, deren materielle Hilfsmittel die Telekommunikationsnetze, die Computer der Arbeitskraftunternehmer und die im Prinzip beliebig reproduzierbaren Computerprogramme sind, so wird die Gesellschaftlichkeit des Produktionsprozesses in neuer Weise offenbar. Kapitalist ist dann nicht nur der Eigentümer materiell greifbarer Produktionsmittel, sondern auch wer die Geldmittel bereithalten kann, die verstreuten Arbeitskraftunternehmer zur Produktion zusammenzuführen. Was das etwa für die Kapitalkonzentration und die Machtverhältnisse⁹, die organische Zusammensetzung des Kapitals, für die Beschleunigung des Innovationszyklus und schließlich die Potenziale einer nicht mehr kapitalistischen Gesellschaft bedeutet, bedarf der Untersuchung¹⁰.

2. Folgen für das Geschlechterverhältnis

Die Ungleichheitsverhältnisse zwischen den Geschlechtern haben sich bisher mit den Strukturen und Vorbedingungen der Lohnarbeit verschränkt. Ob die Arbeitskraftunternehmerin stärker als die Lohnarbeiterin das Leitbild der Arbeit auf der neuen Stufe des Kapitalismus prägen wird, erscheint zunächst fraglich. Ausgedehnte Arbeitszeiten und Anforderungen an die Selbstproduktion der Arbeitskraft stellen sich heute als Lebensarbeitszeitverdichtung in den mittleren Lebensjahren dar¹¹ und könnten mehr denn je auf der Voraussetzung der unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen im familiären Raum aufbauen¹². Frauen werden eher in der prekarierten Form tätig¹³. Die gegenwärtigen Veränderungen bedrohen auch erste Erfolge von Regulierungsbemühungen, die das Ziel hatten, die Geschlechterverhältnisse im Arbeitsleben zu verändern.

Andererseits könnten die Veränderungen auch Chancen dafür bieten, dass eine größere Bandbreite von Arbeitsformen im Rahmen des neuen Normalverhältnisses von Arbeit Platz hat, im Sinne der Normalität von Verschiedenheit¹⁴. Die Aufhebung der scharfen Trennung von Arbeit und Privatleben zerstört schließlich auch die historischen Bedingungen der Hausfrauenrolle¹⁵. Eine solche Entwicklung würde aber arbeits- und sozialpolitischer Regulierung bedürfen und dürfte sich kaum alleine marktförmig entwickeln.

IV. Zukunft kollektiver Interessenvertretung

Arbeitskraftunternehmer und -unternehmerinnen werden dringend der adäquaten kollektiven Interessenvertretung

Der Arbeitskraftunternehmer wird im neuen Kapitalismus nicht gleichberechtigter Verhandlungspartner sein, wenn sein Kapital aus Arbeitskraft und PC besteht.

bedürfen. Ob und wie dies im Rahmen der Veränderung der bisherigen Gewerkschaftsorganisationen gelingt oder ob sich in schmerzhaften Prozessen neue Organisationen herausbilden, ist offen. Letzteres würde allerdings die Spaltung der Arbeitenden bedeuten, denn die nach lohnarbeiterischem Muster Beschäftigten verblieben dann in den alten Gewerkschaften.

Die kollektive Vertretung wird die gewachsene Autonomie der Arbeitskräfte zu berücksichtigen haben, selbst eine Organisationskultur der Beteiligung statt Stellvertretung zu entwickeln haben¹⁶, um die gewachsenen kommunikativen Kompetenzen für eine neue Solidaritätsbasis zu nutzen¹⁷. Ihr Ansatz bei Konflikten wird es nicht sein können, zur Unselbstständigkeit regredieren zu wollen, sondern mit der Autonomie in der Arbeit deren Bedingungen einzufordern, was dann auch die Mitentscheidung bei den indirekten Steuerungsmitteln der Arbeit und die Bereitstellung der nötigen Mittel – vom Arbeitsmittel über Bildungsmöglichkeiten bis zum neuen Kollegen oder der neuen Kollegin – bedeutet¹⁸. Eine wichtige Rolle wird weiterhin die kollektiv gestützte Entwicklung kollektiver, aber auch individueller Strategien zur Artikulation der eigenen Bedürfnisse sein¹⁹. Von den Erfahrungen bei IBM ausgehend führt die IG Metall zur Zeit die Kampagne „Meine Zeit ist mein Leben“, die sich gegen die wachsende Selbstausbeutung am Arbeitsplatz und die „freiwillige“ Ausdehnung der Arbeitszeit mit ihren gesundheitlichen und sozialen Folgen richtet²⁰.

Unter dem Titel „The corrosion of character“²¹ untersucht Richard Sennett im anglo-amerikanischen Raum die sozialpsychologischen Auswirkungen der neuen flexiblen Arbeitsformen und zeichnet ein pessimistisches Bild über Bindungs- und Konfliktunfähigkeit sowie hilflosen Konservatismus als ihre Folgen vor allem in den USA. Gegen die zunächst pointierten und zutreffenden Beobachtungen Sennetts ist aber einerseits zu erinnern, dass gesellschaftliche Widersprüche zumindest potenziell auch unter schwierigen Bedingungen in Solidarisierung umschlagen können²², zum zweiten, dass die neue Vergesellschaftungsform der Arbeitskraft unter den Bedingungen europäischer Mentalität und Tradition möglicherweise zu anderen Entwicklungen führt²³. Hier ist an die mentalitätsgeschichtliche Linie vom Handwerker zum Facharbeiter zu erinnern, die beim Arbeitskraftunternehmer wohl kaum abreißen, sondern eher eine neue Entfaltung finden könnte²⁴. In dieser Mentalität haben Autonomie in der Arbeit ebenso Platz wie Solidarität und Selbstbewusstsein.

Auch für die politische Interessenvertretung der Arbeitenden neuen Typs werden neue Leitbilder gebraucht, wenn der Facharbeiter als typisierter Adressat linker Politik ausgedient hat²⁵. Ebenso wie im gewerkschaftlichen Bereich wäre es ein Irrtum zu glauben, Arbeitskraftunternehmer entwickelten das, was bisher als Unternehmerbewusstsein galt. Trennlinien zwischen Arbeit und Kapital bleiben nicht nur real, sondern auch bewusst²⁶. Ansprüche an soziale Solidarität bleiben erhalten und müssen in die neue Situation transformiert werden. Das setzt allerdings auf der programmatischen wie symbolischen Ebene voraus, dass etwa die Sozialdemokratie sich über die soziale Situation dieser neuen Mitte und ihre Wertvorstellungen bewusst wird²⁷.

Und die Ablösung des Unternehmerischen als Aufgabe und Haltung vom Kapital bietet die Chance, betrieblich wie gesellschaftlich die Subalternität der arbeitenden Klasse abzustreifen und als eigentlich produktive Klasse der Gesellschaft hegemoniefähig zu werden²⁸.

V. Zukunft von Beruf und Bildung

Mit der These, dass ein deutscher und europäischer Weg zum neuen Typ der Arbeitskraft möglich ist, der etwa auf den starken Traditionen der qualifizierten Berufsausbildung in Deutschland aufbaut, erscheint die These von Voß/Pongratz fragwürdig, dass mit der Entwicklung zum Arbeitskraftunternehmer eine Entberuflichung der Arbeitskraft verbunden sein muss²⁹. Diese These geht auf die Beobachtung zurück, dass der Arbeitskraftunternehmer immer stärker situativ gebunden tätig wird und schon wegen des raschen technischen Wandels eine Entstandardisierung und damit Entberuflichung im Einsatz der einzelnen Arbeitskräfte vor sich geht.

Möglicherweise ist diese Entwicklung aber zumindest in den qualifizierteren Sektoren der Arbeit mit einer Gegenbewegung zur Restandardisierung verbunden. Dies könnte ebenso deutlich werden in der Rücknahme von Autonomie in der Gruppenarbeit der Automobilindustrie zugunsten standardisierter Routinen bei ständiger Systemoptimierung³⁰ – was auch von den Arbeitenden als Entlastung empfunden werden kann – wie auch in den in vielen Branchen sichtbaren enormen Aufwendungen für Qualitätsmanagement und Zertifizierungen, die auch nicht ohne Standards für die Qualität der Arbeitskraft auskommen. Die Hindernisse der modernen Tagelöhnerie für Produktivität und Qualität, wie sie Sennett für die USA beschreibt³¹, finden in Deutschland womöglich kulturell keine Akzeptanz. Stattdessen könnte die handwerkerisch-facharbeiterische Traditionslinie mit ihren Erfahrungen in selbständiger Arbeit, Qualitätsbewusstsein und Nutzung von Erfahrungswissen weiterentwickelt werden³² und einen neue Form von Verberuflichung hervorbringen³³. Genau dort, wo aber Produktionsintelligenz und Erfahrungswissen unverzichtbar für die neue Form der Steuerung werden, können auch Mitgestaltungsrechte der Arbeitenden eingefordert werden³⁴.

Weiterhin erscheint es möglich, dass die Anforderungen an ständige Weiterentwicklung der Fähigkeiten auch im Rahmen berufsfachlicher Organisation erfüllt werden

Trennlinien zwischen Arbeit und Kapital bleiben nicht nur real, sondern auch bewusst, Ansprüche an soziale Solidarität bleiben erhalten und müssen in die neue Situation transformiert werden.



könnten. Neue Organisationsformen könnten also durch- aus von Arbeitsvermittlung, Erfahrungsaustausch und ge- meinsamer Fortbildung ausgehen³⁵ und auf dieser Basis sich auch in genossenschaftliche Formen zur Verbesserung der Marktsituation entwickeln. Es wäre gewerkschaftliche

Die Ablösung des Unternehmerischen als Aufgabe und Haltung vom Kapital bietet die Chance, betrieblich wie ge- sellschaftlich die Subalternität der ar- beitenden Klasse abzustreifen.

Aufgabe, diese Entwicklungen nicht berufsständischen Orga- nisationen zu überlassen. Vor diesem Hintergrund bekommt der Konflikt über den Stellenwert der berufsfachlichen Gliederung in der Struktur der künftigen Dienstleistungsgewerkschaft Ver.Di seine politi-

sche Dimension: Nur berufsfachliche statt territoriale Formen werden die Bedürfnisse des neuen Arbeitertypus nach Interessenvertretung erfüllen können.

Der neue Arbeitertypus lässt auch die alten Trennungen zwischen Arbeitern und Angestellten, die Trennung der Bildungswege, aber auch die berufsfunktionale Verschlingung und Ausdünnung von Bildungswegen in den letzten Jahren³⁶ obsolet erscheinen. Entbetrieblichung der Arbeit gefährdet evident das System betrieblicher Berufs- ausbildung. Wissenschaftliche und praktische Anforderungen

fallen unter der Dominanz der Informations- und Kommunikationstechnik mehr den je zusammen; eine breite Grundbildung und Universalisierung von Berufen³⁷ erscheint als erste Voraussetzung dafür, dass Arbeitskraftunternehmer nicht als moderne Tagelöhner auftreten müssen.

VI. Anforderungen an die Sozialpolitik

Die zweite Voraussetzung für ein sozial reguliertes System der erweiterten Autonomie der Arbeitskräfte ist die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Dies betrifft sowohl ihre Finanzierungs- wie ihre Leistungsseite. Auf der Seite der Finanzierung und Organisation erweist sich die bisherige Trennung nach sozialversicherten abhängig Beschäftigten und zumeist versicherungsfreien Selbstständigen als obsolet. Die Abgrenzungskriterien wie „persönliche Abhängigkeit“ und „Weisungsgebundenheit“ sind fossilisierte Relikte des Alten. Die Gesetzgebung zur Scheinselbstständigkeit ist im Rahmen des alten Begriffssystems verblieben und hat es leider vor allem geschafft, einzelne Betroffene gegen das Sozialversicherungssystem aufzubringen. Notwendig ist vielmehr eine Neubestimmung der Versicherungspflicht im Sinne ihrer Universalisierung und der Einbeziehung der Selbstständigen³⁸. Damit wird erreicht, dass die Entscheidung zwischen mehr oder weniger autonomen Formen der Arbeit nicht sachwidrig mit der Entscheidung zwischen mehr oder weniger sozialem Schutz und vor allem Kostenvorteilen für die Kapitaleite bei Selbstständigkeit verbunden ist³⁹. Zu lösen wird in diesem Kontext vor allem die Beteiligung der Kapitaleite an den Beiträgen sein. Ob die Künstlersozialkasse mit ihrer Vermarkterabgabe dabei Modell sein kann⁴⁰, ist ebenso zu untersuchen wie eine erweiterte Steuerfinanzierung oder eine Sozialversicherungspflicht auf Basis der Bruttowertschöpfung⁴¹.

Auf der Leistungsseite ist eine neue Schutzbedürftigkeit der Arbeitskraftunternehmer für Zeiten der Beschäftigungslosigkeit oder Unterbeschäftigung – aber auch das Bedürfnis nach selbstbestimmten Zeiten ohne Arbeit – zu konstatieren. Dieses Risiko durch die Sicherung von Lebensunterhalt, Fortbildung, gesundheitlicher Rehabilitation der Arbeitskraft und von Familienzeiten zu sichern, müsste Aufgabe neuer Versicherungsleistungen sein („Arbeitsversicherung“⁴²). Dabei rückt die Arbeitskraft selbst stärker in den Fokus als nur der Erwerbsausfall: Arbeitskraftunternehmer werden solidarische Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Arbeitskraft benötigen. Dabei werden die bisherigen Schranken zwischen Bildungspolitik und Sozialpolitik aufgehoben werden müssen.

Wie im Sozialrecht müssen auch im Arbeitsrecht alte Begrifflichkeiten wie etwa die Zentralbegriffe des Arbeitnehmers und des Betriebs überprüft und neue Schutzbedarfe berücksichtigt werden⁴³. So muss kollektive Interessenvertretung auch unter den Bedingungen der Entbetrieblichung Kommunikationsrechte zu allen Arbeitenden haben⁴⁴. Das seit langem geplante Arbeitsvertragsgesetz müsste die Chance einer an Schutzzwecken statt an historischen Typen orientierten Begriffsbildung nutzen.

Ebenso sozialstaatlicher Unterstützung bedürfen ein partnerschaftliches Geschlechterverhältnis und die Kindererziehung unter den neuen Bedingungen⁴⁵. Die Erziehungszeiten der Arbeitskraftunternehmer und –unternehmerinnen dürfen dabei nicht mehr als vollständiger Arbeitsmarktaustritt konzipiert werden⁴⁶; der gegenwärtig diskutierte Rechtsanspruch auf Erziehungszeit könnte ein erster Schritt sein. Ohne lenkende Maßnahmen und



Foto: Thomas Diller, Bielefeld

Bewusstseinswandel⁴⁷ scheint der Weg zur Geschlechtergleichstellung auch hier noch weit zu sein.

VII. Ausblick

Es wäre fatal, wenn die Linke in der Entwicklung der Arbeitskraft unter den Bedingungen erweiterter Autonomie und Selbststeuerung nur ein politisch herbeigeführtes Manöver zur Zerstörung von Arbeitnehmerrechten sehen würde. Ebenso verhängnisvoll wäre es, die neuen Entwicklungen ohne weiteres auf der Habenseite des gesellschaftlichen Fortschritts zu verbuchen und die neue Generation von Arbeitenden als „Kinder der Freiheit“ anzusehen, die als selbstbewusste und gebildete Unternehmer ihrer selbst weder kollektiver Vertretung noch sozialen Schutzes bedürften. Der Neoliberalismus hat sich bislang vergeblich bemüht, ein solches Bewusstsein zu verallgemeinern.

Und schließlich scheint es nicht entschieden, dass nicht auch die neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus eine tragfähige, sozial regulierte rheinisch-europäische Variante hervorbringt. Das öffentliche Bild, wonach die neuere flexiblere anglo-amerikanische Variante mit der älteren und starren kontinentalen Erscheinungsform kämpfe, antizipiert unnötigerweise eine Niederlage des sozialeren Modells. Dass aber ein Kapitalismus, der seine neue Entwicklungsstufe auf der Basis hochentwickelter Technik und erweiterter Autonomie der Arbeitskraft erreicht, zwingend mit einer (De-)Regulierungsform verknüpft sein soll, die Bildungs- und Sozialabbau und einen Verlust an Mitentscheidungsrechten der Arbeitenden auf der betrieblichen und gesellschaftlichen Ebene einschließt⁴⁸, vermag nicht einzu-leuchten. Machtfragen müssen hierzu allerdings gestellt werden.

spw

¹ Günter Voß/Hans J. Pongratz, Der Arbeitskraftunternehmer, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1998, S. 131 ff.; dies., Zwischen Erfolgsunternehmer und modernem Tagelöhner, Interview in Die Mitbestimmung 11/1999, S. 18 f.
² In der IT-Industrie wird dieser Typus nach den Untersuchungen von Andrea Baukrowitz/Andreas Boes bereits in den nächsten Jahren kulturell prägend, vgl. dies., Ein neuer Arbeitskrafttyp entsteht, FR vom 2.3.2000.
³ IG-Metall trägt VW-Modell mit, FR vom 3.3.2000.
⁴ Frigga Haug, Arbeit, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM) Bd. 1, Sp. 409 ff.
⁵ Zu dieser Auseinandersetzung in diesem Kontext: Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? (1992), S. 90 ff.; weiter Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel, 2. A. (1999), S. 54 ff.
⁶ Wolfgang Fritz Haug, Aneignung, in HKWM Bd. 1, Sp. 246 ff.; Frigga Haug, Arbeit, in: HKWM Bd. 1, Sp. 419 f.
⁷ Voß/Pongratz, KzfSS 1998, S. 132, 155.
⁸ Für die IuK-Branche, Michael Schwemmlé, Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft, spw 104 (6/1998), S. 21, 24.
⁹ Heidi Gottfried, Flexibilisierung in: HKWM Bd. 4, Sp. 563 f. weist zu Recht darauf hin, dass Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und Kapitalkonzentration der letzten Jahre zusammenhängen.
¹⁰ Vgl. Hans Thie, Geist frisst Materie, Freitag Nr. 9 vom 25.2.2000, S. 6.
¹¹ Suzanne Franks, Das Märchen von der Gleichheit (1999), S. 90 f.
¹² Brigitte Stolz-Willig, Soziale Sicherung und Geschlechterrollen, spw 101 (3/1998), S. 32, 33 f.; Franks, S. 102 f.
¹³ Gottfried, Flexibilisierung, HKWM Bd. 4, Sp. 561.
¹⁴ Brigitte Stolz-Willig, Flexibilisierung der Arbeit – Chance für ein neues Geschlechterverhältnis?, Z- Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 41 (März 2000), S. 20, 26 ff.
¹⁵ Vgl. Ursula Beer, Geschlecht, Struktur, Geschichte (1990), S. 200 ff.
¹⁶ Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? (1992), S. 98 ff.
¹⁷ Gottfried, Flexibilisierung, HKWM Bd. 4, Sp. 564.
¹⁸ Wilfried Glißmann, Abschaffung der Zeiterfassung – Vertrauensarbeitszeit in Sozialismus Supplement 2/2000, S. 36. F.
¹⁹ Voß/Pongratz, KzfSS 1998, S. 132, 152.

²⁰ Dazu Interview mit Wilfried Glißmann, IBM-Betriebsratsvorsitzender in metall 1/2000, S. 11 ff.; metall- Titelbericht 2/2000; Wolfgang Trittin, Gilt das Arbeitszeitgesetz noch? In Arbeitsrecht im Betrieb 1999, S. 625 ff.; Hermann Groß/Eva Munz, Arbeitszeitwunsch und Wirklichkeit, spw 111 (1/2000), S. 25 ff.; Pickshaus/Peters/Glißmann, „Der Arbeit wieder ein Maß geben“, Sozialismus Supplement 2/2000-
²¹ Deutsch: „Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen Kapitalismus“ (1998).
²² Nach einer Untersuchung des Sigmund-Freud-Instituts haben von 1994 bis 1999 egoistische und konkurrenzorientierte Werthaltungen der Deutschen deutlich abgenommen, vgl. Anton-Andreas Guha, Deutsche haben ein wachsendes Bedürfnis nach Nähe, FR vom 22.1.2000.
²³ Zu den unterschiedlichen Entwicklungspfaden: Alain Lipietz, Die Welt des Postfordismus, Sozialismus Supplement 7-8/1997.
²⁴ Burkart Lutz, „Wir wissen nicht einmal, wie wir unsere Kinder erziehen sollen“, Interview, spw 101 (3/1998), S. 37 (40); Michael Vester, Alltagsbewusstsein und Gegenmacht in: Benz-Overhage/Jüttner/Peter, Zwischen Rätsozialismus und Reformprojekt (1994), S. 105, 114.
²⁵ Dazu Thomas Westphal, Kurzum in spw 110 (6/1999), S. 2 unter Bezug auf „Klaus Model“, den ideellen Gesamtarbeiter aus Kaspar Maase, Leben einzeln und frei (1987).
²⁶ Michael Schumann, Das Lohnarbeiterbewusstsein des „Arbeitskraftunternehmers“, SOFI-Mitteilungen – www.gwdg.de/dgsf
²⁷ Michael Vester, Gibt es eine ‚neue Mitte‘?, spw 111 (1/2000), S. 43 ff.; daraus wird deutlich, dass das Leitbild auch der modernen Arbeitnehmerschichten in Deutschland nicht im aufsteigerhaften Habitus des Julien Sorel (Sennett, S. 104) aus Stendhals „Rot und Schwarz“ oder eines Gerhard Schröder (Vester, S. 47) liegt.
²⁸ Uwe Kremer, Klassen im Umbau, Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 26 (Juni 1996), S. 60, 74 f.; Michael Vester, Zwischen Klassengesellschaft und Individualisierung, spw 90 (4/1996), S. 55, 59.
²⁹ Voß/Pongratz, KzfSS 1998, S. 131, 148 f.; Lutz, spw 101, S. 37, 40.
³⁰ Roland Springer, Kein Ende der Gruppenarbeit, Frankfurter Rundschau vom 26.1.2000; ders. in WSI-Mitteilungen 5/1999.
³¹ Sennett, S. 88 ff.
³² Werner van Treeck, Facharbeiter in: HKWM Bd. 4, Sp. 51 ff.
³³ Gerhard Zimmer, Beruf, in: HKWM Bd. 2, Sp. 163 f.
³⁴ Klaus Dörre, Postfordismus und industrielle Beziehungen, in: Bulmahn/von Oertzen/Schuster, Jenseits von Öko-Steuern (1995/96), S. 145, 162 ff.
³⁵ Für die IuK-Branche, Schwemmlé, spw 104, S. 21, 24.
³⁶ Voß/Pongratz, KzfSS 1998, S. 131, 155.
³⁷ Zimmer, Beruf, in: HKWM Bd. 2, Sp. 164 ff.
³⁸ Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel, S. 171 ff.; ders. Was soll aus dem Wohlfahrtsstaat werden?, spw 107 (3/1999), S. 49, 52; Jörg Deml/Olaf Struck-Möbbeck, Formen flexibler Beschäftigung, Sozialismus Supplement 3/1998, S. 38 ff.
³⁹ So auch Olaf Scholz, Falsche Themen und die Zukunft des sozialen Staates, spw 108 (4/1999), S. 19, 20; die von ihm mit diesem Argument verteidigte Reform löst das Postulat aber nicht ein.
⁴⁰ Udo Mayer/Ulrich Paasch, Ein Schein von Selbständigkeit (1990), S. 194 ff.
⁴¹ Butterwegge, spw 107, S. 49, 51.
⁴² Benjamin Mikfeld/Jessica Wischmeier, Innovation, Arbeit und ein neues Sozialstaatsverständnis, spw 102 (4/1998), S. 36, 39 ff.; vgl. Steffen Lehndorff, Durch Flexibilisierung zu weiterer Arbeitszeiterkürzung, spw 88 (2/1996), S. 28.
⁴³ Dazu Mayer/Paasch, S. 188 ff.
⁴⁴ Für die IuK-Branche dargestellt bei Schwemmlé, spw 104, S. 21, 25.
⁴⁵ Stolz Willig, Z 41, S. 20, 28 ff.; Franks, S. 276 ff.
⁴⁶ Stolz-Willig, spw 101, S. 32, 34 f.
⁴⁷ Franks, S. 286 ff.
⁴⁸ Sehr pessimistisch aus linker Sicht: Mario Revelli, Vom „Fordismus“ zum „Toyotismus“, Supplement Sozialismus 4/1997, S. 30 ff, der die Entwicklung zur „subalternen Demokratie“ unter dem Primat der Kapitalverwertung beschreibt; zu optimistischeren Perspektiven einer auch marktvermittelten Gesellschaft assoziierter Arbeit Joachim Bischoff/Michael Menard, Marktwirtschaft und Sozialismus (1990), S. 56 ff.

Es scheint nicht entschieden, dass nicht auch die neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus eine tragfähige, sozial regulierte rheinisch-europäische Variante hervorbringt.

28 Jahre Betriebsverfassungsgesetz

Ein Plädoyer für Veränderung

von Karin Benz-Overhage*

Das Gesetz ist in die Jahre gekommen

Von den Organisationsmustern, auf denen das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) aufbaut, hat sich die betriebliche Wirklichkeit längst entfernt. 1972, als es grundlegend novelliert wurde, galten Produktographen, Maschinenschreiber, Kugelkopfmachines und Hängeregistratur als moderne technische Ausstattung. Eine hierarchisch strukturierte, funktionale Organisation bestimmte zumeist die Abläufe und Entscheidungsprozesse in Betrieb und Unternehmen. Für die Struktur der Beschäftigten war das (männliche) Normalarbeitsverhältnis prägend. Bei einer Arbeitslosenquote von einem Prozent war Beschäftigungssicherung für die Betriebsräte kein Thema.

Automatisierte Fertigungssysteme, computergesteuerte Produktion, Informations- und Kommunikationstechniken wie vernetzte Abläufe prägen heute die Arbeitswelt in Betrieben und Verwaltungen. Vor allem auch die Dynamik organisatorischer Veränderungen in der Aufbau- wie Ablauforganisation der Betriebe, „Fabrik-in-der-Fabrik-Konzepte“, die permanente Reorganisation von Unternehmen wie neue Formen ökonomischer Abhängigkeit und Beherrschung entlang der Wertschöpfungsketten und die zunehmende Internationalisierung offenbaren den Realitätsverlust des Betriebsverfassungsgesetzes in den letzten Jahren immer deutlicher.

Hinzu kommt: Solange der Betriebsrat nur Beschäftigte vertreten kann, die in einem Arbeitsverhältnis

zum Betriebsinhaber stehen, lösen sich die personellen Grundlagen der betrieblichen Interessenvertretung zunehmend auf. Durch Fremdfirmeneinsatz, Werkverträge und wachsende Leiharbeit hat sich das Verhältnis von Stammebelegschaften und „fluktuierenden

Belegschaftsgruppen“ in nahezu allen Unternehmen gravierend verändert. Immer mehr Unternehmen heuern Zeitpersonal an, das – oft über Jahre, bei erheblich schlechteren Arbeitsbedingungen – die gleichen Jobs erledigt wie Festangestellte, aber bei „schlechter Auftragslage“ disponibel ist.

Immer mehr Beschäftigte verlieren den Schutz einer betrieblichen Interessenvertretung, obwohl ihre individuelle Schutzbedürftigkeit infolge prekärer Beschäftigung eher zunimmt.

Nach Angaben des IAB betrug der Anteil der „Normalarbeitnehmer“ in Westdeutschland 1996 nur noch 66% der Erwerbstätigen; zehn Jahre vorher waren es noch 77%. Fast eine Million Erwerbstätige arbeitet in der Grauzone von selbständiger und abhängiger Arbeit.

Es zeichnet sich die Tendenz ab, dass die vielfältigen Formen abweichender und atypischer Beschäftigungsverhältnisse gewissermaßen zu einer „neuen Normalität“ führen. Anfang der 70er Jahre standen einem „atypisch“ Beschäftigten fünf „Normalbeschäftigte“ gegenüber. Mitte der 90er Jahre lag dieses Verhältnis bei 1 : 2. Der Bericht der Zukunftskommission für Bayern und Sachsen prognostiziert für 2030, dass nur noch 10% aller Erwerbstätigen zu den Kernbelegschaften großer Netzwerkkunternehmen zählen, weitere 20% im öffentlichen Sektor; 80% in kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten werden, von denen dann aber 40% Selbständige seien.

Auch wenn diese Prognose sich so nicht bewahrheiten sollte, gilt doch schon heute: Immer mehr Beschäftigte verlieren den Schutz einer betrieblichen Interessenvertretung rechtlich, zumindest aber – wie Leiharbeiter – weitgehend faktisch, obwohl ihre individuelle Schutzbedürftigkeit infolge prekärer Beschäftigung eher zunimmt.

Auch die Mitbestimmungsstrukturen des BetrVG entsprechen nicht mehr oder nur noch unvollkommen den organisatorischen Strukturen und veränderten Entscheidungsprozessen der Praxis. Es sind vor allem die gravierenden strukturellen Veränderungen von Unternehmensorganisation und -politik, die den Betriebsräten die Arbeit erschweren. Die Zentralisierung von strategischen Entscheidungen bei gleichzeitiger Dezentralisierung von operativen Entscheidungen; ganzheitliche Rationalisierungs- und Reorganisationsstrategien; ein national wie international verschärfter Wettbewerb mit erhöhten Beschäftigungs- und Standortrisiken; aber auch die steigenden Informations- und Beteiligungswünsche der Beschäftigten erfordern deshalb, neben einer Neuausrichtung der Betriebsratsarbeit und der gewerkschaftlichen Betriebspolitik, vor allem auch eine Neujustierung der mitbestimmungspolitischen Instrumente der Betriebsverfassung.

Notwendig: ein erweiterter Betriebsbegriff

Die Betriebsräte fast aller Großbetriebe können eindrucksvoll schildern, was es bedeutet und an Kämpfen erfordert, bei Betriebsaufspaltungen, Outsourcing, unternehmerischer Reorganisation die Rechte der Beschäftigten zu sichern, Betriebsvereinbarungen zu retten, Tarifbindung zu erhalten. Und das alles müssen sie zumeist bei zugleich ständig aufgespaltenen, sich reorganisierenden und neu bildenden Betriebsratsgremien leisten. Fakt ist heute: Neue Unternehmens- und Betriebsorganisationen überschlagen sich geradezu. Die Strukturen betrieblicher Interessenvertretung sind hingegen weitgehend statisch angelegt.

Notwendig sind Lösungen mit mehr Flexibilität: Erleichterte Bedingungen für Übergangsmandate, damit keine betriebsratslosen Zeiten entstehen, wie auch eine realitätsnähere Definition eines Gemeinschaftsbetriebes (mehrere Unternehmen führen zusammen einen Betrieb; Folge: ein einheitlicher Betriebsrat). Entscheidendes Kriterium muss der betriebsorganisatorische Zusammenhang und nicht – wie bisher nach der Rechtsprechung des BAG – die „einheitliche Leitungsmacht“ in personellen und sozialen Angelegenheiten sein. Diese unterliegt weitgehend der Manipulation der Unternehmer.

*Karin Benz-Overhage ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Notwendig ist zugleich, den Konzernbetriebsrat obligatorisch zu machen und dabei auch ein generelles Vertretungsrecht für Betriebe und Unternehmen zu bekommen, in denen keine Vertretungsstrukturen existieren. Ein Konzernbetriebsrat muss auch gegründet werden können für Schwesterunternehmen, wenn die gemeinsame Mutter ihren Sitz im Ausland hat.

Letztlich geht es darum, ein Verständnis vom Betrieb zu erreichen, das sich nicht mehr nur auf räumliche Nähe beruft, sondern in erster Linie durch organisatorische Verbundenheit, auch durch neue Medien konstituiert ist. Und es geht zugleich darum – um der Dynamik zukünftiger, heute nicht absehbarer Veränderungen besser als in der Vergangenheit gerecht werden zu können – erweiterte Möglichkeiten zu schaffen, durch ergänzende Tarifverträge die Veränderungen betrieblicher Strukturen gestalten zu können (z.B. auf Sparten, Standorte bezogene Interessenvertretungen bilden zu können).

Notwendig: ein erweiterter Arbeitnehmerbegriff

Für viele Beschäftigte, die im Rahmen von Fremdfirmeneinsätzen als Leiharbeiter oder mit Werkverträgen arbeiten, besteht im „Einsatzbetrieb“ eine gravierende Schutzlücke. Der Betriebsrat des „entsendenden Betriebs“ (sofern überhaupt einer existiert) kann bestimmte Schutzfunktionen, z.B. im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Ordnung des Betriebes, gegenüber technischen Kontrollen, gar nicht wahrnehmen. Dies kann nur der Betriebsrat des „Einsatzbetriebes“. Notwendig sind daher erweiterte Rechte dieser Betriebsräte, auch solche Beschäftigtengruppen ganz oder zumindest in Teilaspekten zu vertreten. Warum soll nicht dem Betriebsrat des Einsatzbetriebes das Recht zugestanden werden, Beschäftigte aus Fremdfirmen in den Belangen zu vertreten, die die unmittelbare Arbeitssituation berühren? Und was spricht dagegen, Leiharbeitnehmern, deren Überlassungszeit 12 Monate betragen kann, wie den befristeten Beschäftigten das aktive Wahlrecht einzuräumen? Damit würden sie zwei Betrieben angehören und so den Schutz eines Betriebsrats auch im Einsatzbetrieb haben. Es geht also im Prinzip darum, Schutzlücken durch erweiterte Vertretungsrechte der Betriebsräte für „atypische“ Beschäftigtengruppen zu schließen.

Terrain zurück gewinnen

Die Novellierung von 1972 hatte bezüglich der Zahl an Betrieben mit Betriebsrat eine positive Entwicklung eingeleitet und begleitet. Zwischen 1968 und 1981 wuchs die Zahl der Betriebsratsgremien um fast 50%; die der Betriebsratsmitglieder um 40%! Das ist einerseits als Ergebnis des 72er-Gesetzes, andererseits allerdings auch als Ausdruck der politischen Reformstimmung des „Mehr Demokratie wagen“ zu werten.

Zwischen 1981 und 1990 sank die Zahl der Gremien dann um 10%; die der Mandate um 8%. Ausschlaggebend für diese Rückentwicklung waren Strukturveränderungen in den Betrieben und Belegschaften, die vor allem die traditionell gut organisierten Industriebereiche betrafen. Die neu entstehenden Wirtschaftsbereiche konnten nicht in gleicher Weise „erobert“ werden. Diese Prozesse sowie das gleichzeitige Anwachsen der Zahl von Klein- und Mittelbetrieben löst immer mehr Beschäftigte aus Mitbestimmungszusammenhängen heraus bzw. lässt viele von vornherein außen vor.

Besonders besorgniserregend ist die Vertretungslücke in Kleinbetrieben. Nach aktuellen Untersuchungen hatten

Foto: Thomas Diller, Bielefeld



1997 in Westdeutschland lediglich 7,5% der Betriebe mit 5 bis 20 Beschäftigten einen Betriebsrat; in Ostdeutschland waren es 5,7%. Bei Betrieben von 21 bis 100 Beschäftigten waren es 37,6%, in Ostdeutschland 32,8%. Das sind dramatische Zahlen, die ihre Begründung oftmals in der „Gewerkschaftsferne“ solcher Belegschaften, der Nähe ihrer Arbeitnehmer zum Arbeitgeber, aber auch im komplizierten Wahlverfahren zur Gründung eines Betriebsrates haben.

Der Terrainverlust der Betriebsräte, der auch in großbetrieblichen Bereichen infolge von Erosions- und Umstrukturierungsprozessen entstanden ist, muss zweifellos durch verstärkte gewerkschaftliche Präsenz und Aktivitäten ausgeglichen werden. Das Terrain Klein- und Mittelbetriebe muss allerdings auch mit Hilfe eines entbürokratisierten Wahlverfahrens erschlossen werden. Eine weitgehende, dennoch demokratischen Gepflogenheiten entsprechende Vereinfachung des Wahlverfahrens (z.B. Wahl in einer Betriebsversammlung) würde nach gewerkschaftlichen Erfahrungen mit Sicherheit dazu führen, dass die Zahl der Betriebsräte erheblich ansteige. Denn wie oft ist in der Vergangenheit die Bildung von Betriebsräten an Einschüchterungen kurzfristiger Arbeitgeber gescheitert, die ihren Belegschaften „klar machten“, dass man keinen Betriebsrat brauche.

Eigentlich müssten auch die „ewigen Deregulierer“ im Arbeitgeberlager die Entbürokratisierung unterstützen. Vereinfachung des Wahlverfahrens erspart Kosten und würde mit weniger Anfechtungen beim Arbeitsgericht einhergehen.

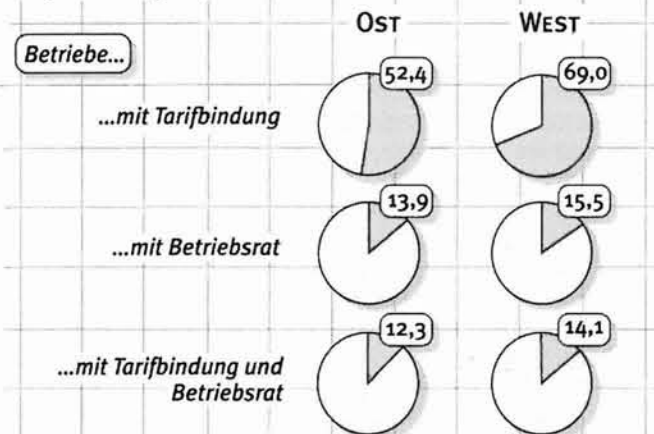
Wieviele Quote verträgt die Betriebsverfassung?

Die Arbeit der Betriebsräte wurde in der Vergangenheit, trotz kontinuierlichen Strukturwandels in den Belegschaften, von der Gruppe der Arbeiter und innerhalb dieser Gruppe von Männern dominiert. In einer Zeit, in der Angestellte in fast allen Betrieben die Minderheit stellten,

Es geht darum, ein Verständnis vom Betrieb zu erreichen, das sich nicht mehr nur auf räumliche Nähe beruft, sondern durch organisatorische Verbundenheit, auch durch neue Medien konstituiert ist.

Betriebe: Fünf von sechs ohne Betriebsrat

Repräsentative Umfrage 1995; Basis: 9 000 Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten, in %



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

waren die Sonderregelungen für Arbeiter und Angestellte angemessen. Heute sind sie – angesichts der Annäherung der Tätigkeiten sowie der Tatsache, dass in einer Vielzahl der Betriebe die Angestellten die Mehrheiten stellen – anachronistisch. Dass sich in den Interessenvertretungen längst ein Strukturwandel vollzogen hat, zeigt sich darin, dass die Betriebsratswahlen überwiegend als gemeinsame Wahl durchgeführt werden (1990: 67%, 1998: 74%).

Die IG Metall plädiert deshalb entschieden für die Abschaffung der Sonderregelungen für Arbeiter und Angestellte; zugleich aber für eine Quotierung nach Geschlechtern. Denn trotz der Sollvorschrift des BetrVG, die Geschlechter ihrem Verhältnis entsprechend zu berücksichtigen, und nicht zu leugnenden Bemühungen bei vielen Betrieben, den Frauenanteil in den Betriebsräten zu steigern, hat jede Betriebsratswahl bislang dieses Ziel verfehlt. Auch bei

einer Quotierung darf die Wahl eines Betriebsrates allerdings nicht daran scheitern, dass nicht genügend Frauen zur Kandidatur bereit sind.

Verbesserte Arbeitsbedingungen für Betriebsräte

Auch die Arbeitsgrundlagen der Betriebsratsarbeit entsprechen nicht mehr aktuellen Anforderungen. Betriebsratsarbeit erfordert heute ein hohes Maß an fachlicher Professionalität wie an sozialer und methodischer Kompetenz, um Beteiligung der Belegschaft organisieren zu können, sich in Verhandlungsprozessen behaupten zu können, Kooperationsstrukturen aufbauen und sachverständige Unterstützung erschließen zu können. Angesichts der Tatsache, dass Betriebsräte sich heute um Fragen der Arbeitsorganisation wie vorausgreifender Qualifizierung, der Sicherung von Beschäftigung und Standorten, die Gestaltung komplexer Arbeitszeitsysteme, vieles mehr – zusätzlich zu ihrer „traditionellen Schutzaufgabe“ – kümmern müssen, sind ihre gesetzlich verankerten Arbeitsbedingungen anachronistisch.

Es ist alarmierend und skandalös, dass selbst in Unternehmen, die Informationstechnologien vermarkten – wie bei SNI, Digital, Siemens, Dell – die Nutzung der „hausinternen“ Kommunikationsmittel durch die Betriebsräte in den letzten Jahren in Frage gestellt wurde. Und es entspricht nicht den qualitativ und quantitativ gestiegenen Anforderungen an Betriebsratsarbeit, wenn Betriebsräte das Hinzuziehen von Sachverständigen sich in oftmals langwierigen Prozeduren mühsam erstreiten müssen, während die Geschäftsleitungen, assistiert von einer Vielzahl an Beratern, Fakten schaffen.

Es ist also dringend erforderlich, im Rahmen der Novellierung eine uneingeschränkte Technologienutzung für die Betriebsräte festzuschreiben und die Einschaltung von Sachverständigen so zu erleichtern, dass eine „krasse wie sanfte“ Behinderung der Betriebsratsarbeit durch Verweigerung keine Chance mehr hat. Rechtsanwälte können ohne Zustimmung des Arbeitgebers eingeschaltet werden. Mit diesem Recht wird seitens der Betriebsräte verantwortungsvoll umgegangen. Warum soll in der Frage Hinzuziehung von Sachverständigen nicht in gleicher Weise verfahren werden können?

Es geht allerdings nicht nur um „externe“ Sachverständige. Für Betriebsräte wird es immer wichtiger, die Beschäftigten bei der Lösung vielfältiger Probleme zu beteiligen. Auch die Arbeitnehmer drängen immer stärker darauf, als „Experten in eigener Sache“, in Fragen ihrer Arbeitsbedingungen gehört und beteiligt zu werden. Die Arbeitgeber nutzen dieses Potenzial im Rahmen neuer Produktionskonzepte, bei qualitätssichernden Strategien. Die Rechte der Betriebsräte in Fragen der Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen auszuweiten, ist für die Gewerkschaften ein Kernstück der Modernisierung der Betriebsverfassung.

„Freistellungen“ veränderten Bedingungen anpassen

Die Arbeitsbedingungen der Betriebsräte sind allerdings auch in anderer Hinsicht auszubauen. Da die Tendenz zu immer kleineren Betrieben fortschreitet, müssen sowohl die Schwellenwerte für Freistellungen gesenkt (ab 200 Beschäftigten) als auch Teilfreistellungen ermöglicht werden. Im Organisationsbereich der IG Metall sind in ca. 81% der Betriebe keine gesetzlichen Freistellungen mehr möglich. Das behindert die notwendige weitere Professionalisierung von Betriebsratsarbeit. Andererseits geht es darum, Teilzeitfreistellungen klarzustellen, um die immer wichtiger werdende Vereinbarkeit von Ausübung des Betriebsratsmandats und beruflicher Karriere zu erleichtern, was insbesondere für Betriebsratsmitglieder wichtig ist, die aus beruflichen Bereichen kommen, die – wie z.B. in der IT-Branche – einem starken Veränderungsdruck ausgesetzt sind.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz ausbauen

Erweiterte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte müssen sich – auch im Interesse der Sicherung von Beschäftigung wie der Innovationsfähigkeit – auf mehr Beteiligung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz stützen. Ein wichtiger Punkt hierfür ist die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Möglichkeit, dass der Betriebsrat in Rahmenvereinbarungen begrenzte Mitbestimmungsrechte (z.B. Fragen der Urlaubsplanung, des Freizeitausgleichs, Durchführung von Gruppengesprächen) auf Arbeitsgruppen übertragen kann. Letztlich soll er jedoch das Recht behalten, falls erforderlich, „seine Mitbestimmung“ zu-

Eine weitgehende Vereinfachung des Wahlverfahrens würde nach gewerkschaftlichen Erfahrungen mit Sicherheit dazu führen, dass die Zahl der Betriebsräte erheblich anstiege.

rück zu holen und selbst auszuüben. Die Gewerkschaften setzen sich zugleich dafür ein, die Vorschlags- und Beschwerderechte einzelner Beschäftigter wie von Gruppen auszubauen und das Recht auf Meinungsäußerung und Leistungsverweigerung zu verbessern.

Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist dabei keine Alternative oder Ersatz für Betriebsratsrechte. Im Gegenteil: Beide müssen sich ergänzen. Das geht nicht mit einem „Machtverlust“, wohl aber mit einem veränderten Rollenverständnis des Betriebsrats einher. Er sorgt dafür, dass Mitbestimmung auf dem Shop-floor funktioniert, Gruppenegoismen begrenzt, gesetzte Standards eingehalten werden und gewinnt Zeit, stärker in den Feldern tätig zu sein, die gesamtbetrieblich zu verhandeln und zu lösen sind.

Durch Stärkung der Rechte einzelner Arbeitnehmer, durch gesicherte Beteiligungsrechte sollte unseres Erachtens letztlich ein System direkter Partizipation entstehen, das in der Praxis mit dem System der repräsentativen Mitbestimmung, also der Mitbestimmung des Betriebsrats, der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und den Handlungsmöglichkeiten im Europäischen Betriebsrat zu einer wirkungsvollen Interessenpolitik zu vernetzen ist.

Mitbestimmung ausbauen

Für zwei Drittel aller Betriebsratsgremien stehen Probleme des Personalabbaus und der Beschäftigungssicherung im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die Betriebsräte klagen, dass sie keine geeigneten Instrumente hätten, vorausschauend und aktiv Beschäftigung zu halten. In vielen Unternehmen sind die Betriebsräte gleichwohl unter dem Druck verschärften Standortwettbewerbs und angesichts der Tatsache, dass das Management vielfach versagt, notwendige Prozessverbesserungen und Produktinnovationen verschleppt, in die Rolle von Innovatoren geschlüpft und leisten – weit über den Handlungsrahmen der Betriebsverfassung hinaus – im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen entscheidende Beiträge zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Sanierung und Modernisierung der Betriebe. Dabei sind betriebliche Interessenvertreter gerade mit Blick auf den Erhalt der Arbeitsplätze zunehmend gefordert, mit eigenen Vorschlägen und Initiativen zur Prozessverbesserung und Produktdiversifikation bzw. Innovation frühzeitig sich in die Unternehmensplanung und -politik einzumischen.

Solche Aktivitäten bedeuten, dass Betriebsräte sich – zusätzlich zu ihrer traditionellen, gesetzlich verankerten Schutzfunktion – auf die weitgehend unabgesicherte Funktion einer Art präventiven, kritischen Co-Managements einlassen müssen. Dies unterstreicht, dass eine erweiterte Mitsprache und Initiativrechte der Betriebsräte gerade im Interesse zukunftsfähiger Antworten auf Beschäftigungsprobleme zwingend ist. Die freiwilligen Vereinbarungen, die z.B. im Wege von Standortsicherungsverträgen erreicht wurden, sind kein Argument, dass es auch ohne gesetzliche Grundlage funktioniert. Sie sind oft mit bitteren Zugeständnissen (Abbau betrieblicher Sozialleistungen, Anrechnung übertariflicher Leistungen) erkaufte worden, auf Großbetriebe beschränkt und letztlich auch vom „guten Willen“ des Managements abhängig.

Viele Betriebsräte machen immer wieder die Erfahrung, dass „aktives Einmischen“ in die sogenannte unternehmerische Verantwortung gar nicht gewünscht ist. Wir wollen nicht darauf angewiesen bleiben, dass man da oder dort in den Betrieben auf Vorschläge der Betriebsrä-

te und Arbeitnehmerseite zurückgreift, solche Aktivitäten aber ablehnt, wenn sie nicht in die Schablone kurzfristiger Kostensenkungsmaßnahmen passen.

Bislang gibt es kein Initiativrecht für eine aktive Qualifizierungspolitik; nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte im personellen Bereich. Die Rechtsprechung des BAG, was Inhalt von „erzwingbaren“ Sozialplänen und „nicht erzwingbarem“ Interessenausgleich sein darf, ist sehr restriktiv. Wenn man in Rechnung stellt, dass die Unternehmen auf Krisen in erster Linie zu 80% mit Personalabbau reagieren, kaum Markterschließung und neue Produkte in Betracht ziehen, zeigt sich, dass eine Mitsprache der Betriebsräte auch und gerade im Interesse innovativer Antworten auf Beschäftigungsprobleme unerlässlich ist.

Notwendig sind gesicherte Mitbestimmungsrechte, mehr Mitbestimmung der Betriebsräte in Fragen der Arbeitsorganisation und -gestaltung, bei der Qualifizierung wie bezüglich der Entwicklungs- und Innovationspolitik der Unternehmen.

Nun wird in Diskussionen, ob und wie das rechtlich gestaltbar sei, schnell das Schreckgespenst hervorgeholt, die Einigungsstelle hätte dann über Alternativen, was wird wie produziert, zu entscheiden. Darum geht es nicht. Praktische Ansatzpunkte sind Initiativ- und Mitbestimmungsrechte in Fragen der Qualifizierung und Veränderung der Arbeitsorganisation; beschäftigungserhaltende Maßnahmen in einem „erzwingbaren“ Interessenausgleich; Erweiterung des inhaltlichen Anwendungsbereichs von Sozialplänen (z.B. bezogen auf Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften).

Ansatzpunkte sind zum anderen mehr prozedurale Rechte für Betriebsräte. Die Praxis „freiwilligen Co-Managements“ gibt durchaus Hinweise, wie das gestaltet werden kann. So sind z.B. in der Automobilindustrie durchweg Outsourcing-Regelungen abgeschlossen worden, die durch verstärkte Informations- und Beratungsrechte eine Mitsprache des Betriebsrats sichern und die teilweise ihm das Recht einräumen, zusammen mit dem betroffe-

Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist dabei keine Alternative oder Ersatz für Betriebsratsrechte. Im Gegenteil: Beide müssen sich ergänzen.



Foto: Thomas Diller, Bielefeld



nen Bereich ein „letztes Angebot“ zu machen. Ist dieses je nach Vereinbarung „vergleichbar“ mit den Kosten bei einer Fremdvergabe, hat die Arbeit im Unternehmen zu verbleiben. Eine solche Konkretisierung der Informations- und Beratungsrechte sollte der Betriebsrat auch erzwingen können. Die z.Z. dem entgegenstehende Rechtsprechung des BAG sollte vom Gesetzgeber korrigiert werden. Der Betriebsrat muss sowohl eine entsprechende Verfahrensordnung als auch eine Vollzugs- und Kontrollordnung durchsetzen.

Tarifvorbehalt sichern

Jede Debatte um eine Novellierung der Betriebsverfassung provoziert bei Teilen der Arbeitgeber, ihrer Verbände und ihnen nahestehenden Politikern die Forderung, den § 77 Abs. 3, den sog. Tarifvorbehalt, dann aber zu streichen.¹ Neueste Forderung – nach vorübergehender Beruhigung im „Lager“ – ist der Vorschlag der FDP, Lohn und Arbeitszeiten sollten, insbesondere im Hinblick auf eine Unterschreitung der tariflichen Bestimmungen

(was sonst!) in Betriebsvereinbarungen geregelt werden können, wenn 75% der betroffenen Arbeitnehmer zustimmen.

Die Betriebsräte sind, wie zuletzt eine Befragung des WSI von 2000 Betriebsräten (1998) eindrucksvoll bestätigt hat, schon gegenüber tariflichen Öffnungsklauseln sehr skeptisch. Sie werden nur von 12% der Betriebsräte im Westen, von 9% im Osten begrüßt; die anderen beurteilen sie als zwiespältig bzw. problematisch.

Der Tarifvorbehalt ist elementare Voraussetzung der Tarifautonomie. Eine Änderung, auch im Sinne einer 75%-Klausel, ist strikt abzulehnen: Das würde den ohnehin vorhandenen Druck auf Belegschaften und Betriebsräte unerträglich steigern, das gegenseitige Ausspielen von Arbeitnehmern, Betriebsräten und Gewerkschaften fördern, die Durchsetzungskraft der „Arbeitnehmerseite“ letztlich unendlich schwächen, da jede be-

triebliche Regelung der Friedenspflicht der BetrVG unterliegt.

Novellierung politisch durchsetzen

Die Bundesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung für eine „grundlegende Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes“ ausgesprochen. Die ersten Gespräche zwischen Gewerkschaften und Vertretern der Koalitionsparteien – auch jüngste Äußerungen des Bundesarbeitsministers – zeigen, dass partielle Übereinstimmung zu wesentlichen, jedoch nicht allen zentralen Reformvorstellungen der Gewerkschaften besteht. Es wäre allerdings naiv anzunehmen, vor diesem Hintergrund könnte sich die Novellierung im Verlauf weiterer Gespräche quasi zu einem „Selbstläufer im Arbeitnehmerinteresse“ entwickeln.

Im Unternehmerlager formiert sich massiver Widerstand. Mit Horrorszenarien schießen sich die Herren gegen die Novellierung ein: Sie wäre eine „kalte Ausspernung der Unternehmer“ und der „Einstieg in die Vergesellschaftung der Betriebe“; „die unternehmerische Handlungsfähigkeit in Deutschland wäre beendet“, „Mitbestimmung sei nicht mehr zeitgemäß, zu teuer und schwerfällig“.

Die Skeptiker seien daran erinnert (die „Verhinderer“ sind wohl kaum argumentativ zu erreichen): Auch 1972 hieß es „lästig, sinnlos, kostenträchtig“. Unmittelbar nach In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes begannen die Auseinandersetzungen um die Realisierung in der betrieblichen Praxis. Allein die IG Metall musste damals 5000 Klageverfahren vor den Arbeitsgerichten zur Durchsetzung der Weiterbildungsansprüche der Betriebsräte führen. Aber schon auf der Veranstaltung „1000 Tage Betriebsverfassungsgesetz“ bekannte der Personalvorstand eines namhaften Chemiekonzerns „Das Betriebsverfassungsgesetz müsste erfunden werden, wenn es nicht schon real existierte.“ Da wir nicht auf Einsicht bauen können, gilt: Die Gewerkschaften haben sich auf eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung einzustellen, in der es nicht in erster Linie um die Änderung des einen oder anderen Paragraphen geht. Es geht dabei um Macht und Einfluss, um die Zukunft von Arbeitnehmerrechten und die Zukunft von Mitbestimmung. Und es geht dabei um die Frage, ob die Bundesregierung die Kraft und Entschiedenheit gegenüber den Unternehmern findet, wirkliche Reformen auf den Weg zu bringen. Die Novellierung der Betriebsverfassung wird der Testfall sein, wie ernst die Koalitionsparteien und die Bundesregierung ihr Versprechen nehmen, auch die „qualifizierte Mitbestimmung“ in den Unternehmen wie in Europa zu sichern und auszubauen.

spw

Literatur

- Wassermann, W.; 2000: Reformbedarf des Betriebsverfassungsgesetzes, Kassel
- Benz-Overhage, K., Klebe, Th.; 2000: Novellierung der Betriebsverfassung, Betriebsverfassung im 21. Jahrhundert, in: Arbeitsrecht im Betrieb, Heft 1/2000
- Benz-Overhage, K.; 2000: Neue Anforderungen an die Betriebspolitik, in: WSI-Mitteilungen, Heft 1/2000
- Riester, W.; 2000: Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zur „Reform der Betriebsverfassung“ am 16.02.2000

¹ Der Absatz lautet: „Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein. Dies gilt nicht, wenn ein Tarifvertrag den Abschluß ergänzender Betriebsvereinbarungen ausdrücklich zuläßt.“ Anm. d. Red.

1. Entfesselter Kapitalismus – labile Gewerkschaftsposition

Die in den 70er Jahren einsetzende Deregulierung der Wirtschaft und Liberalisierung der Kapitalmärkte und die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte haben die Vormachtstellung des Kapitals weiter gestärkt. Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften und dem Wegfall der Systemkonfrontation ist die Bereitschaft großer Teile des Kapitals noch weiter zurückgegangen, sich auf geregelte Mitbestimmungsrechte einzulassen. Unter dem Druck der weltweiten Kapitalmobilität, der verschärften Konkurrenz, dem Umbau der Unternehmensnetze und dem Übergang zur Orientierung auf den Shareholder value gerät die deutsche Konzeption der Mitbestimmung weiter in die Defensive. Bei einem Teil der Unternehmerverbände und ihrer politischen Partner werden alle Ansätze eines korporativen Kompromisses, der Rechte der Belegschaften und der Mitbestimmung als Widerspruch zum Wettbewerb über die höchstmögliche Rendite des Kapitals, der Verschlinkung der Unternehmen und der Interessen der Aktionäre gesehen. Andere Strömungen halten wegen des „sozialen Friedens“ am Mitbestimmungsgedanken fest. Auch ihnen geht es nicht mehr um die Entwicklung einer Machtbalance von Kapital und Arbeit, nicht mehr um Partnerschaftsideologie, sondern um betriebswirtschaftliche Wettbewerbsorientierung, die gemeinsam getragen und entwickelt werden soll. Mit Beschäftigungs- und Sicherungsverträgen, betrieblichen „Bündnissen für Arbeit“ und der damit einhergehenden Standortideologie wurden Betriebsräte unter Druck gesetzt. Sie haben allzu oft die Aushöhlung tarifvertraglicher Rechte und ihrer gesetzlichen Mitbestimmungsrechte nicht verhindern können. Während dessen wird der bislang unbestrittene Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit – bis dahin Grundlage gewerkschaftlicher Erkenntnis und Programmatik – auch in Gewerkschaften vielfach in Frage gestellt.

Nach dem gescheiterten Versuch, das DGB-Grundsatzprogramm auf diese Linie festzulegen, wird mit den Empfehlungen der von der Bertelsmann- und der Hans-Böckler-Stiftung eingesetzten „Mitbestimmungskommission“ ein weiterer Versuch unternommen, die gewerkschaftliche Mitbestimmungspolitik auf die Unterordnung der Arbeitnehmerinteressen festzulegen. Die anstehende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes kann zu einer wichtigen Weichenstellung führen.

2. Die „Kommission Mitbestimmung“ und die Verbetrieblichung der Mitbestimmung

Die beiden Stiftungen haben in die „Kommission Mitbestimmung“ 35 sachverständige Persönlichkeiten aus Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften, aus Politik und Wissenschaft berufen, darunter der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, weitere Vorsitzende bzw. Geschäftsführende Vorstandsmitglieder aus Mitgliedsgewerkschaften des DGB. Nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung wurden die Mitglieder als „Experten“ ausgewählt und nicht als Vertreter ihrer Organisationen. Die „Mitbestimmungskommission“ kam von Juni 1996 bis April 1998 zu insgesamt 15 Hearings und Ausschuss-Sitzungen zusammen. Die Seriosität der Bezeichnung hochrangiger Repräsentanten als „Experten“ ist zweifelhaft. Sollten die Gewerkschaftsvertreter als „Experten“ für eine inhaltliche Umwidmung der Mitbestimmung instrumentalisiert, von der Vertretung ihrer Beschlusslage entpflichtet werden? Dies alles hat jedenfalls

Mitbestimmung muss Gegenmacht bleiben

Zur Kritik der Mitbestimmungskommission von Bertelsmann- und Hans-Böckler-Stiftung

von Ewald Wehner*

den DGB-Vorsitzenden nicht davon abhalten können, am 19.05.1998 die 26 Empfehlungen der „Mitbestimmungskommission“ dem damaligen Bundespräsidenten Herzog als „unser gemeinsamer Beitrag zu der Erneuerung unserer Gesellschaft“ zu überreichen.

In der Zusammenfassung des Berichts der Stiftungskommission heißt es apodiktisch: „Am Ende der 90er Jahre ist Mitbestimmung in keiner denkbaren Zukunft mehr etwas anderes als ein Element der einzelwirtschaftlichen Leitungs- und Entscheidungsstruktur (corporate governance) vom am Markt konkurrierenden Unternehmen, unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten.“ Nachdem die „Verbetrieblichung“ der Mitbestimmung anerkannt ist, folgt eine Umdefinition ihrer Funktion: Sie schaffe eine „Infrastruktur betrieblicher Kooperation“: „Die deutsche Mitbestimmung hat vor allem auch dadurch zu vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beigetragen, dass sie die Beteiligungsrechte der Belegschaften gesetzlich absichert“ (§. 113 des Kommissionsberichts). Die Kritik an § 49 Abs. 1 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) von 1952 (sowie an § 2 Abs. 1 der Novelle von 1972) wäre damit aufgegeben. Der Betrieb steht auch in den übrigen Empfehlungen der Stiftungskommission im Mittelpunkt. „Die Verantwortung für eine produktive Nutzung liegt vor allem auf der betrieblichen Unternehmensebene“ (Empfehlung 5). „Mitbestimmungsrechte als verbindliche Grundlage autonomer Gestaltung in vielfältigen und zunehmend unterschiedlichen Situationen ist auch in Zukunft zur Entlastung von Konflikten und zur Unterstützung von prozessorientierter Kooperation unentbehrlich“ (Empfehlung 10). Dort, wo es um die Unternehmensmitbestimmung geht, wird unkritisch eine „Verbetrieblichung“ konstatiert.

Von der Einsicht in die Notwendigkeit der Begrenzung der Machtasymmetrie und der konkreten Utopie der Demokratisierung der Wirtschaft bleibt im Bericht der „Mitbestimmungskommission“ nichts mehr übrig.

* Ewald Wehner war Personalratsvorsitzender, Gewerkschaftssekretär bei der Deutschen Postgewerkschaft, zuletzt Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes, zuständig für Tarif- und Beamtenpolitik, Mitverfasser mehrerer Gesetzeskommentare, seit über 30 Jahren ehrenamtlicher Arbeitsrichter, derzeit Beisitzer beim Bundesarbeitsgericht.

Foto: Thomas Diller, Bielefeld



Von der Einsicht in die Notwendigkeit der Begrenzung der Machtasymmetrie und der konkreten Utopie der Demokratisierung der Wirtschaft

Der arbeitsrechtliche Grundsatz, nach dem gewerkschaftliche Forderungen, die tarifvertragsfähig auch arbeitskampffähig sind, wird von der „Mitbestimmungskommission“ in Frage gestellt.

bleibt im Bericht der „Mitbestimmungskommission“ nichts mehr übrig. Mitbestimmung, so heißt es, soll sich künftig in einem Prozess „kooperativer Modernisierung“ bewähren und flexibel auf die Herausforderungen der Innovation und der Weltmarktkonkurrenz reagieren. Leitbild ist

nicht mehr die Demokratisierung der Wirtschaft, sondern die Pflege des Wirtschaftsstandortes, wenn der Vorteil der

Mitbestimmung vor allem daran festgemacht wird, dass sie „durch gemeinsame Gestaltung zu einem deutschen Standortvorteil ausgebaut werden“ kann. Nicht mehr gewerkschaftliche Gegenmacht gilt es zu stärken. Die neue Mitbestimmung soll sich in Standortsicherungsakten bewähren. Der „Sachzwang Globalisierung“ wird von der Kommission nicht einmal mehr ansatzweise kritisch hinterfragt.

Für das Aushandeln von Vereinbarungen gilt das Prinzip der „lokalen Optimierung“, die „in der einzelfallgerechten Verbreitung der sich entwickelnden ‚Practice‘ von Mitbestimmung in modernen Unternehmen eine wichtige mitbestimmungspolitische Gestaltungsaufgabe der Zukunft“ ist (S. 14). Die Mitbestimmung wird dem Ziel der Standortsicherung des einzelnen Unternehmens nicht nur untergeordnet, sondern sie wird dafür explizit instrumentalisiert.

Anders als in der gewerkschaftlichen Beschlusslage, ist offenkundig die „Mitbestimmungskommission“ nicht an einer gesetzlichen Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte interessiert. Sie gibt in ihren Empfehlungen dezentralisierten Verhandlungslösungen durch Betriebsvereinbarungen oder Tarifvertrag den Vorrang: „Ziel zukunftsorientierter Mitbestimmungsgestaltung muss sein, die Mitbestimmung mehr als bisher für Verhandlungslösungen zu eröffnen, ohne die befriedende und vertrauensschaffende Funktion der gesetzlichen Grundlage der Mitbestimmung zu gefährden. Als Instrumente hierfür kommen u. a. tariflich und freiwillig zu vereinbarende Betriebsverfassungsnormen nach §§ 3 und 4 des Tarifvertragsgesetzes und nach § 3 des Betriebsverfassungsgesetzes zur Struktur und Arbeitsweise der Mitbestimmungsorgane in Frage. Voraussetzung ist freilich, dass Bedenken wegen einer möglichen Erstreikbarkeit zusätzlicher Mitbestimmungsrechte ausgeräumt werden.“ (Empfehlung 8)

Abgesehen davon, dass der arbeitsrechtliche Grundsatz, nach dem gewerkschaftliche Forderungen, die tarifvertragsfähig auch arbeitskampffähig sind, in Frage gestellt wird, ist dies eine der wenigen Stellen des Berichts der „Mitbestimmungskommission“, wo deutlich wird, dass Mitbestimmungsrecht mehr sein kann als „prozessorientierte Kooperation“.

Bei der Bildung von Betriebsräten hält die „Mitbestimmungskommission“ nichts von einem direkten Zugriff des Gesetzgebers. Stattdessen erwartet sie, von den Erfahrungen der Praxis auszugehen und gesetzliche Eingriffe vor allem an dem Ziel zu orientieren, vorhandene und neu zu entwickelnde Ansätze zur Selbstorganisation zu fördern. Dabei geht es offensichtlich weniger um funktionsfähige Betriebsräte, die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen oder gar Betriebsdemokratie, sondern um Voraussetzungen, die gewährleisten, dass durch Öffnungsklauseln durchlöcherter Tarifverträge auf der betrieblichen Ebene auch angewendet werden können: „In dem Maße, in dem flexiblere Flächentarife Regulierungsfunktion auf die Betriebsparteien übertragen, gefährdet die geringe Verbreitung von Betriebsräten in Klein- und Mittelunternehmen auch die Reform des Tarifvertragswesens und damit die Funktionsfähigkeit des dualen Systems der industriellen Beziehungen insgesamt.“ (Empfehlung 14) Mit anderen Worten: „Mitbestimmungslücken“ durch betriebsratslose Betriebe sollen geschlossen werden, indem Arbeitgeber und Beschäftigte in Selbstorganisation sich auf die Bildung eines Betriebsrats einigen, damit die im Tarifvertrag ent-

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

<http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum/kw.htm>

Heft 1/2000: Antirassismus: Positionen und Widersprüche

Ein bislang weitgehend unerforschtes Terrain: Strategien gegen rassistische Diskriminierung aus der Sicht von Betroffenen. Mit Beiträgen von Araba Johnston, Ljubomir Bratic u.a.

Heft 2: Leitbild Unternehmer. Neue Selbständige, Wettbewerbsstaat & Gesellschaftspolitik

Der Begriff des Unternehmers ist zum positiven Leitbild des ganzen Lebens geworden: Alle Organisationen, Staat und bislang Lohnabhängige sollen sich „unternehmerisch“ verhalten. Was heißt das für Gesellschaftspolitik und die Organisation der Ökonomie? Mit Beiträgen von Nikolas Rose, Joachim Hirsch, Jörg Flecker, Eva Angerler, Stephan Geene u.a.

Heft 3: Osteuropa zwischen Integration und Desintegration

Welche Auswirkungen hat die EU-Osterweiterung auf die Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen regionalen und sozialen Unterschiede in Osteuropa und welche Rückwirkungen auf die EU? Mit Beiträgen von Zsuzsa Ferge, Laszlo Andor, Ursula Filipic u.a.

Heft 4: Die grosse Wirtschaftskrise?

Mit Beiträgen von Kurt Hübner, Jean-Francois Vidal, Joachim Becker u.a.

Jahresabo DM 57.- (Studis DM 30.-); Einzelheft DM 20.-
Bestellungen an beigewum@iname.com oder Sonderzahl
Verlag, Große Neug. 35, A- 1040 Wien, Fax +43-1-58680704

haltenen Öffnungsklauseln ausgefüllt werden können. Es soll nicht nur das Verhältnis von Unternehmensmitbestimmung und betrieblicher Interessenvertretung zugunsten eines betrieblichen Vorrangs neu abgestimmt werden, auch der Vorrang der Tarifautonomie vor betrieblichen Regelungen soll bei formaler Erhaltung der entsprechenden Vorschriften (§ 77 Abs. 3 BetrVG) ausgehöhlt werden. Welche Rolle sollen Betriebsräte ohne Gewerkschaften, vom Unternehmen instrumentalisiert, spielen?

3. Koalitionsvereinbarung und DGB-Entwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Grüne ist vereinbart: „Die neue Bundesregierung wird die Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie in Betrieb und Verwaltung im Interesse der Beteiligung und Motivation der Beschäftigten stärken und an die Veränderungen in der Arbeitswelt anpassen. Vorrangig ist dazu eine grundlegende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (Betriebsbegriff, Arbeitnehmerbegriff, Telearbeit, Vereinfachung des Wahlverfahrens). Dazu kommen muss die Sicherung und Weiterentwicklung der qualifizierten Mitbestimmung in den Unternehmen und in Europa (europäische Betriebsräte, europäische Aktiengesellschaft). Darüber hinaus wollen wir die Tarifautonomie stärken, vor allem durch ein Klagerecht der Verbände und eine einfache Möglichkeit zur Allgemeinverbindlichkeitsklärung“.

Soweit es den Betriebs- und Arbeitnehmerbegriff sowie die Vereinfachung des Wahlverfahrens betrifft, stimmt die Koalitionsvereinbarung mit den Interessen der Gewerkschaften überein. Von den Formulierungen her dürfte auch unstreitig zwischen Gewerkschaften und Koalitionsparteien sein, dass europäische Regelungen gefunden werden müssen, die die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung auf möglichst hohem Niveau in europäische Lösungen einbeziehen. Insbesondere bei der Unternehmensmitbestimmung geht es darum, dass sie nach unserer Vorgeschichte und Entwicklung nicht zum betriebswirtschaftlichen Instrumentarium degeneriert, sondern ihre gesellschaftliche Perspektive behält.

Mag man – jedenfalls auf den ersten Blick in diesem Teil der Koalitionsvereinbarungen – verbale Übereinstimmung mit dem DGB konstatieren; bei der in Aussicht gestellten Stärkung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie im Betrieb und in den Verwaltungen wird dies jedoch fragwürdig. Soll die Mitbestimmung gestärkt werden, um die Beschäftigten zu befähigen, sich stärker an der Betriebsräte- oder gar der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen? Sollen sie dazu motiviert werden? Sicher ist dies in der Koalitionsvereinbarung nicht gemeint. Deshalb ist zu vermuten, dass das Mitbestimmungsrecht nicht als Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber, sondern als Beteiligung an der betrieblichen Durchsetzung bereits vom Unternehmen festgelegter Maßnahmen zu verstehen ist. Keine Mitbestimmung also, sondern „Partizipation“. Damit wäre auch die Rolle des Betriebsrats gegenüber seinen Wählern, den Beschäftigten klar. Er soll mit dem Vertrauenskredit ihrer Wahlentscheidung – eingebunden in die vom Unternehmen veranlassten Maßnahmen – die Akzeptanz bei den Arbeitnehmern auch dann fördern und sie für die Erreichung betriebswirtschaftlicher Ziele motivieren, wenn Lohnkürzungen und schlechtere Arbeitsbedingungen angesagt sind.

Der DGB-Bundesvorstand hat bereits in seiner Sitzung am 03. Februar 1998 einen Vorschlag des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes in Form eines kompletten Gesetzentwurfs zur Novellierung des BetrVG 1972 beschlossen. Dieser Entwurf erhält sein besonderes Gewicht, weil die „Novellierungsvorstellungen im Rahmen eines langjährigen Diskussionsprozesses formuliert worden sind“, an dem die zuständigen Gremien aller DGB-Mitgliedsgewerkschaften beteiligt waren. Bemerkenswert ist, dass der DGB-Entwurf für ein neues BetrVG zeitgleich mit den „Empfehlungen zur künftigen Gestaltung der Mitbestimmung“ der von der Bertelsmann/Böckler-Stiftung eingesetzten „Mitbestimmungskommission“ entstanden ist. Er unterscheidet sich jedoch von den Empfehlungen grundsätzlich.

Der DGB-Gesetzentwurf geht von der Weiterentwicklung durchsetzungsfähiger justizialer gesetzlicher Regelungen aus, die den Betriebsrat als gewähltes Organ der Arbeitnehmer in die Lage versetzen, die Arbeitnehmer vor Übergriffen des Arbeitgebers besser zu schützen und ihrer Interessenvertretung größeres Gewicht zu verleihen. Er sieht den Betriebsrat als Interessenvertretung und will seine Mitbestimmungsrechte in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten erweitern. Darüber hinaus soll die Stellung des Betriebsrats gegenüber dem Arbeitgeber gestärkt werden, wie z. B., wenn der Arbeitgeber einseitig unter Verletzung des Mitbestimmungsrechts handelt. Solche Maßnahmen sollen in Zukunft unwirksam sein. Ausgebaut werden sollen auch das Vorschlags- und Beschwerderecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung und zur Leistungsverweigerung.

Der DGB-Gesetzentwurf geht im Gegensatz zur „Mitbestimmungskommission“ von der Weiterentwicklung durchsetzungsfähiger justizialer gesetzlicher Regelungen aus, die die Interessenvertretung des Betriebsrats stärken.



Foto: ARGUM/F. Stockmeier

rung der Beschäftigten, z. B. wenn ein Arbeitgeber gegen seine gesetzlichen Pflichten verstößt. Die inhaltliche Differenz zwischen dem DGB-Bundesvorstandsbeschluss und den Empfehlungen der „Mitbestimmungskommission“ ist unübersehbar.

Ein Beispiel hierfür hat nahezu symbolischen Charakter: Während die von „Mitbestimmungskommission“ ausgearbeiteten Empfehlungen die Mitbestimmung in die Unternehmensziele integrieren und deshalb einer gesteigerten „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Arbeitgeber das Wort reden, verlangt der vom DGB-Bundesvorstand beschlossene Entwurf, die im derzeitigen BetrVG geforderte „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ (§ 2) zu streichen.

4. Mit der „Mitbestimmungskommission“ gegen gewerkschaftliche Forderungen

Wer geglaubt hat, die den Gewerkschaften nahestehende und u. a. aus abgeführten Zuwendungen gewerkschaftlicher

Mitbestimmungsträger finanzierte Hans-Böckler-Stiftung würde die beginnende politische Auseinandersetzung um die Novellierung des BetrVG nutzen, um den DGB-Bundesvorstandsbeschluss im politischen Vorfeld zu unterstützen, sieht sich eines Schlechteren belehrt. In der Zeitschrift „Mitbestimmung“ erhalten nahezu ausschließlich Autoren das Wort, die entweder selbst Mitglieder der „Mitbestimmungskommission“

gewesen sind, oder deren Empfehlungen unterstützen.

So fordert der DGB-Entwurf u. a., dass der Betriebsrat Maßnahmen beantragen kann, die der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen und diese Vorschläge dann der Mitbestimmung mit Letztentscheidung der Einigungsstelle unterliegen (§ 111a Gesetzentwurf des DGB). Dagegen empfehlen Wolfgang Streeck und Peter

Hanau (beides Mitglieder der Stiftungskommission) weitgehend übereinstimmend: „Die Berechtigung und Verpflichtung des Betriebsrats, sich für den Erhalt und Förderung der Beschäftigung einzusetzen, sollte ausdrücklich in den Katalog der allgemeinen Aufgaben des § 80 BetrVG aufgenommen werden. Hierbei wäre die Förderung von Teilzeitarbeit gesondert zu erwähnen.“ (Mitbestimmung 6/7, 1999) Die Aufnahme einer solchen Berechtigung und Verpflichtung des Betriebsrats lediglich in die „allgemeinen Aufgaben“ wäre für den Betriebsrat kein durchsetzbares Mitbestimmungsrecht, würde aber den Arbeitgeber, zu dessen Organisationsgewalt auch die Einrichtung und der Wegfall von Arbeitsplätzen gerechnet wird, zusätzlich in die Lage versetzen, den Betriebsrat mit „Standortbündnissen“ und „Bündnissen für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ unter Druck zu setzen.

Damit sollen auf der Betriebsebene offensichtlich die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die das Bundesarbeitsgericht im Hinblick auf die Anwendung des Tarifvertragsgesetzes mit Beschluss vom 20.04.1999 (1 ABR 72/98) ad absurdum geführt hat. Der 1. Senat ist der Ansicht des Arbeitgebers zu Recht nicht gefolgt, bei der Ermittlung dessen, was günstiger sei, müsse auch die Beschäftigungsgarantie berücksichtigt werden. Dies sei „methodisch unmöglich“, es würden gewissermaßen „Äpfel mit Birnen“ verglichen. Arbeitszeit oder Arbeitsentgelt einerseits und Beschäftigungsgarantie andererseits seien völlig unterschiedliche Regelungsgegenstände, für deren Bewertung es keinen gemeinsamen Maßstab gäbe. „Eine Beschäftigungsgarantie ist nicht geeignet, Verschlechterungen am Arbeitsentgelt oder bei der Arbeitszeit zu rechtfertigen.“

5. Gesellschaftliches Kräfteverhältnis soll neu vermessen werden

Der Flächentarifvertrag und die Mitbestimmung sind die wichtigsten gewerkschaftlichen Standbeine. In den Tarifverträgen werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt, in den Organen der Mitbestimmung die Entscheidungen der Unternehmen und deren Umsetzung nach den Regeln des BetrVG von den Betriebsräten beeinflusst. Jede Veränderung dieser Zuständigkeiten durch die Übertragung von den gewerkschaftlichen Tarifvertragsparteien auf die einzelnen Unternehmen verändert das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Dies gilt besonders für die zentralen Themen von Lohn und Arbeitszeit. Die Gewerkschaften würden geschwächt, ohne die Betriebsräte zu stärken. Für sie soll weiter die als höchster „Standortfaktor“ gepriesene Verpflichtung zur Erhaltung des „Betriebsfriedens“ gelten. Mit der abnehmenden Bedeutung des Flächentarifvertrages würde darüber hinaus die Bindungskraft der Gewerkschaften vermindert, der Niedergang gefördert.

Dagegen böte die offensive Auseinandersetzung mit der Politik des Kapitals die Chance zur Repolitisierung der Gewerkschaftsarbeit. An Beispielen und Anschauungsmaterial ist kein Mangel. Der massive Einfluss auf die Politik der Bundesregierung, die betrieblichen Realitäten in all ihren Erscheinungsformen steigender Ausbeutung, bieten Ansätze, um die in scheinheiliger Harmonie verkleisterten Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufzudecken. Noch nie waren die gesellschaftliche Gegensätze sichtbarer, die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft plausibler zu vermitteln, die Mitbestimmung besser zu begründen als heute.

spw

Jede Übertragung von Zuständigkeiten von den Tarifvertragsparteien auf die einzelnen Unternehmen verändert das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Die Gewerkschaften würden geschwächt, ohne die Betriebsräte zu stärken.



Die Studie „Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland“ ist nicht lediglich als wissenschaftlich-analytische Arbeit zu verstehen, sondern auch als politischer, genauer gesagt: *sozial-politischer Diskussionsbeitrag*.

Der Sozialstaat ist zum *Gegenstand heftiger Kontroversen* geworden, das Urteil vieler Kritiker ist hart: Zu teuer, ineffektiv, wachstumshemmend, bürokratisch, kontraproduktiv und nicht zuletzt unfinanzierbar. In der öffentlichen Diskussion ist deshalb vom „Unsozialstaat“ die Rede, die sozialpolitischen Akteure werden als „Sozialstaatsmafia“ bezeichnet. Ist der deutsche Sozialstaat ein Auslaufmodell?

Mit der Vorlage der Studie „Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland“ wollen wir zu *Versachlichung dieser Diskussion* beitragen. Wir haben deshalb den Versuch einer umfassenden *Bilanzierung* unternommen, bei der das sozialstaatliche System in der Gesamtbreite seiner Ausprägungen, Leistungen und Maßnahmen auf seine Stärken und Schwächen hin überprüft wird. Dabei kommt es uns darauf an zu zeigen, dass Sozialpolitik – ganz im Gegensatz zum neoliberalen Ansatz – nicht nur als Last und Bürde für die Gesellschaft darstellt werden kann, sondern dass als Spiegelbild der finanziellen Aufwendungen auch und gerade die Leistungen und der Nutzen der Sozialpolitik für eine moderne Gesellschaft zu betonen sind. Wir haben deshalb auch die *Arbeits- und Lebensverhältnisse* in der Bundesrepublik Deutschland einer ausführlichen Untersuchung unterzogen. Sichtbar wird dabei vor allem: Die *sozialstaatliche Flankierung* von Wirtschaft und Gesellschaft *hat enorme Erfolge erzielt*:

Gerade durch die Leistungen des Sozialstaates hat sich die Gesellschaft pluralisiert und differenziert, neue individualisierte Lebensformen werden möglich und lebbar gemacht. Insgesamt befinden sich Wohlstand und *Lebensstandard breiter Massen* der Bevölkerung auf einem sehr hohen Niveau, die *soziale Einheit* zwischen den alten und neuen Bundesländern hat erhebliche Fortschritte gemacht, die *soziale und gesundheitliche Versorgung* erreicht ein – auch im internationalen Vergleich – sehr hohes Niveau und die Einkommens- und Lebenslage der *älteren Generation* ist als gut einzuschätzen. Diese und weitere *Plus-*

punkte des Sozialstaates sind die Basis für die hohe gesellschaftliche und politische Stabilität der deutschen Demokratie und auch – wie die ökonomischen Rahmendaten umissverständlich zeigen – für die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Wir greifen im folgenden *drei Aspekte* unserer Studie heraus:

1. die ökonomische Bedeutung des Sozialstaats und seine Herausforderung durch den sozial-ökonomischen Strukturwandel
2. den Reformbedarf des Sozialstaats am Beispiel der Alterssicherungssysteme – und
3. die wachsende Bedeutung der sozialpolitischen Versorgung mit sozialen Diensten.

1. Ökonomische Bedeutung des Sozialstaats und sozial-ökonomischer Strukturwandel

Unsere Analyse der gegenwärtigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zeigt, dass diese Leistungen des Sozialstaates auch in Zukunft unverzichtbar sind. Denn auch in einer modernen Hochtechnologie- und Dienstleistungswirtschaft ist die *überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf öffentliche Sicherungseinrichtungen angewiesen*. Gerade weil sich traditionelle Lebensweisen und soziale Bindungen auflösen, Erwerbsverläufe instabiler werden und sich die Risiken auf dem Arbeitsmarkt verschärfen, hat das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und verlässlichen, allgemein zugänglichen Leistungsangeboten im Sozial- und Gesundheitswesen eine unverändert hohe, ja sogar steigende Bedeutung. *Sozialstaatlichkeit ist insofern institutionelle Voraussetzung* für den fortlaufenden Prozess des ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandels. Sozialstaat und Freiheit, Solidarität und Individualität schließen sich dabei nicht aus, sondern bedingen und ergänzen einander.

Ein ausgebauter Sozialstaat kann kein „billiger Staat“ sein. Aber richtig ist auch, dass der Sozialstaat *kein unproduktiver „Kostgänger“ der Volkswirtschaft*, er kostet nicht nur, sondern wirkt als produktiver Faktor positiv auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zurück: Eine breit angelegte Ausbildung der Erwerbsbevölkerung und eine hohe Arbeitsproduktivität sind bei Angst vor sozialem Abstieg, Ausgrenzung und Armut nicht gewährleistet. Wir sprechen deshalb von der „Produktivkraft Sozialstaat“.

Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland

von Gerhard Bäcker, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann, Gerhard Naegele*

Nicht vergessen werden darf: Der Sozialstaat schafft Arbeitsplätze. Der Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich war *die Jobmaschine* der 90er Jahre.

Die Finanzierung der Sozialpolitik fällt bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und hohen Belastungen in den öffentlichen Haushalten nicht leicht. Die Sicherstellung einer verlässlichen und ausreichenden Finanzausstattung der Systeme ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklungsfähigkeit des Sozialstaates. Sicherlich lässt sich nicht alles, was wünschenswert ist, auch bezahlen. An der schwierigen Aufgabe, Schwerpunkte zu setzen und die Relation zwischen öffentlicher und privater Vorsorge sachgemäß zu bestimmen, führt kein Weg vorbei. Jedoch ist Vorsicht geboten: Die gerade bei knappen Kassen einleuchtend klingende Formel, die Leistungen der Sozialpolitik auf die „wirklich Bedürftigen“ zu konzentrieren und die Sozialversicherungspflicht auf die Bezieher niedriger Einkommen zu beschränken, bedeutet nichts anderes, als dass sich die Leistungsfähigen der Versicherungspflicht und dem Solidarausgleich entziehen können. Bedürftigkeitsgeprüfte Systeme, in denen die Mittelschicht

Die einleuchtend klingende Formel, die Leistungen der Sozialpolitik auf die „wirklich Bedürftigen“ zu konzentrieren, bedeutet nichts anderes, als dass sich die Leistungsfähigen der Versicherungspflicht und dem Solidarausgleich entziehen können.

* Dr. Gerhard Bäcker ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Niederrhein (Abt. Mönchengladbach), Dr. Reinhard Bispinck ist wissenschaftlicher Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Leiter des Tarifarchivs des WSI, Dr. Klaus Hofemann ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Köln, Dr. Gerhard Naegele ist Professor für Soziale Gerontologie an der Universität Dortmund und Direktor des Instituts für Gerontologie. Es handelt sich um bearbeitete Fassung ihres zur Pressekonferenz am 16. Februar 2000 in Berlin vorgelegten Textes. Anlass der Pressekonferenz war die Vorstellung ihres neuen Buches „Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland“, Wiesbaden 2000. Vgl. unseren Hinweis in den Notizen in diesem Heft.

nicht mehr eingebunden ist, verlieren schnell an Akzeptanz.

Zudem muss festgehalten werden, dass auch private Versicherungs- und Vorsorgeformen nicht kostenlos zu haben sind. „Privat“ heißt nicht, dass die Leistungserstellung automatisch billiger erfolgt. Vielmehr ist auf die hohen Kosten für Werbung, Marketing und Verwaltung bei den Privatversicherungen zu verweisen. Unsere Analysen lassen zudem erkennen, dass private Krankenversicherungen in allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung eine höhere Kostendynamik als die gesetzlichen Kassen aufweisen. Nur wenn die öffentlichen und privaten Kosten der sozialen Sicherung zusammengefasst werden, lassen sich sinnvolle internationale Vergleiche vornehmen. In den USA beispielsweise liegt bei einem überwiegend privaten Gesundheits- und Versicherungswesen der Anteil der Gesundheitsausgaben am Volkseinkommen mit 12,8 deutlich höher als in Deutschland (9,2%).

Die verbreitete Auffassung, ein möglichst niedriges Niveau an sozialen Leistungen und Standards mit einer entsprechend geringen Steuer- und Abgabenbelastung sowie ein flexibler und deregulierter Arbeitsmarkt verbunden mit einer großen Ungleichverteilung der Einkommen seien die besten Voraussetzungen für eine günstige Position auf dem Weltmarkt und für ein hohes Beschäftigungsniveau, hält einer Überprüfung nicht stand. Vielmehr weisen Untersuchungen darauf hin, dass soziale Unsicherheit in einer (welt)wirtschaftlichen Situation, die die Betriebe und die Beschäftigten unter einen radikalen Modernisierungsdruck stellt, den wirtschaftlichen Strukturwandel behindert und sich als Leistungs- und Motivationsbremse auswirkt. Die Beispiele aus Europa zeigen, dass gerade jene Länder, die an sozialstaatlichen Prinzipien festhalten und diese reformorientiert weiterentwickeln, hohe Zuwachsraten von Produktion und Beschäftigung aufweisen; wir erwähnen hier Dänemark, die Niederlande und Frankreich.

Grundlegende Herausforderungen der nächsten Jahre

Es ist aber ausdrücklich zu betonen, dass der Sozialstaat *eigenständige politisch-moralische Ziele auch jenseits der Maßstäbe der engen ökonomischen Funktionalität* hat. Der

Umgang mit sozial Schwachen, mit Älteren, Behinderten, Familien und Kindern, das qualitative Niveau der gesundheitlichen Versorgung, die Schaffung von gleichberechtigten Lebenschancen für die gesamte Bevölkerung – all diese und weitere Elemente des „Lebensstandorts“ Deutschland haben einen eigenen Wert, der nicht durch den Hinweis auf ökonomische Effizienzverluste, verminderte Rentabilität oder entgangene Wachstumsraten außer Kraft gesetzt wird.

Der Sozialstaat steht in den nächsten Jahren vor grundlegenden *Herausforderungen*. Nur wenn diese durch geeignete Reformpolitik bewältigt werden, kann er verlorengegangene Akzeptanz zurück gewinnen. Der Sozialstaat der Zukunft ist so sicher, wie die Bevölkerung bereit ist, dieses System aktiv zu tragen und stützen und – last but not least – die hohen Aufwendungen an Steuern und Beiträgen dafür zu zahlen. Wir sehen im wesentlichen fünf Probleme.

a) Nationale Sozialpolitik steht *unter dem Druck des verschärften internationalen Wettbewerbs* und der globalen Orientierung der Finanz- und Kapitalmärkte. Eine Abwärtsspirale im Sinne des Unterbietens sozialer Standards droht.

b) *Arbeitslosigkeit* wird auf zumindest mittlere Sicht andauern. Das hat Folgen für die Finanzierung des Sozialstaates über Beiträge und Steuern.

c) Im Gefolge der Arbeitsmarktkrise, aber auch als Ergebnis der Umstrukturierung der Wirtschaft breiten sich in schneller Form *atypische und zum Teil prekäre Beschäftigungsverhältnisse* aus mit neuen Problemen der sozialen Sicherung. Die Grenzen zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung verwischen zunehmend.

d) Die Lebensverhältnisse der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert; *neue Lebensstile und Familienformen* sind auf dem Vormarsch. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der Tatbestand, dass das traditionelle Geschlechterrollenverhältnis – mit der „Versorger-ehe“ umschrieben, in Zukunft keine Gültigkeit mehr beanspruchen kann.

e) Der *demographische Wandel* führt zu einer Verschiebung der Bevölkerungsstruktur, deren Folgen die gesamte Gesellschaft im allgemeinen und die sozialen Sicherungssysteme im besonderen betreffen werden.

2. Reformbedarf des Sozialstaats am Beispiel der Alterssicherungssysteme

Der Reformbedarf der deutschen Sozialpolitik bezieht sich nicht zuletzt *auf die Systeme der Alterssicherung*. Wir kommen in unserer Analyse zu dem Ergebnis, dass die solidarische und umlagefinanzierte Rentenversicherung auch das für die Zukunft geeignete System darstellt, um die Einkommenslage der älteren Generation zu sichern. Wenn Altersarmut vermieden und die älteren Menschen an der allgemeinen Lebensstandardentwicklung teilhaben sollen, muss dabei das Prinzip der dynamischen Rente beibehalten werden.

Der demographische Umbruch führt in der Rentenversicherung ohne Zweifel zu erheblichen finanziellen Belastungen. Die häufig dramatisierend geführte Diskussion über diesen Tatbestand und die Forderung, aus dem umlagefinanzierten System auszustiegen und *auf private Vorsorge umzuschalten*, klammern jedoch wichtige Fakten aus:

- *Erstens: Jede Form der Alterssicherung führt zu Belastungen der jüngeren, erwerbstätigen Generation.* Ein privater Kapitalvorsorgebeitrag von – wie vorgeschlagen – etwa 2,5% führt zu einer entsprechenden Minderung des verfügbaren Einkommens. Insofern ergibt sich *kein Unterschied zu einem höheren Beitragssatz zur Rentenversicherung*.

- *Zum zweiten:* Nicht primär die Bevölkerungsrelation entscheidet über die zukünftigen Belastungen. Viel wichtiger ist die *ökonomische Entwicklung*: Für die Rentenversicherung kommt es darauf an, wie viele Beitragszahler es gibt und wie hoch deren Einkommen ist. Ein Beitragssatz von etwa 24%, wie er für 2030 prognostiziert wird, verliert dann viel von seinem Schrecken, wenn die Beschäftigung steigt und sinkende Beitragssätze für die Bundesanstalt für Arbeit gegengerechnet werden können.

Ein *weiteres Absenken des Rentenniveaus* ist aus unserer Sicht weder finanziell geboten, noch sozialpolitisch akzeptabel. Ein Rentenversicherungssystem, das trotz jahrzehntelanger Beitragspflicht noch nicht einmal das Existenzminimum erreicht, verliert entscheidend an Legitimation.

Ein *Ausbau der privaten Vorsorge im Alter ist wünschenswert* und förderungswürdig. Wir warnen jedoch vor der Auffassung, die Lücken im Rentenversicherungssystem durch pri-

Es spricht alles dafür, die gesamte Erwerbsbevölkerung in den Schutz des Systems einzubeziehen und eine allgemeine Versicherungspflicht für Erwerbstätige einzuführen.

vate Vorsorge stopfen zu können. Das Gegenteil ist der Fall: Wie unsere Analysen zeigen, verfügen gerade diejenigen RentnerInnen mit den höchsten Renten auch über ausgebauten Ansprüche aus betrieblichen und privaten Vorsorgeformen. Auf der anderen Seite waren und sind diejenigen, die mit niedrigen Renten auskommen müssen, nicht in der Lage, ergänzende Ansprüche aufzubauen.

Gerade weil sich die Arbeitswelt ändert und das „Normalarbeitsverhältnis“ in Zukunft für immer mehr Menschen eben nicht mehr „normal“ ist, wird es zur Aufgabe der Rentenversicherung, instabile und diskontinuierliche Erwerbsverläufe besser abzusichern. Das verlangt, den Solidaritätsgleich im System zu stärken. Die Veränderungen in der Arbeitswelt lassen einen weiteren Schritt als unvermeidlich erscheinen. Es spricht alles dafür, die gesamte Erwerbsbevölkerung in den Schutz des Systems einzubeziehen und eine *allgemeine Versicherungspflicht für Erwerbstätige* einzuführen.

3. Sozialpolitische Versorgung mit sozialen Diensten

Bei einer reformorientierten Sozialpolitik, die der schlichten Abbau- und Kürzungslogik etwas entgegenzusetzen und gerade bei der jüngeren Generation wieder Zustimmung gewinnen will, kommt es nicht nur darauf an, die Finanzierbarkeit und Leistungsfähigkeit der Systeme dauerhaft zu sichern. Gleichermäßen wichtig ist aus unserer Sicht, dass Sozialpolitik dazu beiträgt, Freiheitspielräume zu erweitern, und Optionen für unterschiedliche Lebensentwürfe zu öffnen. Moderne Sozialpolitik muss auf die Lebensperspektiven gerade der jüngeren Generation eingehen – dies ist etwas anderes als der Verweis auf die Segnungen der privaten Vorsorge.

Unsere Studie befasst sich bei der Frage, welche Rückwirkungen der demographische Wandel auf die sozialen Systeme hat, nicht nur mit der Alterssicherung, der Kranken- und Pflegeversicherung, sondern zielt gleichermaßen auf das *sozialpolitische Feld der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Diensten und Einrichtungen*. Dieser Bereich der Sozialpolitik, der sich auf der kommunalen Ebene vollzieht und in Deutschland in erster Linie von den freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden durchgeführt wird, wird immer bedeutender. Dazu drei Stichworte

- *Beispiel 1:* Für viele Familien mit Kindern sind zwar Geldleistungen wie das Kindergeld oder steuerliche Erleichterungen von großer Bedeutung, sie können aber ein ausreichendes Angebot an Plätzen in Kinderkrippen und Kindertagesstätten oder auch Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern nicht ersetzen.

- *Beispiel 2:* Die demographische Entwicklung verweist auf neue soziale Problemlagen älterer Menschen, die einer Lösung durch Geld allein nicht zugänglich sind. Dies betrifft insbesondere die Versorgung der wachsenden Zahl älterer und sehr alter Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf oder die Situation der vielen alleinlebenden älteren Menschen

- *Beispiel 3:* In Deutschland leben mittlerweile über 7 Mio Ausländer, die damit fast 10% der Gesamtbevölkerung stellen. Hinzu kommt eine große Zahl von Spätaussiedlern/Übersiedlern. Hier sind Integrationshilfen und –angebote mindestens so dringend wie materielle Hilfen.

Die Beispiele verdeutlichen, dass sozialstaatliche Geldleistungen stets nur einen Ausschnitt des tatsächlichen Hilfe- und Unterstützungsbedarfs der Menschen in bedrohten, gefährdeten oder sozial schwachen Lebenslagen abdecken können. Dieser Leistungsbereich der Sozialpolitik wird in den sozialstaatlichen Leistungsbilanzen sehr häufig entweder unterschätzt oder völlig ausgeblendet.

Unsere Studie verweist mehrfach darauf, dass sich eine soziale Gestaltung der Gesellschaft nicht allein durch Maßnahmen und Leistungen der Sozialpolitik erreichen lässt. Grundlegend für die Lebensbedingungen der Bevölkerung ist daneben auch die Fähigkeit einer Gesellschaft, ihren *sozialen Zusammenhalt durch Bürgersinn, Gemeinwohlorientierung und soziales Engagement außerhalb von Markt und Sozialstaat* zu sichern.

Der ehrenamtlichen Hilfe und der Förderung von Selbsthilfecancen und –möglichkeiten kommt eine wachsende Bedeutung zu. Allerdings entwickelt sich dies nicht von selbst. Die Unterstützung und *materielle Förderung von Selbsthilfegruppen und -organisationen* muss selbst zum Gegenstand zielgerichteter Sozialpolitik werden. Hilfe zur Selbsthilfe bedarf einer sozialen Infrastruktur, die nicht von selbst entsteht, sondern geschaffen werden muss.

spw

Arthur Heinrich
Der Deutsche Fußballbund
Eine politische Geschichte



ISBN 3-89438-194-9, Broschur, 292 Seiten
DM 29,80/SFR 27,50/ÖS 221,00

Was Fußball mit Politik zu tun hat: Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Diktatur, Bundesrepublik – die Leichen im Keller des DFB.

Werner Biermann
Die Herren der Welt
Die Weltmachtspolitik der USA nach 1945



ISBN 3-89438-195-7, Broschur, 392 Seiten
DM 39,80/SFR 37,00/ÖS 295,00

Der Aufstieg der USA zur alleinigen Weltmacht und zum „Imperium ohne Grenzen“, ihr Weg in die Sackgasse und in die Krise von morgen.

Ernst F. Fürntratt-Kloep
Unsere Herren seid Ihr nicht!
Das politische Denken des Fidel Castro



ISBN 3-89438-185-X, Broschur, 350 Seiten
DM 34,00/SFR 31,50/ÖS 252,00

Fidel Castro wird auch auf der Linken unterschätzt oder diffamiert. Das Buch stellt erstmals systematisch sein politisches Denken vor.

PapyRossa Verlag
Luxemburgerstr. 202 - 50937 Köln
Tel.: 0221/448545 - Fax 0221/444305
papyrossa@koeln-online.de/www.papyrossa.de

Menschenrechte als Herrschaftsinstrument

von Berndt Bleckmann*

Kanzler Schröder wird in China auch die Menschenrechte ansprechen“, verkündet der ARD-Nachrichtensprecher anlässlich des Chinabesuchs des deutschen Kanzlers am 3.11.99. Die interessierte Öffentlichkeit weiß, was gemeint ist: der Kanzler wird die Chinesen ermahnen die Menschenrechte einzuhalten. Kaum eine Nachrichtensendung, in der das Thema Menschenrechte nicht vorkommt, kaum ein Treffen zwischen Staatsmännern, kaum eine Konferenz, wo das Thema nicht auf der Tagesordnung steht. Eine nicht überschaubare Zahl von Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's) hat es sich zur Aufgabe gemacht, über die Einhaltung von Menschenrechten zu wachen.¹ Bei all dem steht die Masse der Aktivitäten in umgekehrtem Verhältnis zur Eindeutigkeit des Gegenstandes. Über Zahl, Geltungsbereich und Gültigkeit der Menschenrechte herrscht babylonische Konfusion, obwohl so getan wird, als handle es sich um einen fixen Kodex, wie die Straßenverkehrsordnung. Der Rekurs geschieht im Pathos eines Credo. Die internationale Staatengemeinschaft, „the international community“ selbst ist die Gemeinde der Gläubigen.

Nach diesem Credo durchlaufen Staaten verschiedene Stadien bis zu ihrer moralischen Vollendung. Das oberste Stadium haben jene Staaten erreicht, in denen die Menschenrechte anerkannt und eingehalten werden. Das sind die Staaten des Westens. Die zweite, nächst folgende Kategorie bilden jene Staaten, die Menschenrechte zwar anerkennen, aber nicht zur vollen Zufriedenheit des Westens einhalten. Türkei, Russland und Indonesien sind solche Staaten. Die dritte Kategorie bilden Staaten, die Menschenrechte nicht anerkennen und nicht einhalten. China oder Kuba gehören in diese Kategorie. An vierter Stelle folgen „Schurkenstaaten“ wie Irak, Iran oder Jugoslawien, in denen



die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Eine Sonderstellung nehmen Staaten ein, in denen die Menschenrechte weder anerkannt noch eingehalten werden, die aber keine Schurkenstaaten sind, weil sie dem Westen freundlich gesonnen sind. Saudi-Arabien, zum Beispiel, ist so ein Staat. Ein Sollzustand der Welt wird aus westlicher Sicht formuliert, der als paradiesisches Endstadium, in dem Frieden herrscht, propagiert wird. Insofern handelt es sich um eine quasi-religiöse, ideologische Bewegung. „Der gegenwärtige Export der grundrechtsdemokratischen Verfassung ist in diesem Sinne vermutlich die größte Missionsbewegung seit der paulinischen und der islamischen, nur dass man das wegen der Säkularisierungsphase, in der man sich befindet, kaum bemerkt.“ (Fikentscher)²

Es sind vor allem die Amerikaner, die seit 80 Jahren die Debatte der Menschenrechte wie ein Heimspiel veranstalten. Sie favorisieren das Thema immer dann, wenn sie der Ansicht sind, dass die Rolle Amerikas in der Welt einer Neubestimmung bedarf. Nach dem Kriegseintritt der USA in den Ersten Weltkrieg (1917) verkündete der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sein 14 Punkte-Programm (1918), in dessen Folge die Errichtung des Völkerbundes stattfand. Die Errichtung der UNO (1945) und die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (1948) gehen auf die Initiative der USA als Siegermacht des 2. Weltkrieges zurück. Nach der Niederlage im Vietnamkrieg Anfang der siebziger Jahre initiierte Jimmy Carter eine Menschenrechts-Kampagne als ideologische Neuorientierung. Nach dem Untergang des realen Sozialismus Anfang der 90er Jahre verkündete George Bush eine neue Weltordnung unter Betonung der Menschenrechte. Stets

gingen die USA als „Sieger“ aus der Debatte hervor, weil sie die Spielregeln der Debatte bestimmten. Stets wurden andernorts Rechte eingefordert, die den Interessen der US-Wirtschaft dienten. Nie wurden irgendwo Rechte eingefordert, die den Wirtschaftsinteressen der Vereinigten Staaten widersprachen.

In der Debatte über Menschenrechte sind zwei Hauptströmungen erkennbar. Jene des Westens, die für Menschenrechte universelle Gültigkeit beansprucht und jene, die von den meisten Ländern der Dritten Welt vertreten wird und betont, dass Menschenrechte nicht losgelöst vom kulturellen Kontext gesehen werden können und daher nur relative Gültigkeit haben.

Die Entstehungsgeschichte der Menschenrechte

Die Menschenrechte, wie sie heute im Westen verstanden werden, sind das Produkt einer 2000-jährigen europäischen Geistesgeschichte und das Ergebnis einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, die in anderen Kulturen in dieser Weise nicht stattgefunden hat. Entstanden aus der mittelalterlich-scholastischen Vorstellung von angeborenen „Naturrechten“, werden Menschenrechte als „Grundrechte“ in die modernen europäischen Verfassungen geschrieben. Ihre Entstehung ist Stück für Stück anhand historischer Ereignisse nachvollziehbar.

Kirchenlehrer Augustinus sieht in allem Irdischen die „lex divina“, das göttliche Gesetz walten. Die neuzeitliche Vorstellung eines „Naturrechtes“ geht auf die mittelalterliche Scholastik zurück. Thomas v. Aquin lehrte, die lex aeterna existiere als von Gott vorgegebene Weltordnung, die sich im menschlichen Bewusstsein als lex naturalis, als

* Berndt Bleckmann, Dipl.Psych., Gilgenberg, Österreich

Naturrecht, widerspiegele.³ Im Mittelalter war man sich also einig, dass es ein Naturrecht gäbe – ein Recht vor und außerhalb menschlicher Gesetzgebung. Man war sich aber nicht einig, worin es bestünde, wie Bertrand Russel kritisch anmerkt: „Im ganzen Mittelalter herrschte die Auffassung, das Naturrecht verdamme den 'Wucher', das heißt, das Verleihen von Geld gegen Zinsen. Das Vermögen der Kirche bestand hauptsächlich aus Grundbesitz, und Grundbesitzer haben von jeher lieber Geld entliehen als verliehen. Der aufkommende Protestantismus aber – vor allem der Calvinismus – fand Unterstützung beim reichen Mittelstand, der mehr verlieh als entlieh. Dementsprechend sanktionierten erst Calvin, dann andere Protestanten und schließlich die katholische Kirche den 'Wucher'. So kam es dazu, dass das Naturrecht unterschiedlich aufgefasst wurde; niemand aber zweifelte daran, dass es etwas derartiges gäbe.“ (Russel)⁴

Als Vater des neuzeitlichen Naturrechtsgedankens gilt John Locke. Zunächst nimmt er einen sogenannten „Naturzustand“ an. In diesem Zustand gibt es ein „Naturrecht“; dieses Naturrecht besteht aus göttlichen Geboten, die vor jeder menschlichen Gesetzgebung existierten. Bertrand Russel meint dazu: „Es kommt nicht klar heraus, wie weit der Naturzustand für Locke nur eine der Anschaulichkeit dienende Hypothese ist und wie weit er annimmt, er könne eine historische Tatsache gewesen sein; ich fürchte aber, dass er zu der Annahme neigte, es habe dieses Stadium wirklich einmal gegeben.“⁵ Norberto Bobbio hat auf die politische Zweckmäßigkeit dieser ideellen Konstruktion hingewiesen: Die Deklarationen der Menschenrechte waren ursprünglich „Forderungen, deren Ziel vor allem darin bestand, eine Grenze gegenüber den unterdrückenden Kräften zu ziehen. Um die Begrenzung dieser Kräfte auf ein Minimum und die Ausdehnung der Freiheit des einzelnen auf ein Maximum zu rechtfertigen, war die Hypothese einer vor dem eigentlichen Staat bestehenden Situation, nämlich eines freien Zustandes ohne die Individuen beherrschende Mächte wie Kirchen und Regierungen, hervorragend geeignet.“⁶

Die erste Verfassung eines amerikanischen Staates, die Virginia Bill of Rights von 1776, spiegelt die genannte These Lockes wider: „Alle Menschen sind von Natur aus frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene (!) Rechte.“ Und die französische

Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte vom 26.8.1789 spricht von „droits naturels, inalienables et sacres de l'homme“; natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechten des Menschen. Was allen Menschen mitgegeben ist, muss universellen Charakter haben.

Zeitgenössische Vertreter der westlichen These von der Universalität, wie der Theologe Selim Abou, stützen sich gerade auf diese Prämisse und gehen davon aus, „dass es universale Werte gibt und dass die Erklärung der Menschenrechte ihr gegenwärtig gültiger, aber noch nicht vollkommener Ausdruck ist“⁷. Vor aller Staatsgründung gäbe es ein – metaphysisch begründetes – Naturrecht, außerhalb und oberhalb des positiven (von menschlichen Gesetzgebern gesetzten) Rechtes, aus dem sich universelle, außerhalb und über den Kulturen stehende Menschenrechte herleiten. Menschenrechte haben danach ihre Begründung in der vernünftigen Natur des Menschen, „insofern die Vernunft die Vorbedingung für die eigene Freiheit und die der anderen ist und dieser Anspruch ein unveräußerliches Naturrecht darstellt.“⁸ Nicht über die Theologie, sondern über Kant kommt Heiner Bielefeld zum selben Ziel. Die Universalität der Menschenrechte ist bei ihm Ausdruck der Idee einer universalen Menschenwürde, die allen Menschen als sittlich autonomen Subjekten eigen ist. „Das menschliche Freiheitsbewusstsein findet sein ethisches Zentrum in der Idee der unantastbaren Menschenwürde“⁹, worunter er die Bestimmung des Menschen „zur mündigen Verantwortung und ihre Verknüpfung mit einem politisch-rechtlichen Anspruch auf gleiche solidarische Freiheit....“ versteht. Ausdruck und Form dieses Anspruchs sind die Menschenrechte. Der Terminus von der Würde des Menschen findet sich auch in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.¹⁰

Welche Menschenrechte?

Ob man mit unveräußerlichem Naturrecht oder angeborener Menschenwürde die Universalität der Menschenrechte begründet, ist nur eine terminologische Frage. In beiden Fällen ist die behauptete Universalität ein Konstrukt, das aus der Natur, oder der Würde eines abstrakten Menschen abgeleitet wird, dem eben, im Zirkelschluss, diese unantastbaren, unveräu-

ßerlichen oder angeborenen Eigenschaften zugeschrieben werden. Selbst wenn wir uns auf diesen Schluss einlassen, bleibt die Frage, auf die es ankommt, unbeantwortet: Welche Menschenrechte sind die eigentlichen, die wirklichen Grundrechte? Sind es in erster Linie die negativen Freiheitsrechte? Oder sind es nicht in erster Linie wirtschaftliche oder soziale Rechte, die, konsequent verstanden, die negativen Freiheitsrechte relativieren oder aufheben? Das eurozentrische Beharren auf den negativen Freiheitsrechten als den eigentlichen, grundlegenden Menschenrechten, ist der beste Kontraindikator der behaupteten Universalität. Bielefeld befürchtet: „Sollte sich der Begriff der Menschenrechte in „westliche“ und „islamische“ oder sonstige Konzeptionen aufspalten, wäre es um die menschenrechtliche Universalität freilich geschehen. Menschenrechte würden entweder zur ideologischen Waffe im imperialistischen Ringen konkurrierender Kulturen oder zu Bestandteilen mehr oder minder geschlossener Welten verkürzt.“¹¹

Seine Befürchtung greift zu kurz. Die „Aufspaltung“ des Begriffes macht die Menschenrechte nicht zu einer ideologischen Waffe, denn die westliche, „universelle“ Menschenrechts-Konzeption wird bereits als ideologische Waffe eingesetzt. Ihre Entschärfung wäre die Voraussetzung für einen Dialog zwischen den Kulturen. Der französische Philosoph Montaigne (1533 – 1592) hat schon vor 400 Jahren über die Universalisten gespottet: „Sie machen mich lachen, wenn ich sehe, wie sie, um den Gesetzen eine gewisse Sicherheit zu geben, sagen, dass es einige feste, ewige und unumstößliche Gesetze gebe, die sie natürliche nennen, und die dem menschlichen Geschlecht aufgrund seiner inneren Wesenheit eingepägt seien. Und von diesen Gesetzen kennt der eine drei, der nächste vier, jener noch mehr, dieser weniger. Zeichen dafür, dass diese Charakterisierung genauso zweifelhaft ist, wie der Rest.“¹² Und Jeremy Bentham (1748-1832) bemerkte trocken: „....Natural rights is simple nonsense...“

Die Souveränität der Staaten im Fadenkreuz der Universalisten

Die These von der Universalität der Menschenrechte birgt politische Sprengkraft. Was universal gültig ist, könnte nicht dem Kalkül einzelner Staaten überlassen bleiben, staatliche

Die westliche, „universelle“ Menschenrechts-Konzeption wird bereits als ideologische Waffe eingesetzt. Ihre Entschärfung wäre die Voraussetzung für einen Dialog zwischen den Kulturen.

Der westliche Rechkatalog ist kulturbedingt zufällig. Seinem Anspruch auf Universalität wird er nicht gerecht, sowohl in dem, was er vertritt, wie in dem, was er nicht vertritt, sondern „übersieht“.

Souveränität widerspräche der Universalität der Menschenrechte, wird argumentiert. Menschenrechts-Politik wird zur „Brechtstange“ einer neuen Weltordnung, wie in folgendem Zitat eines deutschen Rechtsprofessors: „Der gesamte Menschenrechtsschutz hat die Bastion der Souveränität noch nicht bezwungen. Bisher sind nur einzelne Breschen in ihre äußeren Befestigungsanlagen geschlagen worden. Eine dieser Breschen stellt das Selbstbestimmungsrecht der Völker dar... Die wirksame internationale Durchsetzung des Menschenrechts verlangt den Abbau der Souveränität. Eine Rückkehr zum alten Souveränitätsdenken, so naheliegend sie angesichts mancher Probleme sein mag, würde dem konsequenten Ausbau der neuen Völkerrechtsordnung widersprechen... So betrachtet spielen die Menschenrechte eine Schlüsselrolle in dem epochalen Wandlungsprozess, der sich in unserer Zeit abspielt.“¹³

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Am 10.12.1948 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen

die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte an. 48 Stimmen dafür, keine Gegenstimme und 8 Enthaltungen, darunter die Sowjetunion, Saudi-Arabien und Südafrika. Die meisten Länder der sogenannten Dritten Welt standen damals noch unter kolonialer Herrschaft.¹⁴ Die Universalität der Menschenrechte wird nicht ausdrücklich angesprochen, aber indirekt postuliert wenn die Präambel die „gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen“ anspricht und darauf verweist, dass „ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist.“

Die Einrichtung von „gleichen Rechten“ setzt voraus, will sie sinnvoll sein, dass die Empfänger der Rechtswohlthat diese Wohlthat alle in gleicher Weise empfinden, dass die Wirkung der Rechtswohlthat in Kultur A die gleiche ist, wie in Kultur B. Schon eine oberflächliche Betrachtung verschiedener Kulturen weckt Zweifel.

Die in den Artikeln 3,4,5 geschützten Werte, das Recht auf Leben, Freiheit vor Versklavung, Vergewaltigung und Folter, waren und sind heute in allen menschlichen Kulturen unbestritten und insofern universell gültig.

Sechs von 21 Artikeln, also mehr als ein Viertel an Zahl, garantieren Fairness im Rechtsstreit bei Gericht und zwar im Sinne westlicher Rechtsprozedur. Europäische Rechtskultur lässt sich nicht ohne Folgen in andere Kulturen übertragen. Heinrich Scholler hat dargelegt, dass in Afrika die Menschenrechte eine „außerordentlich problematische Funktion“ haben. „Einige der europäischen Menschenrechte zerstören die traditionellen sozialen Strukturen oder Träger von Gesellschaft, Familie, Clan, Dorfgemeinschaft.“¹⁵

Artikel 17 gilt dem Schutz des Privateigentums, auch dem an Grund und Boden. Frei verfügbares und veräußerbares Eigentum an Boden wird dort problematisch, wo Personen aus einem Ahnenkult heraus spirituelle Bindungen an einen Boden haben. Das Recht eines einzelnen, Boden zu besitzen, muss auch dort zu Konflikten führen, wo autochthone Stammeskulturen nur Sippen-, oder Stammeseigentum an Boden kennen.

Artikel 18 garantiert die freie Wahl der Religion. Im Westen ist die Religion kein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft mehr. Staat ist ohne sie machbar. Religion ist Pri-

vatsache. Gesellschaften, die sich durch eine Religion definieren, machen Staat nicht außerhalb ihrer Religion. Religionsfreiheit wäre „Staatsfreiheit“ und als solche wird sie zur Staatssache. Daher bedeutet Religionsfreiheit in einem islamischen Staat etwas ganz anderes, als z.B. in einer amerikanischen Kleinstadt von 50.000 Einwohnern, in der 30 Religionsgemeinschaften „aktiv“ sind.

Artikel 19 garantiert Presse- und Meinungsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein „über Medien jeder Art... Informationen... zu verbreiten.“ Die französischen Revolutionäre von 1789 wollten das Informationsmonopol des absolutistischen Herrschers beseitigen. Sie meinten nicht die Freiheit von Medienzaren, weltweit die Kommunikationskanäle zu beherrschen. Dem Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit wäre ein Menschenrecht auf Wahrheit der Information gegenüber zu stellen, damit ersteres nicht zum Recht auf Manipulation und Verführung verkommt.¹⁶

Artikel 21 garantiert aktives und passives Wahlrecht bei freien und geheimen Wahlen. Die Sinnhaftigkeit dieses Artikels ist an bestimmte Bedingungen gebunden. Nur freie Individuen, die frei sind im Sinne von allen Rücksichten, die aus Stammes-, Sippen- oder großfamiliären Bindungen erwachsen, können wirklich frei wählen. Ein Blick in die vorkapitalistische, kabyliche Gesellschaft, wie ihn Pierre Bourdieu vermittelt, enthüllt das „Geheimnis“ des Versagens westlicher Demokratie in weiten Teilen der Welt: „Die Spielregeln der Ehre galten auch für die Kämpfe. Jede Person war aus Solidarität dazu verpflichtet, den Verwandten gegen den Nichtverwandten, den Verbündeten gegen den Mann aus einer anderen „Partei“, den Dorfbewohner, selbst wenn er einer gegnerischen Partei angehörte, gegen den Fremden, das Mitglied des Stammes gegen das Mitglied eines anderen Stammes, zu schützen.“¹⁷ Was für den Kampf gilt, gilt auch für den Wahlkampf. Traditionelle Kulturen sehen den einzelnen nicht als autonomes, mit Rechten „prior to society“ ausgestattetes Individuum. In Gesellschaften, in denen der Stamm eine Rolle spielt, wird nicht gemäß individualistischer Überlegung gewählt, sondern nach Stammeszugehörigkeit. Die Spielregeln des Parteilpluralismus funktionieren nur mit zur Kleinfamilie „entsippten“ Indivi-

antimilitarismus information

Die ami räumt auf mit dem letzten Jahrtausend !

ami

Das ami-Sonderangebot bis Ostern: jeder ami Jahrgang von

1981 -97	je DM 10.- + Porto
1998	je DM 20.- + Porto
1999	DM 30.- + Porto
2000 (Abo)	DM 50.- incl.

Gönnen Sie sich Ihr eigenes antimilitaristisches Archiv oder verschenken Sie es an eine Bibliothek!

ami-Jahrgangs-Pakete

1982 - 1989	DM 50.- + Porto
1990 - 1997	DM 90.- + Porto
Gesamtarchiv 1982-97	120.- + Porto

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto)
Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
http://userpage.fu-berlin.de/~ami Telefon/Fax: +30-25 79 73 42

duen. Die großen Alten des nationalen Befreiungskampfes wie Lumumba oder Nyerere hielten den Multiparteienstaat für kontraproduktiv, um ihre Länder zu entwickeln und um Nationalbewusstsein zu schaffen. Westliche Ignoranz kritisierte deren „autoritäre“ Systeme.

Kulturbedingte Zufälligkeit des Rechtekatalogs

Der westliche Rechtekatalog ist kulturbedingt zufällig. Seinem Anspruch auf Universalität wird er nicht gerecht, sowohl in dem, was er vertritt, wie in dem, was er nicht vertritt, sondern „übersieht“. Für den muslimischen Menschen ist eine Erklärung der Menschenrechte ohne Bezug auf Gott und auf des Menschen Pflichten unvollständig. Für eine chinesische Bäuerin ist Menschsein ohne steten Bezug auf die verstorbenen Ahnen nicht vorstellbar. Das Recht, auf dem Boden zu leben, in dem die Ahnen ruhen, müsste unveräußerlich sein. Weide- oder Jagdgründe einer Nomadensippe müssten als unveräußerliches Sippen- oder Stammeseigentum respektiert werden – zum Beispiel bei Abbaubestrebungen eines Bergbaukonzerns.

Angesichts der Konzentration privatwirtschaftlicher Medienmacht wäre ein Recht auf Schutz vor tendenziöser oder falscher Information menschenwürdig. Die Globalisierung der Unterhaltungsindustrie gefährdet die kulturelle Identität nicht nur kleiner Völker. Ein Recht auf kulturelle Unversehrtheit wäre eines der wichtigsten Grundrechte. Nicht kulturelle Abschottung oder Erstarrung sei damit gemeint, sondern das Recht, das Tempo des kulturellen Austausches selbst bestimmen zu können. Ein Recht auf (wirtschaftliche) Entwicklung, das vor allem das Recht auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einschließt, wäre die Voraussetzung für die Beseitigung von Armut, die eine der Hauptquellen der Verletzung von Menschenrechten in der Welt ist. In vielen Gesellschaften gehört es zu den Grundrechten, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft sein zu können. Gemessen an dieser Zielsetzung machen sich Staaten mit Wirtschaftssystemen, die Arbeitslosigkeit generieren, permanenter Verletzung der Menschenrechte schuldig.

Die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte

Der zweite Teil der AEM, die Artikel 22 bis 30, werden als die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte

bezeichnet. Zu diesen Rechten gehört soziale Sicherheit, freie Berufswahl, Schutz gegen Arbeitslosigkeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, Anspruch auf Erholung und Freizeit, auf Bildung, samt unentgeltlichem Unterricht. Ja, selbst das Menschenrecht auf regelmäßigen, bezahlten Urlaub ist in Artikel 24 verbrieft. Diese Rechte sind nicht Freiheitsrechte gegen einen Staat, sondern Rechte, die von ihm Leistungen und Regelungen einfordern. Die Diskrepanz der beiden Teile der AEM ist offensichtlich und erklärt sich aus der politischen Situation, in der sie entstanden sind.

Von westlich orientierten Rechtstheoretikern wird angezweifelt, ob diese Rechte den Charakter von universalen Grundrechten beanspruchen können, da ihre Kulturbindung offensichtlich sei. Entstehungsgeschichtlich betrachtet ist es richtig, dass diese Rechte nicht im Blickfeld der ersten Verfasser von Menschenrechten waren und sein konnten. Wirtschaftliche und soziale Rechte waren Locke und den anderen Naturrechtsphilosophen der Vergangenheit unbekannt. Die Aufnahme dieser Rechte in die AEM ist Teil des historischen Kompromisses der westlichen Siegermächte mit der östlichen Siegermacht des 2. Weltkrieges: Frankreich mit den frankophonen Staaten, die aus ehemaligen Kolonien hervorgegangen waren, die Staaten des britischen Empire und die USA mit Verbündeten auf der einen Seite und die kommunistischen und volksdemokratischen Staaten auf der anderen Seite. Eindeutig trägt der zweite Teil der AEM die Handschrift der Letzteren, weshalb diesen Rechten in der Rhetorik des Westens wenig Raum gegeben wurde

Strukturelle Gewalt und menschenrechtverletzende Strukturen

In Andenstädten vernichten Wolkenbrüche die Elendsbehausungen der Slumbewohner, weil sie ihre Hütten auf gefährdetem Gebiet errichten mussten. Eine menschenrechtsverletzende Eigentumsordnung hat es ihnen verwehrt auf teuren, weil sicheren Grundstücken zu bauen. Die Weltbank knüpft ihre Kreditzusage an die Bedingung, dass die Regierung in Jakarta Subventionen für Grundnahrmittel streicht. In den anschließenden Hungeraufständen kommen Menschen ums Leben. Gegen den Irak wird ein Wirtschaftsembargo verhängt. Die Kindersterblichkeit steigt,

weil in den Krankenhäusern die Medikamente fehlen. Alle Gewalt, alle Verletzung von Menschenrecht hat eine Vorgeschichte, wovon der Gewaltakt selbst nichts erzählt. Eine Person, die aus Hunger eine Straftat begeht, wird dingfest gemacht. Jene, die den Hunger zu verantworten haben, selten. Gewaltfördernde und menschenrechtsverletzende Strukturen, die zum Beispiel aus wirtschaftlichen Beziehungen resultieren, die den einen Partner benachteiligen, gelten in der Optik des Westens nicht als Verletzung von Menschenrecht.

Die Dialektik zwischen struktureller und personaler Gewalt ist die zwischen Flussbett und Fluss. „Der reißende Strom wird gewalttätig genannt, aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig“ (Brecht). „Wer das Problem der Menschenrechte isoliert auffasst, ist schon verloren, da man es nicht von den großen Problemen unserer Zeit abstrahieren kann, von Krieg und Elend, von dem absurden Gegensatz zwischen dem Übermaß an Macht, das eine Minderheit unter sich aufgeteilt hat, und dem Übermaß an Ohnmacht, das den überwiegenden Teil der Menschheit ins Elend zwingt. Nur im Bewusstsein dieses Zusammenhanges können wir uns dem Problem der Menschenrechte realistisch nähern.“ (Norberto Bobbio)¹⁸

Westliche Politik klammert genau diesen Zusammenhang aus. Die Fokussierung der Menschenrechts-Politik auf das isolierte Individuum hat die gewollte Nebenwirkung, dass die Gewalt und die Rechtsverletzung nur als personal verursachte ins Blickfeld gerät. Die gewaltfördernden und menschenrechtsverletzenden Strukturen bleiben unbenannt. Diese Strukturen haben in hohem Maße gerade jene Mächte zu verantworten, die sich so vehement für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Je stärker personale Menschenrechtsverletzung fokussiert und als moralische Entgleisung einzelner Individuen gebrandmarkt wird, desto verborgener bleiben die wahren Macht- und Gewaltverhältnisse dieser Welt. Es ist kein Zufall, dass den Menschenrechten in der westlichen Politik gerade jetzt Priorität eingeräumt wird, wo es darum geht, westliche Wirtschaftsinteressen weltweit unbeschränkt durchzusetzen.

Zweierlei Verständnis von „Universalität“

Sowohl der Westen als auch die anderen reden von der Universalität der

Die Fokussierung der Menschenrechts-Politik auf das isolierte Individuum hat die gewollte Nebenwirkung, dass die Gewalt und die Rechtsverletzung nur als personal verursachte ins Blickfeld gerät.

Menschenrechte und meinen dabei Verschiedenes. Der Westen meint mit der Universalität die allgemeine Gültigkeit der von ihm so bezeichneten Menschenrechte überall und für jeden Menschen, unabhängig vom sozialen, kulturellen und historischen Entwicklungsweg eines Volkes oder einer Nation. So heißt es im Schlußdokument der UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien: „Es ist die Pflicht der Staaten, ohne Rücksicht auf ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles System, alle Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten zu fördern und zu schützen.“ Dieser Satz, den westliche Zungen formulierten, ist politischer Unsinn. Von der Politik „ohne Rücksicht auf das politische System“ etwas zu verlangen macht keinen Sinn, ebenso wenig macht es Sinn, etwas ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation eines Landes zu fordern. Das hieße zum Beispiel, dass Staaten wie Mozambique, Äthiopien oder Kambodscha, deren Regime damit beschäftigt sind oder sein sollten, Hungersnöte zu verhindern, das Recht auf bezahlten Urlaub zu schützen hätten.

Die Staaten der Dritten Welt konstatieren die Universalität der Menschenrechte, betonen aber die Notwendigkeit, spezifische soziale, kulturelle und religiöse Bedingungen zu berücksichtigen. Da das Spezifische das logische Gegenstück zum Universalen ist, wird damit die Universalität „spezifiziert“, also aufgehoben. Wenn es von der spezifischen Situation abhängt, welche „spezifisch-universalen“ Rechte jemand hat, dann antwortet der Süden auf den politischen Unsinn des

Westens mit logischem Unsinn. Was bleibt, ist das Bekenntnis, dass jeder Mensch „universale“ Rechte hat und dass der Westen einerseits, und der große Rest der Welt andererseits, unter Universalität Verschiedenes versteht.

In westlichem Verständnis werden die Menschenrechte durch die jedem Menschen a priori angeborne Würde begründet. Eine logische Konstruktion, die ohne die Scholastik des Mittelalters und ohne die idealistische abendländische Philosophie (Kant) nicht nachvollziehbar ist. Die Texte der Vorbereitungstreffen von Bangkok, Tunis und San Jose, die der Wiener UN-Menschenrechtskonferenz vorausgingen, lassen die umgekehrte, „bodenständige“ Handhabung des Themas erkennen. Ein Leben in Würde setzte voraus, dass wirtschaftliche und kulturelle Mindeststandards erfüllt seien. Armut wird als Haupthindernis für den vollen Genuss der Menschenrechte herausgestellt. Die Armut wird wesentlich auf die ungerechte Weltwirtschaftsordnung zurückgeführt. Daraus ergäbe sich, um der Menschenwürde willen, Handlungsbedarf für jene, die diese Ordnung zu verantworten haben, also die Staaten des Westens. Mit der westlichen Konstruktion einer a priori gegebenen, angeborenen Würde des Menschen ergibt sich diese Schlussfolgerung nicht. Die infolge der Würde von vornherein gegebenen, unveräußerlichen Rechte müssen nur respektiert werden. Dafür haben die Staaten die rechtlichen Bedingungen zu schaffen. Tun sie das nicht, verstoßen sie gegen die Menschenrechte.

Seit der AEM von 1948 liegt das Definitionsmonopol über den Katalog

der „fundamentalen“ Menschenrechte faktisch im Westen. Im Modell der westlichen Demokratie, das einen spezifischen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsweg widerspiegelt, findet dieser Menschenrechtskatalog seine adäquate Entsprechung, weil der Katalog dieser Rechte eben ein Produkt dieser Entwicklung ist. Den Staaten, die einen anderen Entwicklungsweg gegangen sind und gehen (wollen), ist dieser Katalog nicht adäquat, weshalb sie dazu neigen, dagegen zu „verstoßen“.¹⁹ Der Westen entkommt der unangenehmen Rolle des Beklagten wegen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und gerät in die vorteilhafte Rolle des Anklägers wegen Menschenrechtsverstößen. So gehandhabte Menschenrechtspolitik ist Machtpolitik mit anderen Mitteln. Die humanitäre Gestik dient der Camouflage profaner Interessen. Den Missionaren der westlichen „Wertegemeinschaft“ folgen die Conquistadoren des neuen Weltwirtschaftsregimes.²⁰

spw

¹ Allein 118 österreichische Organisationen waren als NGO's auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 vertreten.

² Wolfgang Fikentscher in: Böckenförde/Spaemann Hrsg., Menschenrechte, Menschenwürde, Stuttgart 1987, S. 44

³ Vgl. Jens Hinkmann, Philosophische Argumente für und wider die Universalität der Menschenrechte, Marburg 1996, S. 25

⁴ Bertrand Russel, Philosophie des Abendlandes, Zürich 1950, S. 634

⁵ Bertrand Russel, 1950, S. 633

⁶ Norberto Bobbio, Das Zeitalter der Menschenrechte, Berlin 1998, S. 74

⁷ Selim Abou, Menschenrechte und Kulturen, Bochum 1994, S. 61

⁸ Selim Abou, 1994, S. 57

⁹ Heiner Bielefeld, Philosophie der Men-

Westliche Menschenrechtspolitik ist Machtpolitik mit anderen Mitteln. Die humanitäre Gestik dient der Camouflage profaner Interessen. Den Missionaren der westlichen „Wertegemeinschaft“ folgen die Conquistadoren des neuen Weltwirtschaftsregimes.

Peter Lang



Danyel T. Reiche / Carsten Krebs

Der Einstieg in die Ökologische Steuerreform

Aufstieg, Restriktionen und Durchsetzung eines umweltpolitischen Themas

Frankfurt/M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Wien, 1999. 337 S.
ISBN 3-631-35561-0 · br. DM 69.– (unverbindl. Preisempfehlung)

Die Ökologische Steuerreform ist nach 20jähriger, zumeist kontroverser Diskussion in der Bundesrepublik durch die rot-grüne Regierung 1999 eingeführt worden. Die Autoren zeichnen den Aufstieg, die Restriktionen und die Durchsetzung der Idee, die Rohstoffpreise schrittweise zu verteuern und im Gegenzug die Sozialversicherungsbeiträge zu reduzieren, nach. Anhand einer Politikfeldanalyse werden die unterschiedlichen Vorschläge und Kritikpunkte zur Reform in Typologien geordnet. Die Phase der Politikentscheidung mit den rot-grünen Koalitionsverhandlungen, die Verabschiedung des Gesetzes sowie die Einflußnahme organisierter Verbände wird analysiert. Schließlich stellen die Autoren anhand der Einführung der Ökosteuerreform exemplarisch Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik dar. Im Geleitwort betont Hans Christoph Binswanger, der als Erfinder der Ökologischen Steuerreform gilt, daß mit der Schrift „die erste umfassende Darstellung zur Geschichte der Ökologischen Steuerreform geliefert“ wird.

Peter Lang GmbH · Abt. WP · Postfach 940 225 · D-60460 Frankfurt/M. · Fax: 069-78 07 05 43

- schenrechte, Darmstadt 1998, S. 130
- ¹⁰ Im Folgenden mit AEM abgekürzt. Die Präambel beginnt mit den Worten: „Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet...“
- ¹¹ Heiner Bielefeld, 1998, S. 117
- ¹² Essais, Paris 1962, Bd 1, S. 652, zitiert nach Selim Abou, 1994, S. 63
- ¹³ Otto Kimminich, Die Menschenrechte in der Friedensregelung nach dem Zweiten Weltkrieg, Forschungsergebnisse der Studien-gruppe für Politik und Völkerrecht, herausgegeben von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Berlin 1990, S. 64 f
- ¹⁴ „Für die britischen Kolonien war die Übernahme des (parlamentarischen) Westminster-Modells, mit seiner Betonung der individuellen Freiheiten, praktisch eine sine qua non für die Unabhängigkeit.“ Adamantia Pollis u. Charles Schwab, Human Rights – Cultural and Ideological Perspectives, New York 1979, S. 7
- ¹⁵ Heinrich Scholler in: Walter Kerber, Menschenrechte und kulturelle Identität, München 1991, S. 143
- ¹⁶ „In der Mehrzahl der Fälle, in denen es um ein Menschenrecht geht, stehen sich hingegen zwei fundamentale Rechte gegen-

über, und man kann nicht das eine uneingeschränkt schützen, ohne das andere außer Kraft zu setzen. Ein Beispiel für diese These ist das Recht auf freie Meinungsäußerung auf der einen Seite und das Recht, nicht betrogen, aufgehetzt, beleidigt, geschmäht oder beschimpft zu werden, auf der anderen Seite. In diesen Fällen, die die Mehrheit darstellen, muss man von fundamentalen Rechten sprechen, die nicht absolut, sondern relativ sind. Ihr Schutz stößt an einem bestimmten Punkt an eine unüberwindliche Schranke: den Schutz eines anderen, auch wieder fundamentalen Rechtes. Da aber der Punkt, an dem ein Recht endet und ein anderes beginnt, äußerst schwierig zu bestimmen ist und zudem ganz unterschiedlich interpretiert werden kann, ist die Begrenzung eines fundamentalen Menschenrechtes extrem variabel und kann nicht ein für allemal festgelegt werden.“ Bobbio, 1998, S. 29 f

¹⁷ Pierre Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt 1979

¹⁸ Norberto Bobbio, 1998, S. 33

¹⁹ Schon die Folgen des nur 40-jährigen sozialistischen „Interregnums“ in der ehemaligen DDR zeigen, wie spezifisch „westlich“ der Katalog ist. Datschenbesitzer sehen sich konfrontiert mit dem Menschenrecht auf Eigentum der ehemaligen Grundbesitzer,

die die Rückgabe ihres Landes verlangen, auf dem die Datschen stehen.

- ²⁰ Hamburg, 26. 12. 1999 (AFP) – Deutsche Panzer können nach Ansicht der SPD-Verteidigungspolitikerin Verena Wohlleben ohne Bedenken an die Türkei verkauft werden. Sie begründete ihre Haltung in der „Welt am Sonntag“ mit dem Programm der türkischen Regierung gegen Folter und Korruption sowie dem Austausch von Militärrechtern durch zivile Richter. „Dies war auch entscheidend dafür, dass die Türkei den Status eines EU-Beitrittskandidaten bekommen hat“, sagte die SPD-Politikerin. Eindeutig sei nun eine „Annäherung der Türkei an die europäische Menschenrechtspolitik“ zu beobachten. Auch dürfe niemals vergessen werden, dass sich die Türkei im Kosovo im Rahmen der Friedenstruppe Kfor engagiere. Wohlleben sagte weiter, die Türken seien „ein wichtiger Bestandteil im deutschen Verantwortungsbereich. Wir brauchen sie dort.“ Hinzu komme die sich zuspitzende Situation an den türkischen Ostgrenzen. Die künftigen Kriege in dieser Region würden Kriege um das Wasser sein. „Mir ist es lieber, wenn wir die Türkei ordentlich mit Panzern ausgerüstet haben, als dass wir im Nato-Fall pflichtgemäß unsere Soldaten dorthin schicken müssen.“

Es steht außer Frage, dass nach der „friedlichen Revolution“ in der DDR ein erheblicher „Elitenwechsel“ stattfinden musste: Nicht nur die kommunistische politische Führungsschicht – die sogenannte „Nomenklatura“ – musste ihre Posten räumen, sondern auch zahlreiche führende Funktionsträger in der Justiz, in Schulen und Hochschulen, der Verwaltung und Wirtschaft, in gewerkschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen mussten abgelöst werden, weil und wo sie sich als „Vollzugsorgane“ des totalitären Regimes erwiesen hatten. Dass dies – im Gegensatz zu anderen Ländern des „Realsozialismus“ – in Ostdeutschland geschah, zeigte, dass es eine reale politische Demokratisierung gab.

Zur kolonialistischen Form der Diskriminierung, der sozialen Liquidierung und der Auswechslung von Eliten wird dieser Prozess, wenn man – wie sich zeigte: verfassungswidrig – zahllose Angehörige „systemnaher“ Berufe durch Rentenkürzungen abstrafft¹, – wenn drei Viertel des ostdeutschen Wissenschaftsbereichs liquidiert werden oder Führungspositionen weithin nicht mehr von Ost-, sondern von Westdeutschen besetzt werden (als wenn alle für verantwortliche Positionen infrage kommenden Ostdeutschen kommunistisch indoktriniert oder inkompetent gewesen wären).

Westdeutsch dominierte Positionselite

In welchem Ausmaß nach der Wende westdeutsche Positionseliten ostdeutsche Führungspositionen besetzten, wurde in den letzten Jahren durch eine große empirische Studie „Eliten in Deutschland“² belegt. Wie die Tabelle zeigt, konnten von den 4.587 ausgewählten Elite-Personen 2.341 in 11 Gesellschaftsbereichen interviewt werden. In unserem Zusammenhang interessiert dabei der Anteil der Ostdeutschen. In Relation zum ostdeutschen Bevölkerungsanteil müsste auch der Eliten-Anteil bei 20% liegen. Aus der Tabelle ergibt sich aber, dass der ostdeutsche Anteil in allen Bereichen³ stark unterrepräsentiert ist – in einigen verschwindend gering. Was die Autoren nur teilweise gelten lassen wollen, die Kolonialisierungsthesen, findet nach unserer Analyse allerdings eine hochgradige Bestätigung. Oder wie soll man es nennen, wenn die knappe Hälfte der Elitepositionen eines Landes nicht mehr von Einwohnern dieses Landes besetzt wird? Die Autoren schreiben: „Angesichts der Daten der Potsdamer Elite-studie kann von einer personellen Kolonisierung jedoch nur bedingt die Rede sein. Innerhalb der gesamtdeutschen Elite sind ehemalige DDR-Bürger ... zu ca. 12% vertreten. Gegenüber einem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von 20% sind sie damit

Soziale Liquidation oder Diskriminierung ostdeutscher Eliten

Das Beispiel der Wissenschaftler

Von Fritz Vilmar*

zwar unterrepräsentiert, doch von den 402 Elitepositionen in den neuen Bundesländern ist die Mehrzahl, nämlich ... knapp 60%, in ostdeutscher Hand. Allein in den Bereichen Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Militär bilden sie auch in den neuen Bundesländern eine solche Minderheit, dass von einer ‚Kolonisierung‘ gesprochen werden kann.“ (S.114)

In einer etwas früheren Untersuchung wurde bereits festgestellt, dass

* Fritz Vilmar, emer. Prof. für Politische Wissenschaft in Berlin, unter Mitarbeit von Nikolas Tosse, der Teile der Untersuchung über das Schicksal der ostdeutschen Wissenschaftler erarbeitete. Es handelt sich um einen gekürzten Auszug aus dem aktuellen Buch von Fritz Vilmar: Demokratisierung? Kolonialisierung? Berlin 2000.

nach der Wende „ein *Eliteimport* historisch beispiellosen Ausmaßes aus dem Westen einsetzte“⁴. Der Autor pointiert vor allem seine Befunde im politisch-administrativen und im Medienbereich der neuen Bundesländer: „1992 waren sogar drei der fünf Ministerpräsidenten aus dem Westen rekrutiert“. 1990 kamen sämtliche (!) 62 Staatssekretäre der neuen Bundesländer aus dem Westen, und bis 1994 kam nur ein einziger Ostdeutscher auf eine dieser Spitzenpositionen“ (Ebd. S. 12). Und Derlien erkennt als allgemeine Tendenz, dass der Prozentsatz der westdeutschen Positionsinhaber im „Osten“ umso höher ist, je höher man in der administrativen Hierarchie geht (Ebd. S.13).

Im gesamten Medienbereich macht Derlien für die Übergangszeit (Ende '89 bis Ende '90) 50 Elitepositionen aus; dort „konnten lediglich 8 Personen, allesamt bei den Printmedien, ihre alten Positionen halten“, und „von den 21 Positionsinhabern bei Funk und Fernsehen stammten 1994 lediglich 4 aus den neuen Bundesländern und besetzten in keinem Fall die Intendanten-Positionen“ (Ebd. S. 14).

Der Autor beurteilt diesen massiven „Eliteimport“ nun aber keineswegs kritisch: als – zumindest in der Neuzeit – historisch einmaligen Kolonialisierungsprozess, sondern als Notwendigkeit, ja als Glücksfall: „Andernfalls wäre ein massives Elitenvakuum entstanden, das bei der Besetzung aus einer herrschaftsfernen Gegenelite nur um den Preis einer Dilettantisierung (...) hätte geschlossen werden können“⁵. Mit anderen Worten: Es fand eine Kolonialisierung im positiven Sinne statt, die der konservativen Politologe Arnulf Baring schon 1991 für die Vereinigungspolitik als adäquat angenommen hatte⁶. Tatsächlich aber ist die Unterstellung der Inkompetenz der Ostdeutschen, das „Elitenvakuum“ zu „füllen“ (oder gar nicht entstehen zu lassen), höchst problematisch, da nicht durch Fakten belegt⁷. Es handelt sich vielmehr um ein klassisch-kolonialistisches Vorurteil. Belegt ist eher das

Gegenteil: Eine sorgfältige empirische Analyse hat die Existenz eines beachtlichen ostdeutschen Gegen-Eliten-Potentials nachgewiesen.

Christian Welzel hat mit Hilfe gründlicher empirischer Recherchen zeigen können, dass es in der DDR ein bedeutendes Potential an „Intellektuellen“ gab (9% des Arbeitskräftepotentials); das Resümee seiner Untersuchung: Diese soziale Gruppe war und ist als potentielle „Gegen-Elite“ anzusehen: Da sie im überalterten und verknöcherten Elitensystem der DDR nur geringe Aufstiegschancen hatten und nicht über „politische Aktionsfreiheit“ verfügten, aber der Demokratie positiv gegenüberstanden, befanden sie sich in einer distanzierten Situation zum Regime. Infolgedessen war ihr politisches Engagement in der Wende 1989/90 stärker und ihre demokratische Orientierung viel ausgeprägter als beim Durchschnitt der ostdeutschen Bevölkerung⁸.

Soziale Liquidation von 72% der wissenschaftlichen Funktionseliten

Insbesondere die Wissenschaftler wurden von den westdeutschen „Evaluierern“ dem pauschalen Verdacht der ideologischen Vorprägung, also der „Unwissenschaftlichkeit“ ausgesetzt, – mit Derlien zu sprechen: der Dilettantisierung.

Nach Neuberechnungen der DDR-Statistik mittels der OECD-Methode waren 1988 in der DDR ca. 140.000 Personen in Wissenschaft und Forschung tätig.⁹ Damit war die Anzahl der Wissenschaftler/innen je 1000 Erwerbstätige um rund 10% höher als in der Bundesrepublik.

Bei der Neuausschreibung der Lehrstühle wurden fast alle Stellen an den Universitäten an westdeutsche Bewerber vergeben. In erster Linie gilt dies für die leitenden Positionen, so dass es in den neuen Bundesländern nur sehr wenige ostdeutsche Institutsdirektoren gibt.

Zu den Hochschulen waren nach 1991 außerdem die ca. 1700¹⁰ positiv evaluierten ehemaligen Akademie-Wissenschaftler/innen zu rechnen, die im Rahmen des WIP-Verfahrens (WIP = Wissenschaftler-Integrations-Programm) in die Hochschulen integriert werden sollten. Die Stellen im Rahmen des WIP waren nämlich zeitlich befristet. Nur ein kleiner Teil ist in unbefristete Stellen umgewandelt worden.

Beurteilt man die Veränderungen in der industriellen Forschung, muss man berücksichtigen, dass in diesem Bereich betriebswirtschaftliche (kapita-

listische) Überlegungen im Vordergrund standen. Bedingt durch das Fehlen einer staatlichen Strukturpolitik war die Anpassung der Unternehmen an den Markt von Kostensenkungen bestimmt. Dazu gehörte eben auch der massive Abbau von Forschung und Entwicklung. Nimmt man die Personalstärke, ist das Niveau der industriellen Forschung im Verhältnis zu Westdeutschland auf unter 50% gesunken.

Die wissenschaftlichen Akademien wurden zum 31.12.91 aufgelöst, ebenso wie die meisten Akademie-Institute¹¹. Dem voraus ging die Evaluation dieser Institute und ihrer Mitarbeiter, mit dem offiziellen Ziel, Aufschluss über die Leistungsfähigkeit und mögliche Einpassung in westdeutsche Forschungsstrukturen zu erhalten. In bescheidenem Maße gab es institutionelle Neugründungen¹². Auch hier ist festzustellen, dass die Schlüsselpositionen fast ausnahmslos von aus den alten Bundesländern kommenden Wissenschaftler/innen eingenommen werden. Grund war u.a. die Anbindung an die westdeutschen Forschungsgesellschaften. Die Umstrukturierungen bestanden in der Angliederung an die Hochschulen, Überführung anwendungsorientierter Teile in die Wirtschaft und der Auflösung zahlreicher Arbeitsverhältnisse mit der Auflösung der Akademien.

Wie die Tabelle zeigt, wurden also fast drei Viertel der im Wissenschaftsbereich tätigen Ostdeutschen bis 1993 entlassen.

Rolf Reißig, Leiter des BISS (Brandenburgischen Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien) teilt dazu noch ergänzend mit: „Von den 50 neuen Lehrstühlen im Osten für Sozialwissenschaften (sind) 47 von westdeutschen Kollegen besetzt worden. ... Der Wissenschaftsrat meinte, daß wenigstens der Mittelbau aus den neuen Ländern zu kommen habe: 75% des Personals kommen nicht aus den neuen Ländern. Die dritte Generation steht heute vor verschlossenen Türen und fühlt sich ausgeschlossen.“¹³

Und durch eine Untersuchung der amerikanischen Zeitschrift „NATURE“ (14. Oktober 1999, S. 636) kam ans Licht, dass sich die kolonialistische Situation im ostdeutschen Wissenschaftsbereich nicht etwa abgeschwächt, sondern zwischen 1994 und 1999 noch massiv verschärft hat: Während es 1994 noch etwa ebensoviel west- wie ostdeutsche C4-Professoren in den neuen Bundesländern gab (ca. 600 ostdeutsche, gut 500 westdeut-

Die Unterstellung der Inkompetenz der Ostdeutschen, das „Elitenvakuum“ zu „füllen“ (oder gar nicht entstehen zu lassen), ist höchst problematisch, da nicht durch Fakten belegt.

Anteil ostdeutscher "Positionseliten" in den gesellschaftlichen Sektoren			
Bereiche	Gesamtheit der befragten Personen	Ostdeutsche	Anteil der Ostdeutschen (in%) (demograph. Anteil: 20%)
Politik	499	160	32,1
Verwaltung	474	12	2,0
Wirtschaft	249	1	0,4
Wirtschaftsverb.	173	14	8,1
Gewerkschaften	97	12	12,4
Medien	281	33	11,8
Kultur	101	13	12,9
Wissenschaften	164	12	7,3
Militär	135	0	0,0
Anderer	168	150	8,9
darunter Justiz	42	0	0,0

sche, knapp 600 ostdeutsche C3-Professoren gegen gut 200 westdeutsche, zeigte die Untersuchung, dass 1999 nach erfolgter Neubesetzung von Professuren, „nur noch ein Drittel der höchstrangigen Professorenstellen (C4) mit Ostdeutschen besetzt sind (ca. 550; F.V.), eine bedeutende Abnahme seit 1994, als noch nicht alle neuen Positionen besetzt waren“. Inzwischen gab es über 900 von Westdeutschen besetzte Professuren! (Alle Ziffern nach den a. a. O. gezeigten Graphiken.)

Zusammenfassende Einschätzung

Als Fazit der Betrachtung der grundlegenden Veränderungen des ostdeutschen Wissenschaftssystems sind somit drei wesentliche Elemente festzuhalten:

- die Übernahme bzw. Aufkrotyierung westdeutscher Forschungsstrukturen,
- die massive Reduzierung des Wissenschaftspotentials
- sowie die Besetzung der meisten leitenden Positionen mit westdeutschen Funktionsträgern.

Angesichts dieser Veränderungen muss man von einer kolonialistischen Destruktion der ostdeutschen Wissenschaft im Prozess der deutschen Vereinigung sprechen. Hiergegen wird allerdings eingewendet, dass es sich nicht um eine Kolonialisierung, sondern um einen nach einem Systemwechsel normalen Vorgang gehandelt habe, um das Funktionieren des Wissenschaftsbetriebes in einen veränderten normativen und organisatorischen Bezugssystem zu gewährleisten, zumal angesichts der politischen Belastung zahlreicher wissenschaftlicher Funktions-träger. Generell ist auf diesen Einwand zu erwidern, dass kein Strukturbruch die soziale Liquidation von drei Viertel der ostdeutschen Wissenschaftler rechtfertigen kann.

Die soziale Liquidation oder Diskriminierung erheblicher Teile der ostdeutschen Eliten ist ein Tatbestand, der zu den klassischen Politikmustern der Kolonialisierung gehört: die Strategie weitestmöglicher Destruktion der soziokulturellen Identität. spw

¹ Das finstere Kapitel des „Rentenstrafrechts“, mit dessen Hilfe man die Renten keineswegs nur politisch Belasteter, sondern unterschiedslos aller in öffentlichen Diensten qualifiziert Tätigen kürzte, soll in diesem Kapitel nicht noch einmal im Detail dargestellt werden; alle Interessierten finden es genau dokumentiert in den „Weißbüchern“ der „Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde“ (GBM), Weitingstr. 89, 10317 Berlin. Das Unrecht der pauschalen Rentenkürzungen musste noch von der

Kohl-Regierung weitgehend zurückgenommen werden. Das Bundesverfassungsgericht denunzierte es endgültig als solches durch seine Grundsatzentscheidungen vom 28. April 1999, durch die die Bundesregierung sogar zur Nachzahlung unrechtmäßiger Kürzungen verurteilt wurde: Es „hat dem Bundestag aufgetragen, das Rentenrecht für Angehörige von DDR-Eliten bis zum 30. Juni 2001 (!) neu zu regeln. Mindestens 330.000 (!) Menschen können mit mehr Geld rechnen“. Und die Berichtstermin nennt den Grund: „Neben der allgemeinen Kürzung (bei der Rentenüberleitung; F.V.) auf 70 Prozent gab es für die Gruppe der sogenannten Systemnahen (Professoren, Richter, aber auch Kombinateleiter) weitere einschneidende Senkungen“. (Frankf. Rundschau v. 29. 8. 99)

- ² Wilhelm Bürklin/Hilke Rebensdorf u.a., *Eliten in Deutschland*, Opladen, 1997, S. 67; der in dieser Arbeit definierte Elitebegriff umfasst nur Positionseliten auf einem hohen Niveau.
- ³ Der politische Bereich vermittelt einen falschen Eindruck, weil hier überdurchschnittlich viele Ostdeutsche für Interviews zur Verfügung standen.
- ⁴ Hans-Ulrich Derlien, *Elitenzirkulation in Ostdeutschland 1989 – 1995*, in: Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* v. 23. Jan. 1998, S. 3 – 17, Resümee einer größeren, 1997 erschienenen Untersuchung, S. 15. Was Derlien im Titel seiner Untersuchungen euphemistisch Zirkulation nennt, bezeichnet er hier in der Tat zutreffender als „Import“ aus dem Westen!
- ⁵ Ebd., S. 17. Unter dem wolkigen Begriff „herrschaftsfern“ versteht der Autor offenbar administrative Inkompetenz.
- ⁶ „Es handelt sich (bei der Vereinigungspolitik; F.V.) wirklich um eine langfristige Rekulktivierung, eine Kolonialisierungsaufgabe, eine neue Ostkolonisation (!), obwohl man das öffentlich fast nicht sagen darf“. Rudolf Baring: *Deutschland was nun?* Berlin 1991, S.70. Vgl. dazu meine Kritik der verbreiteten positiven Deutung von „Kolonisierung“ als Zivilisationsleistung, in: *Zum Begriff der Strukturellen Kolonialisierung der DDR. Eine theoretische Klärung*. In: Fritz Vilmar: *Demokratisierung? Kolonialisierung?* Berlin 2000, Kap.1
- ⁷ Ungewollt liefert der Verfasser selbst einen Beleg für die Tatsache, dass vielfach keineswegs der Kompetenzmangel, sondern die politische Gesinnung Ursache für das Entstehen – oder Nicht-Entstehen – eines „Elitenvakuums“ war: Er verweist darauf, dass es nicht alle ostdeutschen Länder für notwendig erachteten, die meisten Ostjuristen zu entlassen: „Brandenburg (...) ist stolz darauf, mit weniger Westjuristen auszukommen als andere Länder“. (H-J. Derlien, *Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration*, in: Hellmut Wollmann u.a., *Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen, 1997, S. 114
- ⁸ Christian Welzel, *Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Eliten*, Opladen, 1997, S. 186. Der Begriff „Intellektuelle“ bezeichnet diejenigen, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium haben.
- ⁹ Werner Meske, *Die Umgestaltung des ostdeutschen Wissenschaftssystems – eine Zwischenbilanz*. Berlin 1993, S. 11. Die Zahlen sind in Vollbeschäftigteneinheiten gerechnet.

Wissenschaftliches Personal (als Vollzeitstellen berechnet) 1989 und 1992		
	1989	1992
Universitäten	14.000	4 bis 5 000
Außeruniversitäre Forschung	32.000	10 bis 11 000
Industrieforschung	86.000	23 600
Sozialwissenschaftliche Forschung	8.000	dieser Sektor ist in den anderen integriert
Total	140.000	zwischen 37.000 und 39.000 d.h. 28% im Verhältnis zu 1989

Quellen: Zahlen für 1989: Werner Meske, Die Umgestaltung des ostdeutschen Wissenschaftssystems – eine Zwischenbilanz, Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), 1993, S. 11. Die Zahlen für 1992 stammen aus der zitierten Untersuchung von Meske sowie aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der PDS. BT-Drucksache 12/4412 v. 19. 2. 1993, S. 7ff.

- ¹⁰ Peer Pasternack, *Die OstwissenschaftlerInnen als Gegenstand von Politik*, in: *Forum Wissenschaft* 2/1997, S.26.
- ¹¹ So müssen die sechs geisteswissenschaftlichen Zentren, die aus den Instituten der AdW hervorgegangen sind und deren Finanzierung durch Bund und Länder von der DFG verwaltet wird, alle zwei Jahre ihre Projektanträge, d.h. auch ihre Stellen, durch eine überwiegend westdeutsch besetzte Kommission prüfen lassen.
- ¹² Vgl. dazu Wolfgang Richter (Hg), *Unfrieden in Deutschland*, Bd. 2: *Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet*, Berlin 1993, S. 28f.
- ¹³ Rolf Reißig: *Aufwertung Ost: Aufgaben einer neuen Transformationspolitik in den neuen Bundesländern*. In: *Heinr. Böll-Stiftung (Hsg.): Tickt der „Osten“ wirklich anders*, Berlin 1998, S. 60 (aus der Podiumsdiskussion).

Die soziale Liquidation oder Diskriminierung erheblicher Teile der ostdeutschen Eliten ist ein Tatbestand, der zu den klassischen Politikmustern der Kolonialisierung gehört.

Zeitschrift Marxistische Erneuerung



11. Jahrgang, Nr. 41, März 2000, 224 Seiten

Umbrüche: Arbeit, Lebensweise, subjektive Verarbeitung

Pickshaus – Arbeiten ohne Ende / Stolz-Willig – Arbeit und Geschlechterverhältnis / Bell – NRW: Umbruch im sozialdemokratischen Kernland / Chrapa – Lebensweise und Lebensgefühl in Ostdeutschland / Werner – Bewußtseinsform des Wettbewerbskorporatismus

Medienherrschaft und Informationsgesellschaft

Bourdieu – Die wahren Herren der Welt / Briefs – Mythos „Informationsgesellschaft“

Und: Bischoff / Hüning – Kapitalismuskritik und moderner Sozialismus. Thesen zur Programmdebatte / Peter – Bourdieus Intellektuellentheorie / Holz – Dialektik im Lichte ihrer Geschichte / Unger – Kosovokrieg und die Presse

Berichte: Ideologie / DDR-Geschichte / Leo Kofler / Gewerkschaftslinken / Friedensforum / Afrika / Finanzkrisen

Rezensionen: Moderner Kapitalismus / Kapitaleinführung / Rassismus / Neue Rechte / Balkankrieg / Vietnam / 48er Revolution u.a.

Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

Ordnung weltweit – für wen?

Zur beginnenden Debatte um „Global Governance“

von Ulrich Brand*

Der neoliberale Gesellschaftsumbau führt neben wachsenden weltweiten und innergesellschaftlichen Spaltungen zu instabilen Verhältnissen. Gleichzeitig nimmt die Kritik am Neoliberalismus zu.

Die jüngsten Wirtschaftskrisen in Asien, Russland, Mexiko oder Brasilien erinnern in der Ersten Welt an das, was in peripheren Ländern längst Realität ist: Der neoliberale Gesellschaftsumbau führt neben wachsenden weltweiten und innergesellschaftlichen Spaltungen zu instabilen Verhältnissen. Gleichzeitig nimmt die Kritik am Neoliberalismus zu, wie die jüngsten Proteste in Seattle zeigten. Nicht, dass US-Präsident Clinton, der die Proteste wichtig und richtig fand (in den USA ist Wahlkampf), etwa seine neoliberale Position ändern würde: Dass er sich jedoch auf oppositionelle Strömungen beziehen muss, zeigt deren wachsende Stärke an.

„Global Governance“ als Alternative zum Neoliberalismus?

Vor allem innerhalb der Sozialdemokratie werden vermeintliche und tatsächliche Alternativen zum Neoliberalismus diskutiert. Es geht um „dritte Wege“ oder neokeynesianische Politiken, die Papiere von Schröder und Blair bzw. Gysi lösten eine hitzige Diskussion aus. In der internationalen Politik geht es angesichts der offensichtlichen Krisen um die „Re-Regulierung der Weltwirtschaft“ (vgl. dazu auch Prokla, März 2000), konkrete Instrumente wie die Tobin-Steuer und zunehmend um „Global Governance“.

Eine UN-Commission on Global Governance popularisierte 1994 mit ihrem Bericht „Our Global Neighbourhood“ (deutsch: SEF 1995) den Begriff. Governance „ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen und öffentliche wie private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann.“ (SEF 1995, S. 4) Im Kern geht es um effizientere und kooperative Politik angesichts der gegenwärtigen Strukturveränderungen des Kapitalismus. Allerdings ist der Begriff Global Governance keineswegs einheitlich definiert, sondern derzeit Gegenstand heftiger Definitionskämpfe.

Die beiden Protagonisten im deutschsprachigen Raum sind zweifellos Franz Nuscheler und Dirk Messner vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF; eine der wichtigsten sozialdemokratischen Ideenschmieden für internationale Politik), die dem vagen Begriff Konturen geben wollen. Ausgehend von der sich transformierenden Staatlichkeit und zunehmender globaler Interdependenzen geht es ihnen um den Aufbau einer „Global Governance-Architektur“, um die Steuerungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Die Stärke des Begriffs liegt darin, dass er einige offensichtliche Entwicklungen aufnimmt. An prominenter Stelle ist die tiefgreifende Veränderung von Staatlichkeit zu nennen. Demzufolge ist nicht mehr der hierarchische und zentralistische Wohlfahrts- oder fordistische Sicherheitsstaat das Zentrum von Politik, sondern es findet zum einen eine Ausdifferenzierung von staatlichem Handeln auf verschiedene räumliche Ebenen statt: neben der nationalen die lokale und die internationale. Zum anderen nehmen Politikvorstellungen zu, denen zufolge staatliche Apparate zunehmend in Kooperation mit anderen Akteuren, vor allem privatwirtschaftlichen, agieren. Dies ist nicht grundsätzlich neu, erreicht aber heute eine neue Qualität. Der Begriff des „Verhandlungsstaates“ (E.H. Ritter) versucht diesen Prozess zu fassen. Konsens ist in allen Beiträgen, dass der Nationalstaat (verstanden als Handlungsebene wie auch als Institutionensystem) nicht gänzlich an Bedeutung verliert, son-

dern trotz aller Veränderungen zentral bleibt. Im Gegensatz zur Debatte um eine internationale Zivilgesellschaft blicken die dominanten Konzepte von Global Governance stärker auf die Steuerungsfähigkeit des Nationalstaates bzw. auf die Veränderung von Staatlichkeit insgesamt.

Kritik: woher und wohin?

Kritiken an den bislang dominierenden Vorstellungen von Global Governance werden derzeit aus verschiedenen Perspektiven formuliert. Auf der einen Seite halten neoliberale Marktapologeten natürlich gar nichts von dieser neuen Form des – aus ihrer Sicht – staatlichen Dirigismus. Die vernehmlichste Kritik wird aber aus feministischer und kapitalismuskritischer Perspektive geäußert.

Feministische Positionen kritisieren die Blindheit der dominanten Beiträge zur Global Governance-Debatte gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichverhältnissen und Problemen (vgl. etwa Ruf 1996, Wichterich 1998, insbes. S. 218ff., Ruppert 1998, Klingebiel/Randeria (Hg.) 1998). In der Tat spielen weder im Bericht der Commission noch in den INEF-Vorstellungen die patriarchalen Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine Rolle. Die Vorstellung von Nuscheler und Messner vom kooperativen Staat sei eine „Romantisierung der tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse“ (Anja Ruf). Die feministischen Beiträge, die sich auf den Global Governance-Begriff beziehen, versuchen dennoch an ihn anzuschließen. Insbesondere die internationale Frauenbewegung wird in den feministischen Beiträgen als Akteurin identifiziert, die schon längst und erfolgreich – und ohne notwendig auf den Begriff zu rekurrieren – Formen von Global Governance praktiziere.

Von kapitalismuskritischer Seite (vgl. Brunnengräber/Stock 1999, Brand et al. 2000) wird *erstens* kritisiert, dass die dominante Debatte eine völlig unzureichende Problemanalyse liefere. Sie gehe von bestehenden Problemen aus, ohne nach der – materialen wie symbolischen – Konstitution der Probleme zu fragen. Um wessen Probleme es sich handelt, sozusagen die Definitionsmacht darüber, spielt dann keine Rolle. Die Protagonisten gehen vom „Megatrend“ der Globalisierung aus, der eben gewisse Probleme mit sich bringe, die der Bearbeitung be-

* Ulrich Brand arbeitet im Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse der Uni Frankfurt/M. zu Nichtregierungsorganisationen, Regulationstheorie und Umweltpolitik und ist Mitglied im BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft. Demnächst erscheint von ihm: „Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung“ (Münster). Die Studie „Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?“ (Ulrich Brand/Achim Brunnengräber/Lutz Schrader/Christian Stock / Peter Wahl; herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und WEED) erscheint im Mai im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster. Bei dem Artikel handelt es sich um eine überarbeitete Fassung eines Textes, der in der Schweizer Zeitschrift „Widerspruch“ (Dezember 1999/Januar 2000) erschien.

dürften. *Zweitens* wird die (sozialdemokratische) Annahme hinterfragt, dass es grundsätzlich zu vereinbarende Interessen gäbe, Konflikte also grundsätzlich zur Zufriedenheit aller Beteiligten lösbar seien. Dem entspricht *drittens* in der Global Governance-Debatte eine weitgehende Ausblendung von Macht- und Herrschaftsaspekten bzw. der herrschaftsförmigen Gesellschaftstransformation im Rahmen neoliberaler Globalisierung. Vielmehr dominieren *viertens* technokratische und steuerungsoptimistische Annahmen zum Umgang oder gar zur Lösung von „Weltproblemen“. Die Wiedererlangung einer veränderten staatlichen Steuerungsfähigkeit ist der Fluchtpunkt der Politikvorstellungen. Trotz der Einsicht, dass Politik heute nicht mehr mit Staat gleichzusetzen ist, sind die Positionen deshalb hochgradig anschlussfähig an etatistische Politikvorstellungen. Fragen einer demokratischen Gestaltung der (welt-) gesellschaftlichen Verhältnisse treten demgegenüber in den Hintergrund.

Die Protagonisten der Global Governance-Debatte unterschlagen damit einen zentralen Aspekt der Veränderung des Staates und des internationalen Staatensystems oder knüpfen affirmativ an ihn an. Staaten heute sind nämlich zuvorderst „nationale Wettbewerbsstaaten“ (Joachim Hirsch), deren zentrale Aufgabe die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist. Dann ist aber fraglich, ob nationalstaatliche oder quasi-staatliche Akteure auf internationaler Ebene überhaupt gegen den Globalisierungsprozess bzw. seine negativen Konsequenzen in Anschlag gebracht werden können. „Politik bzw. Staat“ gegen „ökonomische Globalisierung“? Dort wo heute internationale (politische) Kooperation stattfindet, trägt sie eher zur Absicherung der neoliberalen Globalisierung bei (etwa in der WTO) und weicht keinesfalls die asymmetrischen Interessen und Machtverhältnisse auf. In den Beiträgen zur Global Governance-Debatte wird dieser Aspekt schlicht unterschlagen oder zu wenig ernst genommen. Das neoliberale Verhältnis von Politik und Ökonomie ist dann genauso wenig ein Problem wie der neoliberale Wettbewerbsimperativ.

Sowohl die feministischen wie auch die kapitalismuskritischen Posi-

tionen werfen den dominanten Vorstellungen vor, dass sie vor allem von Intellektuellen in den kapitalistischen Metropolen formuliert werden und einen affirmativen Bezug zu den bestehenden Nord-Süd-Verhältnissen haben. Der wachsenden Ungleichheit zwischen den verschiedenen Weltregionen soll den Protagonisten zufolge mit Wirtschaftswachstum weltweit, Umverteilung und Hilfe begegnet werden. Zu einer Infragestellung des Nord-Süd-Verhältnisses kommt es nicht.

Die Zukunft der Debatte um „Global Governance“

Meine vorläufige Einschätzung ist, dass es wie in der Diskussion um „nachhaltige Entwicklung“ oder „Zivilgesellschaft“ zu Beginn eine breite und hitzige Debatte um Global Governance geben wird, die sich dann mit zunehmender Konkretisierung „beruhigt“. Übrig bleiben zwar keine begrifflichen Schärfungen, aber inhaltliche Klärungen – und das ist nicht zu unterschätzen. Insofern handelt es sich auch hier um einen „Containerbegriff“, denn mit der Aneignung durch dominante Akteure und der Gerinnung hegemonialer Diskurse wird deutlich, was für den Container zugelassen ist und was nicht – grundlegend kritische Positionen meist nicht. Das lehrt die Diskussion um nachhaltige Entwicklung, denn der Begriff ist heute jeglichen kritischen Potentials beraubt und ein Synonym dafür, dass die „ökologische Frage“ bearbeitet wird – und zwar weitgehend kompatibel mit der allgemeinen Richtung kapitalistischer Restrukturierung: Mit nicht weiter hinterfragten dramatischen Situationsbeschreibungen (außer in Sonntagsreden), mit technologischer Effizienz (oder gar „Effizienzrevolutionen“), innerhalb der bestehenden Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse, mit graduellen institutionellen Innovationen und einem weitgehend akzeptierten Nord-Süd-Verhältnis.

Dem Global Governance-Begriff wird ähnliches passieren: Von einer UNO-Kommission in eine Fachöffentlichkeit getragen, von Intellektuellen in metropolitenen Ländern in „Masterpläne“ gegossen und gleichzeitig zu einer Form schwacher Kritik geworden. Jetzt springen auch diejenigen auf, die wesentlich dafür verantwortlich sind, dass es überhaupt derartige Probleme zu bearbeiten gilt: die herrschende Form von Politik

und privatkapitalistische Unternehmen. Der Begriff diffundiert aber auch in andere Weltregionen, verschiedene Akteure im Süden müssen aufspringen, um wahrgenommen zu werden und um Gelder zu erhalten. Begriffe und Konzepte werden globalisiert.

Ob der Begriff Global Governance taugt, um politische Ansätze zu fassen, die den innergesellschaftlichen und internationalen Herrschaftsverhältnisse substantiell etwas entgegensetzen, oder ob er lediglich zu einer vermeintlich kritischen Begleitdifferenz der aktuellen Restrukturierungen wird, müssen zukünftige Diskussionen zeigen. Derzeit drängt sich der Eindruck auf, als dienten die bestehenden Konzepte für Global Governance – durchaus entgegen der ursprünglichen Intention – der diskursiven Ergänzung des herrschenden Neoliberalismus und damit zur partiellen Schaffung von mehr „Ordnung“ im bestehenden Weltsystem. Daher geht es um eine kritische Wendung der Diskussion und um ihre Politisierung, damit verschiedene Perspektiven, Annahmen und Interessen geklärt werden können. Insofern steht produktiver Streit an – über Global Governance, vor allem aber über die dahinter stehenden Probleme und die Möglichkeiten ihrer effektiven Bearbeitung. Dafür muss die bestehende Weltordnung viel grundlegender in Frage gestellt werden. spw

Literatur:

- Brunnengräber, Achim/Stock, Christian (1999): Global Governance: Ein neues Jahrhundertprojekt? In: Prokla, Nr. 116, S. 445-468.
- Commission on Global Governance/Kommission für Weltordnungspolitik (1995): Nachbarn in einer Welt. Herausgegeben von der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn.
- Klingebl, Ruth/Randeria, Shalini (Hg., 1998): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Perspektiven. Bonn.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Policy Paper 2 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn.
- Messner, Dirk (Hg., 1998): Die Zukunft des Staates und der Politik. Bonn.
- Ruf, Anja (1996): Transformation statt Global Governance. Frauennetzwerke fordern das Konzept „Global Governance“ heraus, In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 23/24; Dezember, S. 38-42.
- Ruppert, Uta (1998): Die Kehrseite der Medaille? Globalisierung, global Governance und internationale Frauenbewegung, In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 21. Jg., Heft 47; 48, S.95-105.
- Wichterich, Christa (1998a): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbek.

Möglicherweise wird der Begriff der Global Governance wie der der Nachhaltigkeit seines kritischen Gehaltes beraubt.

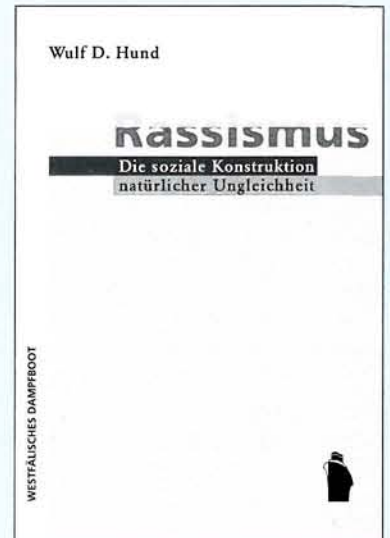
Hier gibt's was!



1 Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 248 S., Ladenpreis DM 29,80



2 Dagmar Everding/Michael Kruse/Harald Kugel (Hg.): Demokratie in Deutschland, 176 Seiten, Ladenpreis DM 28,00



3 Wulf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, 173 S., Ladenpreis DM 29,80

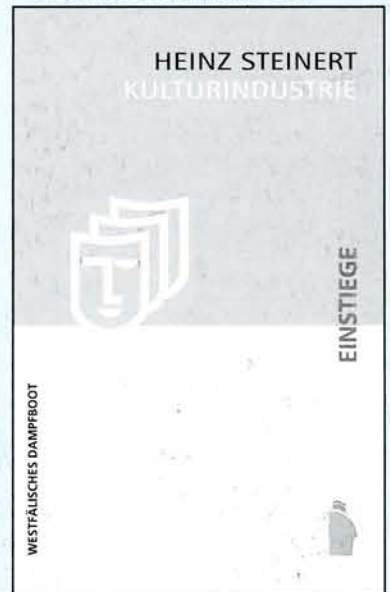
4 Elmar Altvater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a.: Turbo-Kapitalismus, 220 Seiten, Ladenpreis DM 32,80



5 Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg, 228 Seiten, Ladenpreis DM 24,80



6 Heinz Steinert: Kulturindustrie (Einstiege Band 5), 218 S., Ladenpreis DM 29,80



Abo-Prämien 2000

spw